

fundiert

Das Wissenschaftsmagazin der Freien Universität Berlin

02/2006

Netzwerke





Budgeterstellung
und Kongress-
buchhaltung

Auswahl
und Anmietung
der Veranstaltungs-
räumlichkeiten



Layout, Satz, Druck
und Versand
der Printmedien

Gestaltung
der Internetpräsenz
mit Online-
Registrierung

Sponsoring
Planung
und Organisation
von Ausstellungen



Teilnehmer-
registrierung
Abstractverwaltung



Reise- und Hotel-
buchungen

Organisation
des Rahmen-
programms



Begleitende
Pressearbeit

Vor-Ort-Organisation



Auf den Punkt geplant.

Congress Organisation Thomas Wiese GmbH

Hohenzollerndamm 125 · 14199 Berlin
Tel. 0 30 / 85 99 62-0 · Fax 0 30 / 85 07 98 26
mail@ctw-congress.de

www.ctw-congress.de

Vorwort

DIETER LENZEN, PRÄSIDENT DER FREIEN UNIVERSITÄT BERLIN



Liebe Leserinnen und Leser,

„Networking“ betreibt die Freie Universität Berlin schon seit ihrer Gründung, und ihre internationale Vernetzung ist seit jeher Garant ihres akademischen Erfolgs. Schon ihre Gründung im Jahr 1948 verdankt die Universität dem gemeinsamen, international vernetzten Engagement von Studierenden und Berliner sowie US-amerikanischen Politikern. Es war eine dramatische Zeit: Die Berliner Bevölkerung im freien Westteil der Stadt musste über die Luftbrücke versorgt werden, und auch die Folgejahre waren geprägt vom fortwährenden ideologischen Widerstreit. Um intellektuell zu bestehen, war die Freie Universität darauf angewiesen, von ihrer „Insellage“ aus Bindungen zu knüpfen mit Organisationen und Persönlichkeiten in Deutschland, Europa und der ganzen Welt.

Zu Beginn war es schiere „Überlebensnotwendigkeit“ der Universität, ein weltumspannendes Netzwerk zu knüpfen. Schnell jedoch wurde die Internationalisierung zur Erfolgsstrategie. Die Freie Universität unter-

hält heute Zweigstellen in New York, Peking, Moskau und Neu-Delhi. Sie wirbt wissenschaftlichen Nachwuchs an, zusammen mit Partnern wie dem Bundesverband der Deutschen Industrie oder dem Deutschen Akademischen Austauschdienst sowie örtlichen Einrichtungen. Ihre internationale Ausrichtung stärkt die Freie Universität zudem mit dem neuen Berliner Zentrum für Regionalstudien, dem *Center for Area Studies*. Die Freie Universität ist besonders stark in Regionalstudien zu Ostasien, Nord- und Lateinamerika, Osteuropa und dem Vorderen Orient.

Über zahlreiche Kooperationen ist die Freie Universität mit Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen in allen Weltregionen verbunden. Gemeinsame Studiengänge, internationale Graduiertenkollegs und Graduate Schools wie die im Exzellenzwettbewerb erfolgreiche Graduiertenschule „North American Studies“ bestätigen die hohe internationale Attraktivität der Freien Universität.

Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler betreiben nicht nur Networking – Netzwerke sind auch Gegenstand ihrer Forschung. Wie vielfältig die Themen sind, zeigen die Artikel des neuen *fundierte*-Magazins.

Viel Freude beim Lesen wünscht Ihnen

Ihr

Univ.-Prof. Dr. Dieter Lenzen

Präsident der Freien Universität Berlin

ZEFAN

DRUCK MIT BERLINS
MODERNSTER 10-FARBEN
FORMAT 72x102 CM

Wir drucken flexibel und termingenau
zu transparent kalkulierten Preisen.



Druckerei H. Heenemann
Bessemerstraße 83–91 · D-12103 Berlin
Telefon (030) 75 30 30
Telefax (030) 75 30 31 31

Vorwort

ILKA SEER, BERND WANNENMACHER & KERRIN ZIELKE, REDAKTION

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die Small-World-Theorie besagt, dass jeder über sechs bis sieben Stationen mit jedem anderen Menschen auf der Erde vernetzt sein kann. Wir alle sind also, jedenfalls in der Theorie, in ein weltweites Netzwerk eingebunden, und diese Netzwerke werden zunehmend wichtig: Vom Familienverbund über das mittlerweile unverzichtbare elektronische Internet bis zu nationalen und internationalen Netzwerken – Grund genug, dem Thema aus wissenschaftlicher Sicht eine Ausgabe zu widmen.

Die Politikwissenschaftlerin Marianne Beisheim erklärt in ihrem Beitrag, wie globale Politiknetzwerke und Public Privat Partnerships bei regionalen und überregionalen Hilfsprojekten zusammenarbeiten. Nach China führt der Beitrag des Sinologen Jens Damm: Das Reich der Mitte ist nicht nur wirtschaftlich auf der Überholspur – auch beim Internet hat China längst aufgeholt. Chinesisch ist nach Englisch die meistgenutzte Sprache im World Wide Web. Einige Jahrhunderte zurück wendet sich der Blick des Historikers Ralf Lützel-schwab – auf das Kardinalskolleg im Mittelalter. Im Interview erfahren Sie, wie sich die Kardinäle in der Zeit vom 11. bis 16. Jahrhundert gegenüber dem Papst positionierten und wie sie sich untereinander vernetzten. Mit dem Netzwerk der katholischen Kirche befasst sich auch der Theologe Michael Bongardt. Trotz ihrer hierarchischen Struktur funktioniert sie doch wie ein Netzwerk. Die Juristin Sigrid Boysen geht der Frage nach, ob der „alte“ Nationalstaat in Zukunft durch Netzwerke abgelöst wird und welche Perspektiven sich der Rechtswissenschaft mit dem Begriff des Netzwerks öffnen. Von islamischen Netzwerken berichtet Annabelle Böttcher. Sie beschreibt deren Strukturen und unterschiedliche Formen – und welche Voraussetzungen nötig sind, um an die Spitze eines islamischen Netzwerks zu gelangen. Networking betreiben auch Unternehmer – diesen Aspekt nehmen die Wirtschaftswissenschaftlerin Michalea Haase und der Kommunikationswissen-

schaftler Matthias Müller-Prothmann unter die Lupe. Alte und neue Formen des Regierens haben Claudio Franzius und Matthias Kötter im Blick: Unter den Bedingungen der Europäisierung und Globalisierung verändern Netzwerke die Perspektive auf Staat und Recht, so die Politologen. Um ein kleines, aber doch sehr wichtiges Netzwerk geht es im Beitrag der Wirtschaftswissenschaftler C. Katharina Spieß und Jürgen Schupp: die Familie. Als Ort der Sicherheit hat diese Gemein-



Jan Bösschaert

schaftsform keineswegs an Bedeutung verloren – auch nicht bei den Jugendlichen. Was haben die Kunstgeschichte und das Internet gemein? Die „Schule des Sehens“. Der Kunsthistoriker Maximilian Benker erklärt, wie sich Studierende der Kunstgeschichte mit einem neuen Online-Lernprogramm und wenigen Mausklicks die Welt der Kunst und der Kunstgeschichte erschließen können und warum es so gut funktioniert. Mit dem technischen Fortschritt beschäftigt sich auch der Wirtschaftswissenschaftler und Informatiker Ilias Michalarias und beschreibt das Mobile Computing durch drahtlose Netze – die Möglichkeit, jederzeit und überall Informationen zu empfangen und zu senden. Wie aber sind Netzwerke überhaupt strukturiert? Welche Funktionen und Eigenschaften haben sie, und wie handeln die Akteure innerhalb eines Netzwerks? Die Antworten finden Sie im Interview mit dem Netzwerkanalytiker und Soziologen Rainer Diaz-Bone.

Die Redaktion wünscht Ihnen eine spannende und abwechslungsreiche Lektüre!

Inhalt

Gesellschaft



- Marianne Beisheim
Hoffnungen und Befürchtungen
Public Private Partnerships als transnationale Politiknetzwerke 8



- Jens Damm
Chinas Internet
Digitale Revolution im Reich der Mitte 14



- Interview mit Ralf Lützelshwab
Netzwerker vor dem Herrn?
Kardinäle im Mittelalter 22



- Michael Bongardt
Das Netz und der Fischer
Die katholische Kirche als Hierarchie und Netzwerk 30



- Sigrid Boysen
Netzwerke –
Grundmodell einer neuen Ordnung? 38

Impressum

Herausgeber

Das Präsidium der Freien Universität Berlin

Redaktion und Vertrieb

Ilka Seer (verantwortlich i.S.d.P.)
Bernd Wannenmacher (Redaktionsleitung)
Kerrin Zielke, Jan Bosschaart
Freie Universität Berlin
Kommunikations- und Informationsstelle
Kaiserswerther Str. 16-18, 14195 Berlin
Tel.: (030) 838 73 180 | Fax: (030) 838 73 187
E-Mail: fundiert@zedat.fu-berlin.de

Titelbild

Hands and Thread © Robert Llewellyn/zefa/Corbis

fundiert im Internet:

www.elfenbeinturm.net/fundiert

Druck

H. Heenemann GmbH & Co

Anzeigenverwaltung

Alpha Informationsgesellschaft mbH
Finkenstraße 10
68623 Lampertheim
Tel.: (06206) 939 – 0 | Fax: (06206) 939 – 232
E-Mail: info@alphawerbung.de
<http://www.alphawerbung.de>

Gestaltung

UNICOM Werbeagentur GmbH
Hentigstraße 14a, 10318 Berlin
Tel.: (030) 65 26 42 77
Fax: (030) 65 26 42 78
E-Mail: hello@unicommunication.de
<http://www.unicommunication.de>

Inhalt

Wirtschaft



Annabelle Böttcher

Mit Turban und Gebetskette

An der Spitze transnationaler islamischer Netzwerke 46



Michaela Haase und Tobias Müller-Prothmann

Networking for Knowledge and Information

Netzwerken für erfolgreiches Unternehmertum 56



Claudio Franzius und Matthias Kötter

Netzwerke verändern die (Sicht der) Welt 64

Wissenschaft



C. Katharina Spieß und Jürgen Schupp

Soziales Netzwerk Familie

Wie viel unterstützt sie, wie viel betreut sie, wie wichtig ist sie ? 72



Maximilian Benker

Schule des Sehens

Die Kunstgeschichte und das Internet 80



Ilias Michalarias

Mobile Computing und drahtlose Netzwerke

Ein Teil unseres Alltags 86



Interview mit Rainer Diaz-Bone

Strukturen, Funktionen, Eigenschaften

Netzwerkanalyse aus soziologischer Sicht 92

Netzwerk in Stichpunkten



kurz-fundiert 100

printpool Das studentische Postfach für Digitaldrucke.

Habelschwerdter Allee 37
14195 Berlin
T 84174210, F 84174230
habelschwerdterallee@copy-center.de
printpool@copy-center.de

Ladenbergstr. 2
14195 Berlin
T 83009310, F 83009330
ladenbergstr@copy-center.de
printpool2@copy-center.de

Mo.-Fr. 8.00 - 20.00 Uhr, Sa. 9.00 - 14.00 Uhr

DIN A4 sw je 4 Cent, DIN A4 Farbe je 30 Cent.
www.copy-center.de



Hoffnungen und Befürchtungen

Public Private Partnerships als transnationale Politiknetzwerke

MARIANNE BEISHEIM

Wenn von Netzwerken in der Politik die Rede ist, dann ist damit meist eine Vielzahl miteinander kommunizierender und interagierender politischer Akteure und Institutionen gemeint. In Politiknetzwerken existiert ein Zusammenspiel von öffentlichen Akteuren – wie Ministerien, Kommunen, internationalen Organisationen – und privaten Akteuren, beispielsweise Unternehmen, Interessengruppen, gemeinwohlorientierten Nichtregierungsorganisationen. Diese Netzwerke sind aber nicht mit den „Seilschaften“ zu verwechseln, die in der Presse meist für negative Schlagzeilen sorgen. Die Wissenschaft betrachtet Netzwerke neutral und beschreibt sie als eine Form der Interaktion.

Im Zentrum des wissenschaftlichen Interesses stehen bei der Analyse dieser Netzwerke vor allem die Akteure, ihre Verbindungen, die Häufigkeit ihrer Interaktion und damit die Knotenpunkte und Strukturen des Netzes. Solche Netzwerke können ganz unterschiedlich aussehen: lose, nichthierarchisch und dezentral oder straff organisiert, eng begrenzt und zielgerichtet. Aufgrund der Globalisierung sind viele Politiknetzwerke heute Mehr-Ebenen-Gebilde, die von der lokalen Ebene über regionale und nationale Verflechtungen bis auf die globale Ebene reichen. Die Analyse des Netzwerks geht davon aus, dass die Eigenschaften des Netzwerks das Verhalten der Netzwerk-Akteure beziehungsweise auch die Ergebnisse ihrer Interaktionen erklären helfen.

Eine besondere Form von Netzwerken sind transnationale „Public Private Partnerships“ (PPP). Transnationale PPP sind Formen öffentlich-privater Kooperation im internationalen Raum, die sich verschiedene Aufgaben bei der Politikformulierung oder -implementierung zum Ziel gesetzt haben. Beispielsweise verhandeln und setzen

Public Private Partnership

solche transnationalen PPP Normen und Regeln mit bindendem Charakter für ihre Mitglieder – wie etwa die „World Commission on Dams“: In diesem Fall formulierte ein transnationales Netzwerk aus Repräsentanten von Regierungen, des privaten Sektors, internationaler Finanzinstitutionen, Organisationen der Zivilgesellschaft und betroffener Menschen internationale Standards für die Planung, den Bau, den Betrieb und die Überwachung von Großstaudämmen. Andere PPP implementieren zwischenstaatlich verhandelte und vereinbarte Ziele und setzen sie in Form von Projekten vor Ort in die Wirklichkeit um. Beispiele hierfür finden sich etwa in der Entwicklungszusammenarbeit.

Netzwerke beziehungsweise Partnerschaften haben den Ruf, Projekte besonders wirksam und effizient auszu-

führen, da verschiedene Akteure ihre spezifischen Ressourcen in die Arbeit einbringen, wovon alle Beteiligten profitieren. Dabei geht es nicht nur um finanzielle Mittel, sondern auch darum, die Innovationsfreudigkeit des Marktes, die guten Kontakte zivilgesellschaftlicher Gruppen zur lokalen Bevölkerung oder den privilegierten Zugang öffentlicher Akteure zu Regierungsorganisationen im Partnerland optimal miteinander zu kombinieren. Neben diesem optimalen Einsatz von Ressourcen verspricht man sich von Partnerschaften, politische Ziele konfliktfrei umzusetzen: Wenn beispielsweise in Partnerschaftsprojekten von Anfang an die Adressaten von Regeln oder Projekten – meist private Unternehmen oder auch lokale Kommunen – in die Entscheidungen einbezogen werden, so kann dies zu einer vergleichsweise hohen Legitimität des Verfahrens führen und spätere Konflikte vermeiden helfen. Kritiker unterstellen jedoch gerade informellen Politiknetzwerken eine Neigung zur Intransparenz und befürchten in diesem Zusammenhang auch eine verstärkte Korruptionsgefahr. In breiten nichthierarchischen Netzwerken kann Verantwortung leicht verschleiert und verschoben werden. Hier gilt es, in der empirischen Forschung genau hinzusehen. Doch wo spielen PPP in der Politik eine Rolle? Wo kommen sie überhaupt zum Einsatz?

Im Jahr 2000 einigte sich die internationale Staatengemeinschaft auf einem Gipfeltreffen der Vereinten Nationen in New York auf die Entwicklung von Millenni-

Information

Das politikwissenschaftliche Projekt „Erfolgsbedingungen transnationaler Public Private Partnerships in den Bereichen Umwelt, Gesundheit und Soziales“ ist Teil des seit Januar 2006 arbeitenden Sonderforschungsbereichs 700 „Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit: Neue Formen des Regierens?“. Das an der Freien Universität Berlin angesiedelte Forschungsprojekt thematisiert die Bedingungen für die Institutionalisierung und den Erfolg transnationaler Public Private Partnerships. Fokus sind dabei die Entwicklungs- und Transformationsländer und deren Herstellung von Gemeinschaftsgütern in den Bereichen Umwelt, Gesundheit und Sozialrechte. Die Arbeitshypothesen des Projekts stammen aus rationalistischen und konstruktivistischen Theorien der internationalen Beziehungen. Langfristig soll die Untersuchung der PPP dazu beitragen, PPP als Instrument zur Lösung von Problemen zu verbessern und die Legitimität von Global Governance zu erhöhen. Das Leitungsteam bilden Prof. Dr. Thomas Risse, Dr. Marianne Beisheim und Dr. Andrea Liese; Dr. Anna Holzscheiter und Dr. Cornelia Ulbert sind Beraterinnen, Sabine Campe, Christopher Kaan und Marco Schäferhoff sind wissenschaftliche Mitarbeiter des Projekts. Siehe auch:

www.sfb-governance.de/teilprojekte/projektbereich_d/d1/index.html

umszielen, die sogenannten Millennium Development Goals (MDG). Bis 2015 sollten vor allem in der Entwicklungs- und Umweltpolitik erhebliche Fortschritte zugunsten der Armen und Schwachen erreicht werden.

MDG 1	Den Anteil der Weltbevölkerung, der unter extremer Armut und Hunger leidet, halbieren
MDG 2	Allen Kindern eine Grundschulausbildung ermöglichen
MDG 3	Die Gleichstellung der Geschlechter und die politische, wirtschaftliche und soziale Beteiligung von Frauen fördern, besonders in der Ausbildung
MDG 4	Die Kindersterblichkeit verringern
MDG 5	Die Gesundheit der Mütter verbessern
MDG 6	HIV/AIDS, Malaria und andere übertragbare Krankheiten bekämpfen
MDG 7	Den Schutz der Umwelt verbessern
MDG 8	Eine weltweite Entwicklungspartnerschaft aufbauen

Zwei Jahre später wurden PPP auf dem Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung in Johannesburg als besonders geeignete Instrumente benannt, um diese MDG umzusetzen. „Type II Agreements“ sollen bei der Verwirklichung der Ziele helfen – im Gegensatz zu den „Type I Agreements“ zwischen Staaten handelt es sich hier um freiwillige Vereinbarungen zwischen offiziellen Stellen und privaten Akteuren. Vor allem internationale

PPP zur Umsetzung der Millenniumsziele

Organisationen wie die Weltbank, das Entwicklungsprogramm United Nations Development Programme (UNDP) oder das Umweltprogramm United Nations Environment Programme (UNEP) der Vereinten Nationen haben sich in den letzten Jahren stark im Rahmen von PPP engagiert.

Sie möchten über PPP neue Finanzquellen erschließen und private Partner direkt – also unter Umständen auch an den Mitgliedsstaaten der internationalen Organisationen vorbei – in die Umsetzung ihrer politischen Ziele einbeziehen. Auch in der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit betonen die Beteiligten angesichts der knappen öffentlichen Mittel die Bedeutung privater Ressourcen bei der Umsetzung der Millenniumsziele. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) initiierte und kofinanzierte verstärkt öffentlich-private Entwicklungspartnerschaften. Der Jahresbericht 2005 spricht von mehr als 2000 PPP-Maßnahmen seit 1999 mit einem Gesamtvolumen von mehr als 10 Milliarden Euro für Entwicklungspartnerschaften. Viele dieser Initiativen sollen helfen, die Millenniumsziele umzusetzen.

Gerade im Politikfeld „Wasser“ spielen die PPP eine besondere Rolle. Weltweit haben circa 1,1 Milliarden Menschen keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser und 2,6 Milliarden keinen Zugang zu sanitären Anlagen. Laut der MDG soll die Anzahl der Menschen ohne Trinkwasserzugang bis 2015 halbiert werden und bis 2025 der Zugang zu Trinkwasser für alle Menschen gewährleistet sein. Auch die Zahl der Menschen ohne Zugang zu sanitären Anlagen soll bis 2015 halbiert werden.

Implementierungspartnerschaften im Bereich Wasser

Der politische Wille ist also zumindest auf dem Papier vorhanden – es steht jedoch die Umsetzung aus. Sollen diese Ziele erreicht werden, müsste durchschnittlich je-

Bis 2015 soll die Anzahl der Menschen ohne Trinkwasserzugang halbiert werden



Photocase

den Tag 280.000 Menschen Zugang zu sauberem Wasser ermöglicht werden. Dafür wären schätzungsweise mindestens elf Milliarden US-Dollar jährlich an zusätzlichen Investitionen nötig. Auch aus diesem Grund werden PPP und die finanziellen und sonstigen Ressourcen der Privatwirtschaft in der Entwicklungszusammenarbeit im Bereich Wasser hoch gehandelt.

In der politischen Diskussion werden hinsichtlich der Zusammenarbeit zwischen dem Staat und der Privatwirtschaft allerdings unterschiedliche Akzente gesetzt. 1992 wurden während einer internationalen Wasser- und Umweltkonferenz in der irischen Hauptstadt Dublin die vier sogenannten Dubliner Prinzipien verabschiedet. Das vierte Prinzip definiert Wasser als Wirtschaftsgut: Wasser habe einen wirtschaftlichen Wert und solle als wirtschaftliches Gut betrachtet werden. Dies sei eine entscheidende Voraussetzung, so das Prinzip, um eine effiziente und gerechte Nutzung herbeizuführen.

2002 verabschiedete der Ausschuss der Vereinten Nationen für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte den Allgemeinen Rechtskommentar Nr. 15. Dort wird ein „Menschenrecht auf Wasser“ bestätigt und die nationalen und internationalen Verpflichtungen des Staates betont, das Menschenrecht auf sauberes und bezahlbares Wasser zu schützen. Entwicklungsgruppen betonen auf dieser Grundlage, dass Wasser kein Wirtschaftsgut, sondern ein öffentliches Gut sei. Allerdings lässt der Kommentar sehr wohl eine Zusammenarbeit mit der Wirtschaft bei der Wasserversorgung zu, die Letztverantwortung liege jedoch beim Staat.

Erste negative Erfahrungen mit allzu raschen und wenig durchdachten Privatisierungen in der Wasserwirtschaft hatten heftige Kritik entfacht sowohl bei der lokalen Bevölkerung als auch bei der internationalen Zivilgesellschaft. Die Folge: Man begann, in der Entwicklungszusammenarbeit reine Privatisierung oder mangelhaft konzipierte Konzessionen durch öffentlich-private Partnerschaften zu ersetzen, die zukünftig besser vorbereitet, durch Verträge abgesichert und begleitend evaluiert werden sollen. Statt rein bilateraler Partnerschaften zwischen einer lokalen Kommune und einem internationalen Wasserkonzern sollen nun sogenannte Multi-Sektor-Partnerschaften auch Nichtregierungsorganisationen (NGO) und Gruppen vor Ort einbeziehen. Diese Netzwerke sollen Synergien freisetzen und erfolgreiche Projekte ermöglichen.

Ein Beispiel für eine solche Partnerschaft ist die noch relativ junge Initiative Water and Sanitation for the Urban Poor (WSUP), an der die deutsche Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) beteiligt ist. Diese transnationale PPP fokussiert eines der gravierenden Probleme in Entwicklungsländern: die Versorgung der wachsen-

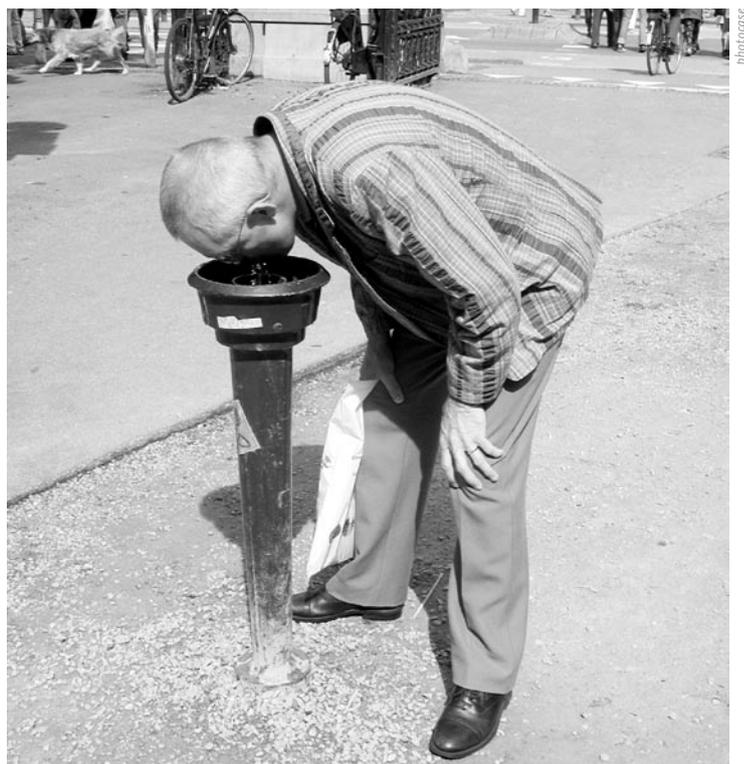
den Bevölkerung in stadtnahen Slums und sogenannten informellen Siedlungen mit sauberem Trinkwasser und einer funktionierenden Abwasserentsorgung. Beteiligt sind privatwirtschaftliche Akteure (RWE Thames Water, Unilever, Halcrow Group), aber auch

Ein Beispiel

NGO (CARE Int. UK, WaterAid, WWF, Water for People) sowie als Beobachter das United Nations Development Programme und die International Water Association. Erste Pilotprojekte sind zurzeit im indischen Bangalore, in Kenia und in Madagaskar geplant. Die Initiative WSUP ist der zentrale „Netzwerker“. „Meta-Partnerschaften“ wie WSUP bieten ein Rahmen-Netzwerk, in das die eigentliche Wasserpartnerschaft vor Ort eingebettet ist. WSUP implementiert also nicht selbst Projekte vor Ort, sondern vernetzt zunächst Partner und Geldgeber für Projekte. Dann werden mögliche Projekte in Entwicklungsländern lokalisiert und in Kooperation mit Behörden, Versorgungsunternehmen und anderen örtlichen Organisationen vorbereitet.

Dies ist ein weiterer Vernetzungsschritt, der von Anfang an die Einbeziehung von Stakeholdern vor Ort gewährleisten soll – also allen, die ein berechtigtes Interesse am Projekt haben oder von ihm betroffen sind. Innerhalb des Netzwerks finden Verhandlungen statt, es werden Daten erhoben, Verträge geschlossen und Projekte schließlich verwirklicht. Kommt das Projekt zustande, wird von Mitgliedern der WSUP ein Konsortium gegründet, das die Umsetzung steuert und kontrolliert.

Menschenrecht Wasser: laut der Vereinten Nationen auch eine nationale und internationale Verpflichtung des Staates



photocase

Da in vielen Entwicklungsländern ineffiziente Betreiber- und Verwaltungsstrukturen, überforderte Kommunen, Korruption und politische Einflussnahme die Umsetzung und Kontrolle von Vorhaben erschweren, sollen begleitend lokale Kapazitäten und staatliche Strukturen aufgebaut werden – im entwicklungspolitischen Zusammenhang spricht man hier von der Förderung von Good Governance. Lokale Partner sollen von Anfang an in das Projekt einbezogen werden, um vor Ort nachhaltige und lokal verwaltete Infrastrukturen und Versorgungsbetriebe aufzubauen.

Ziel der Initiative WSUP ist es, langfristig ein Modell für nachhaltig erfolgreiche Wasserpartnerschaften zu entwickeln. Gerade Netzwerke bieten gute Voraussetzungen dafür, eine beständig lernende Institution zu sein, denn hier lernen die verschiedenen Partner unter- und voneinander. Wie viele andere transnationale Partnerschaften steht die Initiative jedoch erst am Anfang, und es bleibt abzuwarten, ob sich dieses Modell bewährt.

Dr. Marianne Beisheim



Geboren am 16. April 1968 in Rotenburg/Fulda, ist wissenschaftliche Assistentin an der Arbeitsstelle für Transnationale Beziehungen, Außen- und Sicherheitspolitik und Co-Leiterin des SFB-700-Teilprojekts „Erfolgsbedingungen transnationaler Public Private Partnerships in den Bereichen Umwelt, Gesundheit und Soziales“. Zwischen 2000 und 2005 arbeitete sie im Deutschen Bundestag für die Enquete-Kommission

„Globalisierung der Weltwirtschaft“ und für den Vorsitzenden des Umweltausschusses, Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker. Zuvor war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Bremen. Sie hat an der Universität Tübingen und der State University of New York Politikwissenschaft studiert. Schwerpunkte ihrer Forschungstätigkeiten sind Governance-Fragen im Bereich Umweltpolitik.

Kontakt

Freie Universität Berlin
 Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften
 Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft
 Arbeitsstelle Transnationale Beziehungen, Außen- u. Sicherheitspolitik
 Ihnestraße 22, 14195 Berlin
 Tel.: 030 – 838 55 054
 Fax: 030 – 838 54 160
 E-Mail: beisheim-fuberlin@gmx.de
 Internet: <http://www.fu-berlin.de/atasp/>
<http://www.sfb-governance.de>



Mediathek des Bayerischen Umweltministeriums

Bis 2025 soll der Zugang zu Trinkwasser für alle Menschen gewährleistet sein

Die Forschung zu PPP steht in enger Verbindung zu Untersuchungen „globaler Politiknetzwerke“ oder zur „Netzwerk-Governance“. „Governance“ – begrifflich im Gegensatz zu „Government“ – hebt dabei darauf ab, dass kollektiv verbindliche Regelungen auch von anderen Akteuren als von staatlichen Stellen gesetzt werden können. Auch private Akteure oder die Kombination aus privaten und öffentlichen Akteuren können – gemeinsam als Politiknetzwerk oder in einer Partnerschaft – auf freiwilliger Basis Regeln aufstellen oder gewisse Gemeinschaftsgüter erbringen, die bislang der Staat für seine Bürger bereitgestellt hat.

Die Frage nach den Erfolgsbedingungen solcher innovativer Governance-Formen beschäftigt einen Sonderforschungsbereich an der Freien Universität Berlin. Insbesondere für „Räume begrenzter Staatlichkeit“, also für Länder, in denen der Staat kaum handlungsfähig ist, stellt sich die Frage, wie hier effektiv und legitim regiert werden kann und wie die Bürger mit bestimmten Gemeinschaftsgütern versorgt werden – sprich: wie Governance ohne Staat stattfindet.

Literatur

- Beisheim, Marianne/Liese, Andrea/Ulber, Cornelia:** Governance durch Public Private Partnerships in schwachen Staaten, in: Beisheim, Marianne/Schuppert, Gunnar Folke (Hrsg.): Staatszerfall und Governance. Baden-Baden: Nomos, S. 326–345
- Benner, Thorsten/Ivanova, Maria H./Streck, Charlotte/Witte, Jan Martin 2003 (Hrsg.):** Progress or Peril? Partnerships and Networks in Global Environmental Governance. The Post-Johannesburg Agenda, Berlin: Global Public Policy Institute.
- Börzel, Tanja A./Risse, Thomas 2005:** Public Private Partnerships: Effective and Legitimate Tools of International Governance?, in: Grande, Edgar/Pauly, Louis W. (Hrsg.): Complex Sovereignty: Reconstituting Political Authority in the Twenty-First Century, Toronto: Toronto University Press; S. 195–216
- Campe, Sabine/Schäferhoff, Marco/Kaan, Christopher 2006:** Transnational Public Private Partnerships in International Relations. Making Sense of Concepts, Research Frameworks and Results. Unpublished SFB-Working Paper.
- Meckling, Jonas 2003:** Netzwerk-governance. Corporate Citizenship und Global Governance. WZB-Discussion Paper P 2003–2006, Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.





Chinas Internet

Digitale Revolution im Reich der Mitte



JENS DAMM

130 Millionen Chinesinnen und Chinesen sind heute online. Der typische User ist jung, männlich und gut gebildet. Aber auch junge Frauen erobern das Netz in ungeahnter Geschwindigkeit. Trotz des „digital divide“, also der unterschiedlichen Nutzung des Internets von Frauen und Männern, bieten Cyber-Cafés in den ländlichen Regionen Chancen für die weniger Begüterten. Chinas Internet eröffnet Möglichkeiten, sich weltweit zu vernetzen, doch auch die Bedeutung des chinesischsprachigen Netzes für regionales und lokales „community building“ darf nicht unterschätzt werden. Das chinesische Netz ist modern: Interaktive Anwendungen wie Foren und Chats bestimmen das User-Verhalten, und die gegenwärtige chinesische Jugendkultur ist ohne die modernen Informationstechnologien, hierzu gehören Mobiltelefone und das Internet mit seinen vielfältigen Anwendungen, nicht vorstellbar. Neben der starken Betonung des Infotainments sind es vor allem Online-Tagebücher, sogenannte Blogs, die sich kritisch mit gesellschaftlichen Entwicklungen auseinandersetzen.

Die Zahl der chinesischen Internet-User hat innerhalb eines Jahrzehnts in einem unvorstellbaren Maße zugenommen. Waren es bei der ersten halbjährlichen Umfrage von „CNNIC“, dem „China Internet Network Information Center“, gerade einmal einige wenige Hun-

derttausende, die sich in den großen Städten mit einem einfachen Modem ins Internet einwählten, so sind es heute fast 200 Mal so viele: 130 Millionen, also rund zehn Prozent der Bevölkerung der Volksrepublik China. Bedenkt man zudem, dass diese Zahlen Hongkong, Macau und natürlich Taiwan und die Chinesen in Südostasien mit einer bedeutend höheren User-Rate nicht einbeziehen, so können – bezogen auf das chinesischsprachige Internet – noch 15 Millionen Internet-User hinzugefügt werden. In absoluten Zahlen hat damit das „chinesische Internet“ alle anderen Sprachen mit Ausnahme des Englischen schon hinter sich gelassen.

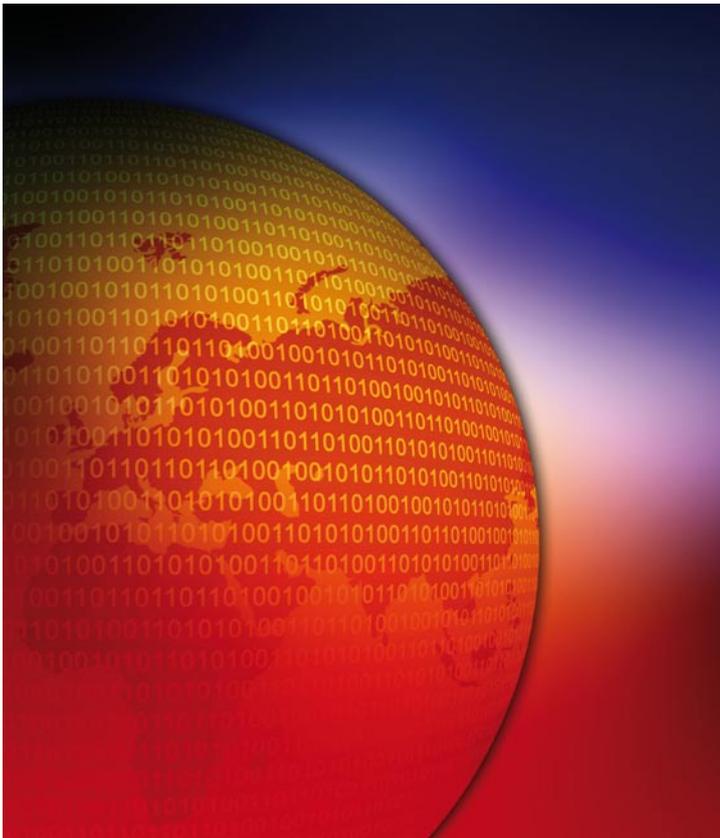
Das chinesische Internet mit seinen vielfältigen Möglichkeiten dient insbesondere den Usern der neuen postmodernen Mittelklasse zur Selbstverwirklichung und zum Aufbau sozialer Strukturen. Auch kritische Auseinandersetzungen mit Staat und Gesellschaft finden statt, jedoch oftmals nicht in der einfachen Form, wie dies westliche „China-Watcher“ sich wünschen und wie es die westliche Medienberichterstattung verkündet.

Chinas Gesellschaft ist geprägt von raschen Veränderungen, einem explodierenden Wirtschaftswachstum, aber auch von großen Einkommensdifferenzen zwischen den boomenden Küstenstädten, den urbanen Regionen und dem immer noch rückständigen ländlichen Hinterland. Seit Beginn der Reform- und Öffnungsperiode haben sich Lebensstile rasant verändert, und

Chinesisch ist nach dem Englischen die meistgenutzte Sprache im Internet



UNICOM



Dilemma der chinesischen Regierung: das Internet zur Modernisierung nutzen, ohne die Kontrolle über gesellschaftliche Entwicklungen zu verlieren

die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien (IuKT) spielen hierbei eine entscheidende Rolle. Ab 1978 setzten sich die Reformkräfte um Deng Xiaoping durch, und eine zunächst behutsame und graduelle Umformung der Wirtschaft wurde eingeleitet: die Modernisierung der Industrie, der Landwirtschaft, der Verteidigung sowie der Wissenschaft und Technik („Vier

Informations- und Kommunikationstechnologien

Modernisierungen“), wobei niemand ahnte, dass dies eine Transformation der Planwirtschaft in markt- und privatwirtschaftliche Strukturen einläuten würde. In den 1980er Jahren prägte ein nicht immer unproblematisches Nebeneinander von Planwirtschaft und Marktwirtschaft die Gesellschaft. Wirtschaftliche Probleme und Unzufriedenheit mit politischen Entscheidungen führten gegen Ende der 1980er Jahre zu massiven Protesten. Nach der Niederschlagung der Protestbewegung im Juni 1989 auf dem Platz des Himmlischen Friedens wurden auch die Wirtschaftsreformen zunächst eingefroren und erst 1992 wieder aufgenommen: Der greise Deng Xiaoping trat spektakulär und von der Öffentlichkeit begleitet eine Reise in die Sonderwirtschaftszonen im Süden Chinas an, die auch nach 1989 kapitalistische Modelle ausprobierten. Getreu dem Motto „Egal, ob die Katze schwarz oder weiß ist, Hauptsache, sie fängt Mäuse“ rief er dazu auf, neue Wege zu beschreiten, um Chi-

na erfolgreich ins 21. Jahrhundert zu führen. Kapitalismus, Globalisierung, der Rückzug ins Privatleben, verbunden mit technologischer Modernisierung und dem Boom der neuen Informationstechnologien, wurden fortan zu einem kennzeichnenden Merkmal des modernen China.

Hierbei diente das Internet einerseits dazu, wirtschaftliche Entwicklungen voranzutreiben – im Englischen als „Leap Frogging“ bezeichnet. Man ging daran, mit Hilfe der IuKT die Entwicklung einer industriellen Basis zu „überspringen“, um gleich

Neues Kommunikationszeitalter

ins neue Kommunikationszeitalter einzutreten. Der Wirtschaftswissenschaftler Xie Kang beschrieb dies mit den Worten: „Informatisierung ist eines der effizientesten Mittel, mit denen ein Land Industrialisierung, ökonomische Vorteile und gesteigerte Produktionseffizienz erreichen kann ... Das Internet ist der Katalysator, mit dem China ein fortgeschrittenes Niveau seiner wirtschaftlichen Entwicklung erreichen kann.“

Andererseits konnte sich insbesondere Chinas Jugend einen privaten Freiraum schaffen, den sie bis dahin noch nicht gekannt hatte. Waren zu Beginn der Reform Privattelefone noch weitgehend unbekannt, besitzt heute – statistisch gesehen – jeder dritte Chinese ein Mobiltelefon, und China ist mittlerweile der weltweit größte Markt für mobile Telefone. Etwa zur gleichen Zeit begann auch der Siegeszug des Internets in China. Von Anfang an stand die chinesische Führung vor dem Dilemma, wie man das Internet für Chinas Modernisierung nutzen kann, ohne die Kontrolle über gesellschaftliche und politische Entwicklungen zu verlieren. Eines war jedoch immer klar: Den Weg Kubas, Burmas oder Nordkoreas, die ihren Bürgern den Zugang zum Internet gänzlich verwehren, wollte man nicht gehen. Trotz aller Einschränkungen, Sperrung von einzelnen Websites und systematischen Durchforstens von E-Mails nach „Sperrwörtern“ ist das Internet zu einem nicht mehr wegzudenkenden Alltagsinstrument eines bedeutsamen Teils der chinesischen Bevölkerung geworden, auch wenn noch große Unterschiede zwischen Stadt und Land sowie entwickelten und unterentwickelten Regionen bestehen.

Seit einem Jahrzehnt veröffentlicht das „China Internet Network Information Center“ halbjährliche Berichte über die Internetentwicklung in China. Neben dem starken Anstieg der Nutzerzahlen lässt sich feststellen: Die 130 Millionen chinesischen Internet-User sind geografisch sehr ungleichmäßig über das Land verteilt. Während in Europa oder Nordamerika keine wesentlichen Unterschiede zwischen Stadt und Land und den

China Internet Network Information Center



mehr oder weniger entwickelten Gebieten bestehen, haben in den chinesischen Großstädten wie Peking oder Shanghai zwischen einem Drittel und der Hälfte der Bevölkerung einen Internetanschluss.

In den ärmeren Provinzen im Süden und Westen, wie Guizhou oder Tibet, sind es nur noch zwei bis drei Prozent. Der „gender gap“, also das Verhältnis von Männern und Frauen, die online sind, schließt sich ebenfalls nur relativ langsam. Stärker als in vielen anderen Ländern der Welt sind Männer online vertreten: Fast 60 Prozent der User sind männlich. Eine ähnliche Kluft findet man beim Alter: Hier stellen junge Leute die Mehrzahl der Internet-User dar. Die größte User-Gruppe sind mit 35 Prozent die 18- bis 24-Jährigen, gefolgt von der Gruppe zwischen 25 bis 30 Jahren mit 19,3 Prozent, und den unter 18-Jährigen mit 16,6 Prozent. Das bedeutet: Fast dreiviertel aller User sind unter 30. Auch die verschiedenen Berufsgruppen sind sehr ungleichmäßig vertreten: Schülerinnen, Schüler und Studierende machen 35 Prozent der User aus. Aber auch die Zahl der Lehrerinnen und Lehrer ist mit sieben Prozent beachtlich und etwa so hoch wie die Zahl anderer Staats- oder Behördenangestellter. Die meisten User entstammen der neuen Mittelschicht, aber es existieren auch erste empirische Untersuchungen über die Nutzung des Internets durch Wanderarbeiterinnen und Wanderarbeiter, das heißt Migrantinnen und Migranten aus ärmeren Provinzen. Wenn diese im Dienstleistungssektor tätig sind, nutzen sie das Netz regelmäßig, um den Kontakt mit ihren Familien aufrechtzuerhalten.

Auch die Geschwindigkeit der Datenübermittlung hat sich im chinesischen Internet in den letzten Jahren verbessert – sowohl was die Bandbreite betrifft als auch die Art der Zugangs: Fast 60 Prozent der User können sich



Auch in China nicht aufzuhalten: Die „McDonaldisierung“ der Gesellschaft

heute über DSL oder einen vergleichbaren Anschluss einwählen. Die meisten User haben auch einen relativ hohen Bildungsgrad: Mehr als 50 Prozent besitzen einen Fachhochschulabschluss oder höher, und 30 Prozent sind noch Schüler einer High School – vergleichbar mit der Mittel- oder Oberstufe im deutschen System. Womit verbringen die chinesischen User ihre Zeit am Computer? Nach der aktuellen Umfrage von CNNIC spielen Nachrichten neben E-Mails die größte Rolle,

In chinesischen Großstädten wie Shanghai haben zwischen einem Drittel und der Hälfte der Bevölkerung einen Internetanschluss



wobei beide Features im internationalen Vergleich in China eine signifikant geringere Bedeutung haben.

Eine Besonderheit ist die große Bedeutung von „Instant Messaging“, wobei das in China meist verbreitete Programm „QQ“ im Westen so gut wie unbekannt ist, aber von fast jedem chinesischen Jugendlichen benutzt

Internetnutzung

wird. Ein Westler, der „QQ“ nicht kennt, wird als „fremdes – und vor allem technologisch rückständiges – Wesen“ betrachtet. Ebenso kommt den verschiedenen Internetforen eine sehr große Bedeutung zu – angeboten von den großen Webportalen wie „Sina“, „Sohu“, „Netease“, aber auch von größeren Schulen und insbesondere Universitäten. Etwa die Hälfte der Internet-User sagen von sich, dass sie entsprechende Foren

regelmäßig nutzen. Vor allem das interaktive Web 2.0 prägt das User-Verhalten. Ein Drittel der User verbringt die Zeit mit Musikhören, lädt Filme aus dem Netz oder spielt Internet-Games. Auch wenn das chinesische Internet im Bereich politischer Informationen bedeutend stärker kontrolliert wird als im Westen: Für User, die das Urheberrecht umgehen wollen, ist China weiterhin ein Paradies. Für Musik- und Filmliebhaber bietet die chinesische Suchmaschine „sogou.com“ einen MP3-Suchdienst an, der im Westen unvorstellbar wäre.

Weitaus geringer ist das Interesse am Gestalten persönlicher Websites und nur knapp 15 Prozent nutzt dieses Angebot. Grund hierfür sind chinesische Gesetze, die das Registrieren von Websites verbindlich machen und das Verbot kostenloser Websites wie der von

Urheberrecht

Yahoo (beziehungsweise Geocities). In letzter Zeit haben Blogs (Internet-Tagebücher) Einzug in China gehalten, und sowohl die großen internationalen Blogs wie MSN (spaces.msn.com) als auch chinesische Blogs wie „CNBlog.org“ erfreuen sich großer und wachsender Beliebtheit. Ein weiterer Bereich betrifft Online-Erziehung und -Weiterbildung, die von 15 Prozent der User genutzt werden. Das Angebot reicht von Sprachkursen bis hin zur Vorbereitung auf universitäre Aufnahmeprüfungen. Dabei kooperieren renommierte Universitäten an der Küste und in den großen Städten mit kleineren Universitäten im unterentwickelten Westen. Über E-Learning sind Möglichkeiten entstanden, auf Materialien und Kurse der Peking-Universität, anderer renommierter Universitäten der Hauptstadt oder auch Shanghais zuzugreifen. Zudem ist eine wachsende Konvergenz von mobiler Kommunikation und dem Internet zu beobachten.

Es sind also insbesondere die Großstädte, in denen das Internet und andere Technologien wie Mobiltelefone und VCD/DVD-Player zu einem bedeutenden Teil des Alltagslebens geworden sind. Angesichts der günstigen Preise für SMS-Kurzmitteilungen scheint es vielerorts, als würden Jugendliche ununterbrochen Nachrichten tippen, MTV flimmert von den Bildschirmen, und die „McDonaldisierung“ der Gesellschaft schreitet selbst in den Kleinstädten voran. Bilder von Jugendlichen in den Großstädten lassen eher auf Tokio, Hongkong oder Taipei schließen, als auf die sich selbst immer noch als sozialistisch bezeichnende Volksrepublik China.

Ein Beispiel für ein „Bulletin Board System“ (BBS) oder Internet-Forum, in dem sich vor allem junge User treffen, ist der Chat von „Sohu.com“, einem der großen Portale in China. Daran lässt sich verdeutlichen, wie sehr das Internet den Alltag beeinflusst und verändert hat. In einem solchen chinesischen BBS findet man die unterschiedlichsten Themenfelder: Kultur, Lifestyle, Lie-

Dr. Jens Damm



Geboren am 24. Dezember 1965 in Mainz. Von 1988 bis 1994 Studium der Sinologie und Wirtschaftswissenschaft in Trier, von 1989 bis 1991 Studienaufenthalt in Tainan, Taiwan (Cheng-kung University). 1994 Magisterarbeit, Titel: „Liu Xiaobo – ein Ikono-klast in der Tradition des Vierten Mai“. 1998 Dozent für Chinesisch an der Akademie am Müggelsee, Berlin. 1996 bis 2001 Doktorand und Lehrbeauftragter an der Freien

Universität, Betreuung der Internet-Seiten der Sinologie. 2002 Dissertation zum Thema „Homosexualität und Gesellschaft in Taiwan, 1945 bis 1995“. Von 2001 bis 2003 wissenschaftlicher Mitarbeiter im DFG-Forschungsprojekt „Die chinesische Internetpolitik im Spannungsfeld zwischen technologischer Entwicklung und politischer Reaktion“ unter der Leitung von Prof. Eberhard Sandschneider. Seit 2004 wissenschaftlicher Assistent am Ostasiatischen Seminar der Freien Universität, Arbeitsbereich Prof. Mechthild Leutner. Arbeitsschwerpunkte: Identitätspolitik, Gender- und Queer-Studien in chinesischen Gesellschaften, Internetpolitik und lokales E-Government in der Volksrepublik China. Er ist – zusammen mit Simona Thomas – Herausgeber und Autor von *Chinese Cyberspaces* (Routledge, 2006).

Kontakt

Freie Universität Berlin
 Fachbereich Geschichts- und Kulturwissenschaften
 Ostasiatisches Seminar, Sinologie
 Ehrenbergstraße 26–28
 14195 Berlin
 Tel.: 030 – 838 571 06
 E-Mail: jensdamm@gmx.net
 Internet: <http://www.tongzhi.de>



be und Bekanntschaften, Nachtleben, Immobilien, Gesundheit, Frauen, Autos, Musik und Film, Sport, Schule und Universität. Offensichtlich spiegelt die Betonung von Lifestyle und Privatleben die Dominanz der Mittelklasse wider. Untergruppen wie Schulen und Universitäten sind dagegen bedeutend stärker nach den einzelnen Regionen gegliedert, wobei zu bedenken ist, dass

Internet-Foren

die meisten größeren Universitäten ihre eigenen BBSs anbieten. Alleine für Peking existieren zwischen 30 und 40 Themen. Von „Hotel für alle“, „Frauen“, „Singles“, „queer“ über „Chat Station“, „Herumwandern in Peking“, „Peking-Mode“, „Leben im Hutong“ [die traditionellen eingeschossigen Wohngebiete] bis hin zu „Leben im Ausland“, „Suche nach Reisegefährten“, „Shopping“, „Astrologie“, „Tickets“, „Urlaub“, „Olympiade“ oder „Ich liebe mein Zuhause“.

Gesellschaftlicher Anspruch und ein Veränderungswille der Jugend zeigen sich weniger in den Internet-Foren zu den Themen Entertainment und Selbstverwirklichung, sondern vor allem in einem für chinesische Verhältnisse neuem Phänomen: dem Aufkommen von Blogs. Später als im Westen, dann aber mit einer ungeahnten Vehemenz, haben sich Blogs den Weg ins chinesische Internet gebahnt. Blogs, in denen junge Chinesinnen und Chinesen ihre Gefühle äußern, aber auch in einen kri-

tischen Dialog mit und über China eintreten. Kaum ein Thema, das hier nicht frei angesprochen werden kann: vom harmlosen Klatsch über Prominente bis zu Themen wie Umweltverschmutzung und freier Liebe. Gerade in gesellschaftlichen Bereichen wie Umweltschutz, AIDS und dem komplizierten Verhältnis zwischen Japan und China zeigt sich die Veränderung in der chinesischen Gesellschaft: Kritische Themen werden kontrovers diskutiert, obwohl der Staat im Rahmen von Kampagnen das Netz immer wieder „säubert“. Ein Beispiel für die Rolle des Internets in der kritischen Auseinandersetzung mit staatlichen Entscheidungen ist das Nu-Staudamm-Projekt: Der mächtige Fluss „Nu“, der im Himalaja entspringt, soll gebändigt und für die

Blogs

Stromversorgung genutzt werden. Vorangetrieben von der Provinzregierung, aber auch mit Unterstützung von Teilen der Zentralregierung, hat das Projekt unter der ökologisch zunehmend sensibilisierten urbanen Bevölkerung großes Unbehagen hervorgerufen. Auch hier spielte das Internet mit seinen Möglichkeiten der freien Diskussion in BBSs und Blogs eine entscheidende Rolle. Während Medien wie Zeitungen und Fernsehen zum Thema „Nu-Staudamm“ inzwischen schweigen, lässt sich das Internet kaum kontrollieren – und die Debatte über die Widersprüche zwischen Wachstum

Tradition und Moderne in China



FOTOLIA, Radu Razvan

und Umweltschutz ist inzwischen bis in die höchsten Ebenen der Regierung vorgedrungen.

Blogs dienen auch einem kritischen Dialog mit dem Westen. Ein Beispiel ist die Diskussion über Google und seinen spezifischen Dienst Google.cn. Diskussionen im Westen legen hier den Fokus auf Zensur und eine Schlagzeile bei Spiegel-online lautete: „Selbstzensur in China: Google wird böse“. Diese Debatte hatte begonnen, als Google sich entschlossen hatte, einen eigenen Service Google.cn ins Leben zu rufen, der sich an die chinesischen Gesetze und Vorgaben halten würde. Worauf Google sich dabei einließ, unterschied sich kaum vom früheren Vorgehen seiner Konkurrenten Yahoo und MSN. Durch die Einbindung eines kleinen Textes, dass die Suchergebnisse „gefiltert“ sind, war Google sogar ehrlicher als Yahoo und MSN.

Auf die scharfe Kritik im Westen reagierte eine chinesische Blogger-Szene jedoch anders als erwartet und verdeutlichte – teilweise unter expliziter Berufung auf

Chinas Blogger-Szene

postkoloniale Ansätze –, dass China nicht nur passiv reagiere, sondern ein aktiver Player im internationalen Netz geworden sei. So hatten die beiden bekannten chinesischen Blogger Wang Xiaofeng und Yuan Lei während der Diskussion ihre Blog-

Message Milk and Milk Pig (<http://lydon.yculblog.com> und <http://milkpig.yculblog.com>) geschlossen und eine zweideutige Nachricht auf ihren Websites hinterlassen. Verschiedene westliche Nachrichtenagenturen berichteten sofort, es handele sich wieder um einen Fall von staatlicher Zensur. In Wirklichkeit hatte sich Wang Xiaofeng jedoch einen Scherz erlaubt, um „den ausländischen Medien einmal zu zeigen, dass chinesische Angelegenheiten nicht immer so sind, wie sie auf den ersten Blick erscheinen“ und dass „ausländischer Reporter nicht aufbauend auf ihren eigenen Wahrnehmungen berichten sollen, ohne die Hintergründe zu verstehen“.

Literatur

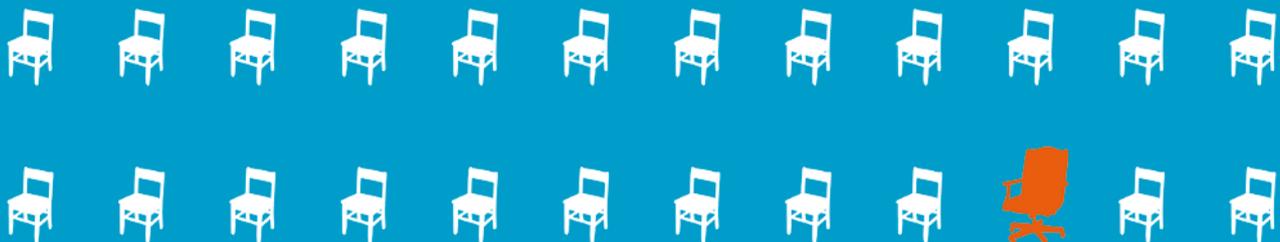
China Internet Network Information Center, <http://www.cnnic.cn>.

Damm, Jens und Thomas, Simona (2006), *Chinese Cyberspaces*, London, New York: Routledge 2006.

Litzinger, Ralph (2006), „Activisms across Borders: The Campaign to Halt the Nujiang Dam Project“, Special Edition „Media in China“, *Critical Asian Studies* (in Vorbereitung)

Kang, Xie (2006), „Industrialization Supported by Informatization: the Economic Effects of the Internet in China“, in Damm / Thomas (2006), S. 132–147.

Vorträge, anlässlich der Konferenz: China's Internet and Chinese Cultures: The Fourth Annual Chinese Internet Research Conference, Singapur 2006, <http://www.ntu.edu.sg/sci/sirc/china-intconf.html>.



IBB BerlinINTRO

Andere machen Kaffeeklatsch – Sie den Chef.

Mit IBB Berlin INTRO schaffen Sie sich die finanziellen Voraussetzungen für Ihre unternehmerische Zukunft. Wir unterstützen Sie beim Aufbau Ihres eigenen Unternehmens in Berlin.

Wir beraten Sie gern:
Telefon: 030 / 2125-4747
E-Mail: zukunft@ibb.de

www.ibb.de/berlinintro



**Investitionsbank
Berlin**

Leistung für Berlin.





Netzwerker vor dem Herrn?

Kardinäle im Mittelalter

Kardinal Pierre Roger, Abt von Fécamp, der spätere
Papst Clemens VI., und Markgraf Karl von Mähren,
der spätere Karl IV.



INTERVIEW MIT RALF LÜTZELSWAB

„Glieder des Papstleibes oder Nachfolger der Apostel?“ So lautet das wissenschaftliche Netzwerk, das die Forschung über die Kardinäle – die höchsten katholischen Würdenträger nach dem Papst – des Mittelalters voranbringen soll. Das Projekt wird über drei Jahre von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) gefördert. Das wissenschaftliche Netzwerk soll international den Austausch von jungen und etablierten Forschern zum mittelalterlichen Kardinalat stärken. Federführend sind zwei junge Wissenschaftler der Freien Universität Berlin und der Ludwig-Maximilians-Universität München. fundiert sprach mit Dr. Ralf Lützel Schwab, Historiker an der Freien Universität Berlin, der zusammen mit Dr. Jürgen Dendorfer von der LMU das Netzwerk koordiniert.

fundiert: Ihr Forschungsprojekt beschäftigt sich mit dem Kardinalat in der Zeit vom 11. Jahrhundert bis zum Beginn der Reformation 1517. Wie sind Sie auf die Idee für dieses Forschungsprojekt gekommen?

Lützel Schwab: Aus einem ganz praktischen Grund: Nach dem Tod Johannes Pauls II. im vergangenen Jahr gab es eine wahre Medienhysterie. Alle Medien – egal, ob Rundfunk, Print oder Fernsehen – schmückten sich mit wissenschaftlichem Sachverstand. Je genauer die Fragen zur Geschichte des Kardinalats allerdings gestellt wurden, desto größer – erschreckend groß – waren die Wissenslücken, die dabei zutage traten. Das lag aber nicht unbedingt an der Inkompetenz der Fachleute, sondern war der Tatsache geschuldet, dass es noch sehr viel Unbekanntes auf diesem Gebiet gibt. Das, was man zu wissen meint, deckt sich eben nicht immer mit dem, was man tatsächlich weiß. Das war bei dieser Institution eigentlich nicht zu vermuten, da sie im gesamten Mittelalter sehr einflussreich und politisch dominant war und wir weiß Gott nicht die Ersten sind, die sich mit ihr beschäftigen. Der zweite Grund ist meine Dissertation, in der ich mich mit dem Kardinalskolleg beschäftigte und deshalb auch auf Schwachstellen in der Forschung gestoßen bin. Letztlich war es auch ein persönlicher Traum, dieses Forschungsgebiet auszubauen und zu verfolgen. Rein zufällig habe ich im vergangenen Jahr einen Kollegen in München getroffen, der sich zum Thema Kardinalat habilitiert, und gemeinsam haben wir einen Antrag bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft gestellt.

fundiert: Wie wollen Sie und Ihre Kollegen bei Ihrem Projekt vorgehen? Wie strukturieren Sie das Themenfeld?

Lützel Schwab: Wir haben den gesamten Themenkomplex in vier Großgruppen eingeteilt, weil dieses Thema nur so in den Griff zu bekommen ist. Und selbst mit diesen vier Großgruppen, an denen insgesamt zwölf Forscher beteiligt sind, müssen wir einige Aspekte außen vor lassen. Wir beschäftigen uns zum einen mit der Legitimation des Kardinalats über die Jahrhunderte. Zum anderen gehen wir der Frage nach, wie sich der Kardinalat im Spannungsfeld zwischen Oligarchie und Monarchie positioniert – deshalb auch der klangvolle Titel des Netzwerks „Glieder des Papstleibes oder Nachfolger der Apostel?“ Die dritte Großgruppe beschäftigt sich mit dem Thema: „Wie wird man eigentlich Kardinal?“ Das ist eine Frage, die für die verschiedenen Jahrhunderte unterschiedlich beantwortet werden muss. Das Anforderungsprofil etwa wandelte sich, und wir schauen uns in diesem Zusammenhang auch typische Karrieremuster an. Die vierte Frage dreht sich um das, was wir Medialität nennen. Dabei gerät das in den Blick, was die Kardinäle neben ihrer Verwaltungstätigkeit tatsächlich zu Papier gebracht haben. Einige Schriftgattungen sind leider nur sehr bruchstückhaft überliefert. Gerade bei der Predigt wissen wir nicht viel, obwohl Kardinäle zur Predigt verpflichtet waren. Die wenigen Beispiele, die wir ken-

Arnolfo di Cambio: Grabmal des Kardinals Guillaume de Braye in der Dominikanerkirche zu Orvieto 1282/92



The Bridgeman Art Library Nationality



Marco Van Belleghem, Fotolia

Der heilige Petrus – der „Fels, auf dem die Kirche gebaut ist“ (Mt 16,18), erster Papst der Geschichte

nen, bestechen sicherlich nicht durch theologische Brillanz, erlauben oftmals jedoch wertvolle Einblicke in das kuriale Tagesgeschäft. Meist waren Kardinäle eben Juristen – und man merkt, dass sie nicht gut predigen konnten. Bei den Predigten gibt es also Wissenslücken, aber wir haben in unserem Netzwerk einen amerikanischen Kollegen, der sich mit diesen Kardinalspredigten auseinandersetzt und dem es durch emsige Forschung gelingt, ständig neue Quellen aufzutun. Für die Zeit des Avignonesischen Papsttums, der Zeit von 1308 bis 1378 also, in der die Päpste in Avignon residierten, wird man aber wohl auf kaum mehr als 40 Predigten kommen.

fundiert: Sind die vier unterschiedlichen Forschungsschwerpunkte jeweils vier verschiedenen Forschern zugeteilt?

Lützelschwab: Nein, wir spezialisieren uns auf Jahrhunderte. Innerhalb dieser Jahrhunderte werden alle vier genannten Aspekte behandelt. Es ist also jeder Spezialist für sein Jahrhundert, muss da aber auch alle vier Aspekte erforschen – Absprachen mit Kollegen, die dasselbe Jahrhundert behandeln, sind aber erlaubt.

fundiert: Sie sind bei diesem DFG-Projekt federführend. Wie koordinieren sie die Zusammenarbeit?

Lützelschwab: Die Koordinierung erfolgt zunächst auf der Schiene München–Berlin. Das Projekt beinhaltet insgesamt sechs Treffen, bei denen wir als Organisa-

toren und Koordinatoren die Richtung vorgeben. Den Kollegen schlagen wir bei jedem Treffen ein Themengebiet vor, das bis zur nächsten Zusammenkunft bearbeitet werden soll – und nach einem halben Jahr werden die Ergebnisse der Arbeit dann präsentiert.

fundiert: In welcher Sprache kommunizieren Sie bei den Treffen? Die Teilnehmer kommen schließlich aus verschiedenen Ländern wie Italien, Frankreich, Deutschland und den USA.

Lützelschwab: Da hat die Mediävistik einen großen Vorteil: Für uns ist es meist möglich, alle vier Sprachen zu bedienen – so wie wir auch bei unserem ersten Treffen in allen vier Sprachen kommuniziert haben.

fundiert: Ist ein Forschungsprojekt dieser Reichweite nur noch im Team und verteilt über mehrere Länder zu bewältigen?

Lützelschwab: Eine Institution allein wäre mit solch einem Projekt sicher überfordert. Die Forschung ist mittlerweile sehr ausdifferenziert, und es gibt in den einzelnen Ländern unterschiedliche Forschungsschwerpunkte – auch mit nationalen Vorlieben, die sich im Lauf der Zeit herausgebildet haben. Deshalb ist ein solches Forschungsvorhaben nur in internationaler Zusammenarbeit sinnvoll zu bewerkstelligen. Frankreich beispielsweise beschäftigt sich seit jeher stärker mit der Frage der Kulturpatronage, während wir das harte Ge-



schäft der Urkundenkritik betreiben. Und es gibt die französische Affinität zu Predigten und zu literarischer Produktion im Allgemeinen, die in Deutschland nicht so stark ausgeprägt ist: Hier haben wir den Kardinalat eher unter rechtsgeschichtlicher und theologisch-ekkle-siologischer Perspektive untersucht. Trotz aller Schwerpunkte sind viele Aspekte einfach noch nicht behandelt worden – und da ist internationale Kooperation gefragt.

fundiert: Haben Sie bei diesem Projekt die Unterstützung der Katholischen Kirche?

Lützelschwab: Nicht direkt, aber dass die Katholische Kirche an unserem Projekt interessiert ist, liegt auf der Hand. Die Grußworte des Münchener Kardinals bei unserer Eröffnungsveranstaltung Anfang November in München haben dies gezeigt. Man sollte wissen, dass auch Priester bisher einen Teil der Forschung zum Kardinalat geleistet haben. Doch Vorsicht ist angebracht: Als Forscher darf man sich nicht in allzu große Nähe einer Institution mit eigenen Zielsetzungen und Interessen begeben, weil man sich sonst dem Vorwurf aussetzt, nicht objektiv zu sein – ein Vorwurf, der auch immer wieder den großen Fakultäten für Theologie oder für Kirchengeschichte gemacht wird.

fundiert: Als Historiker dürfte mangelnde Objektivität doch kein Problem sein?

Lützelschwab: Das stimmt, aber trotzdem sind wir darauf angewiesen, dass wir beispielsweise Zugang zum Vatikanischen Archiv haben und – wie gesagt – man muss mitunter eben doch ein wenig taktieren.

fundiert: Wie kann man sich denn die Arbeit im Archiv des Vatikans vorstellen? Man kann ja nicht einfach ein- und ausgehen wie in jedem anderen Archiv.

Lützelschwab: Sie brauchen vor allem jemanden, der ein Empfehlungsschreiben ausstellt – das ist sozusagen die Eintrittskarte. Die bekommt man entweder von einem Professor, der im Vatikan bekannt ist, oder man nutzt Kontakte zu den Auslandsinstituten in Rom. Danach läuft es aber wie in jedem anderen Archiv auch, es wird nicht selektiert, und es werden auch keine Bestände gesperrt – bis auf die letzten 70 Jahre. Die Aura ist natürlich einmalig: Sie arbeiten nämlich im Privatarchiv des Papstes – und auf dieses Privileg werden Sie immer wieder hingewiesen. Das Arbeiten selbst funktioniert hervorragend und ist äußerst effizient, weil das Archiv sehr gut organisiert und auch weltläufiger als jedes andere mir bekannte Archiv ist – französische For-

scher sprechen da auch schon einmal salopp vom „salon intellectuel de l'Europe“. Seit 20 Jahren gibt es da beispielsweise ein Café: ein internationaler Umschlagplatz für Informationen. Hier können sich Forscher in den unterschiedlichsten Sprachen austauschen, unterhalten und informieren. Sie sehen also: In Italien ist selbst Kaffeetrinken für die Forschung nützlich. Für meine Dissertation recherchierte ich in diesem Archiv über Papst Clemens VI. – und hatte die Vermerke von Clemens VI. im Original vor mir. Als Historiker hat mich das doch eher gegen meinen Willen sehr beeindruckt. Sie merken aber an meiner Begeisterung, dass ich sehr gerne in Rom arbeite.

fundiert: Zum Forschungsprojekt selbst: Können Sie schon absehen, wie sich die Rolle der Kardinäle in der Zeit zwischen dem 11. und dem 15. Jahrhundert verändert hat?

Lützelschwab: Das kann man nicht pauschal beantworten. Es gibt zwar große Entwicklungslinien, aber grundsätzlich steht immer die Frage im Vordergrund: Wie positionierten sich die Kardinäle gegenüber dem Papst? Der Kardinalat hat nämlich ein zentrales Problem: Er ist eine Institution, die sich biblisch nicht begründen lässt – es gibt in der Bibel keine Kardinäle. Es gibt darin aber Apostel, und als deren Nachfol-

Heute erinnert an der Hafeneinfahrt von Konstanz die Statue der Imperia in satirischer Form an das Konzil von Konstanz. Auf ihren erhobenen Händen trägt sie rechts den Kaiser und links den Papst



Wannemacher

ger gelten die Bischöfe. Also mussten sich die Kardinäle diesbezüglich positionieren, was sie auch mehr oder minder geschickt bewerkstelligten. Aber ihre eigene Stellung war immer davon abhängig, ob der regierende Papst stark oder schwach war. Bei schwachen Päpsten konnten die Kardinäle ihre eigene Macht wesentlich besser entfalten als bei einem autokratisch regierenden Papst. Was den Kardinälen aber immer blieb, war das vornehmste Recht der Papstwahl – bis heute. Wie sich im Anschluss an eine solche Wahl aber alle anderen Rechte gestalteten, war abhängig vom jeweiligen Papst. Päpste haben es immer vermieden, Zusagen zu geben, die im Zweifelsfall rechtsverbindlich einzufordern gewesen wären. Der Kardinalat ist also eine Institution, um die herum unglaublich viel taktiert wurde.

Dr. des. Ralf Lützelschwab



Geboren 1969 in Rheinfelden/Baden. Studium der Romanistik, Mittelalterlichen Geschichte und Mittellateinischen Philologie in Freiburg, Toulouse und Berlin. 1998 Magister Artium, „Ein spätmittelalterlicher Predigtzyklus: Jean-Gersons Poenitemini-Predigten und die Sieben Todsünden in der Vorstellungswelt des Mittelalters“. Seit 1999 ist Ralf Lützelschwab wissenschaftlicher Mitarbeiter am Friedrich-

Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin, Lehrstuhl Prof. Dr. Matthias Thumser. 2002 folgte als Stipendiat der Studienstiftung des Deutschen Volkes die Dissertation. Titel: „Flectat cardinales ad vellesuum? Clemens VI. (1342 bis 1352) und sein Kardinalskollegium. Ein Beitrag zur kurialen Politik in der Mitte des 14. Jahrhunderts“. 2003 erhielt er den Friedrich-Meinecke-Preis der Freien Universität Berlin. Seit 2003 arbeitet er am Habilitationsvorhaben „Macht durch Reliquien? Die Reliquienschatze europäischer Herrscher und Herrscherkirchen in Europa vom 12. bis zum 16. Jahrhundert“. Seine Forschungsschwerpunkte sind die Kirchengeschichte des Hoch- und Spätmittelalters, die mittelalterliche Predigt und die Renaissance des 12. Jahrhunderts.

Kontakt

Freie Universität Berlin
 Fachbereich Geschichts- und Kulturwissenschaften
 Friedrich-Meinecke-Institut
 Koserstraße 20
 14195 Berlin
 Tel.: 030 – 838 545 35
 E-Mail: luetzel@zedat.fu-berlin.de

fundiert: Ist das auch innerhalb des Kardinalats der Fall?

Lützelschwab: Natürlich, Kardinäle waren Teil unterschiedlicher Netzwerke und nutzten diese auch. Diese Netzwerke waren von den unterschiedlichsten Faktoren geprägt: zum einen durch den sehr wichtigen Faktor „Verwandschaft“. Zum anderen spielte es eine große Rolle, aus welchem Land beziehungsweise welchem Landstrich man stammte. Als der Papst in Avignon residierte, war es wichtig, ob die Herkunft Gascogne hieß oder Nordfrankreich. Damals bildeten sich „Koalitionen der Herkunft“. Ein anderes wichtiges Kriterium war die Ausbildung – wenn man etwa an den gleichen Universitäten studiert hatte und sich dadurch ganz automatisch Netzwerke bildeten.

fundiert: Man versuchte also erst herauszubekommen, wie stark der Papst war und kümmerte sich später darum, mit wem man paktieren konnte, um die eigenen Interessen durchzusetzen?

Lützelschwab: Genau. Wobei man nicht heutige Vorstellungen von der Größe des Kardinalskollegiums ansetzen darf. Derzeit sind es rund 140 Personen – im Mittelalter waren es 20 bis 30. In diesem Zusammenhang gibt es den schönen Begriff der „Kreatur“ im Sinne von: „vom Papst Erschaffenes“. Die „richtigen Kreaturen“ sind natürlich diejenigen, die der Papst selbst ernennt. Hier kann man sehr gut untersuchen, auf welche Faktoren ein Papst bei der Ernennung der Kardinäle Wert legte. Zählte nur die Verwandtschaft, oder verfügten die „Kreaturen“ tatsächlich über besondere Fähigkeiten und Stärken? In den meisten Fällen waren es doch eher talentierte Leute, die den Kardinalspurpur überreicht bekamen. Und wenn ein Neffe des Papstes schon mit 18 Jahren Kardinal wurde, dann sorgte der Papst eben dafür, dass er die entsprechende Ausbildung bekam, wie im Fall eines Neffen Clemens' VI., der ernannt und bereits am folgenden Tag zum Rechtsstudium nach Bologna geschickt wurde.

fundiert: War die Kurie italienisch dominiert in dem Zeitraum, den Sie untersuchen? Oder waren noch andere Länder vertreten?

Lützelschwab: Für das 12. und 13. Jahrhundert gilt sicherlich die Dominanz der Italiener, es gab wenige Spanier und Engländer. Aber im Grunde waren die Italiener führend, gefolgt von den Franzosen, die sich in Hinblick auf das Diktum von „Frankreich als älteste Tochter der Kirche“ schon seit langer Zeit privile-



giert fühlten. Das Verhältnis kehrte sich allerdings um, als das Papsttum 1309 nach Avignon übersiedelte. Seit diesem Zeitpunkt wurde das Kardinalskollegium ganz klar von Franzosen dominiert. Von den 30 Kardinälen stammten vielleicht drei aus Italien, Spanien und England waren gar nicht mehr vertreten. Man sagt sogar, dass die Katastrophe von Avignon, das heißt die Aufgabe Roms zugunsten der Stadt an der Rhône, dazu geführt habe, dass nie mehr ein Franzose Papst wurde – die Kirche habe eben ein sehr langes Gedächtnis.

fundiert: Aber dieses Verhältnis hatte sich auch wieder gewandelt ...

Lützelschwab: Nach dem Konstanzer Konzil 1415 kehrt sich dieses Verhältnis wieder um. Die Päpste waren 1378 nach Rom zurückgekehrt, unmittelbar danach brach das Große Schisma aus, das heißt, es gab nun mehrere Päpste, die Anspruch auf die Tiara erhoben – und so wusste man nicht mehr, wer der richtige Papst war. 1415 wurde dieses Problem in Konstanz gelöst: Es gab nur noch einen Papst, und der war definitiv in Rom angesiedelt. Danach folgt eine gewisse Internationalisierung des Kardinalkollegs – eine der Bedingungen der Konstanzer Konzilsväter. Lange wurde das aber nicht durchgehalten: Ende des 15. Jahrhunderts hatte man wieder eine italienische Dominanz. Und da-

bei ist es ja eigentlich auch bis weit ins 20. Jahrhundert geblieben.

fundiert: Welche Lücken gilt es in der Forschung noch zu schließen?

Lützelschwab: Es gibt zum Beispiel im 15. Jahrhundert – nach dem Konzil von Konstanz und mit einem starken Papst – einen sprunghaften Anstieg von Schriften namens „De cardinalatu“, Texte über den Kardinalat, die aus der Feder der Kardinäle selbst stammen. Die Fülle dieser Schriften, mit denen sich die Kardinäle nach der Katastrophe von Avignon neu gegenüber dem Papst positionieren wollten, ist bis heute nicht untersucht. Auch in Hinblick auf die Finanzverwaltung und die Mittelzuweisungen an die Kardinäle gibt es noch viele offene Fragen. Interessant ist es ja schon zu wissen, woher die Mittel für prächtige Hofhaltungen und umfangreiches Mäzenatentum kamen. Ein anderes Beispiel: Es gibt innerhalb des Kardinalkollegs drei sogenannte Ordines – also Kardinäle, die Bischöfe, Priester oder Diakone sein konnten. Da Bischöfe eigentlich einen höheren Rang haben als Diakone, stellt sich die Frage, ob auch Kardinal-Bischöfe höher stehen als Kardinal-Diakone. Bereits im 13. Jahrhundert waren diese Unterschiede bis auf einige wenige Fragen zeremonieller Natur weitgehend eingegeben, aber den genauen Zeitpunkt, zu dem

Das Konzilsgebäude von Konstanz ist mittlerweile ein Anziehungspunkt für Touristen und Einheimische



Wannemacher



Der Papst – absoluter Souverän, gewählt und beraten von den Kardinälen

diese Unterscheidung entfiel, kennen wir nicht. Oder nehmen Sie als weitere ungelöste Frage die sogenannten Titel-Kirchen. Folgt die Vergabe von Titelkirchen, von denen jeder Kardinal in Rom eine hatte, bestimmten Kriterien? Oder war das vom Zufall abhängig?

fundiert: Das alles hinterlässt den Eindruck, als sei die Aufgabe der Kardinäle früher nicht vorrangig die Verbreitung des Glaubens gewesen...

Lützelschwab: Das muss man ganz realistisch sehen: Man konnte zwar im Kardinalat Bilderbuchkarrieren machen, aber es war früher – mit Ausnahmen – nicht immer ein Tummelplatz überragender Intelligenzen mit dezidiert seelsorgerischen Ambitionen. Größtenteils waren es eben doch Leute, die sich in der Verwaltung bewährt hatten, und sie mussten den Moloch Kurie mit seinen Gerichten und der Finanzverwaltung am Laufen halten. Für diese Gebiete waren sie Fachleute – nicht aber Experten der Theologie. Natürlich gab es auch hochkarätige Theologen, doch kennen wir eben auch Beispiele, aus denen deutlich wird, dass einige Mitglieder des Kollegiums Mühe damit hatten, sich korrekt auf Latein zu artikulieren. Man muss sich bei den damaligen Kardinälen auch immer anschauen, was sie überhaupt studiert haben. Meist verfügten sie nur über Grundkenntnisse in Theologie, und nur wenige hatten den prestigeträchtigen Grad des Doktors der Theologie erreicht oder angestrebt.

fundiert: Ist die Rolle der Kardinäle heute klar festgelegt oder noch ähnlich unscharf wie zur damaligen Zeit?

Lützelschwab: Man versucht heute eher, den Schwerpunkt auf die Kollegialität zu legen – nicht nur inner-

halb des Kollegiums, sondern auch gegenüber dem Papst. Es geht zwar nicht so weit, dass man den Papst als „primus inter pares“ bezeichnen würde, aber die hierarchische Abstufung wird nicht mehr so deutlich gemacht. Sie existiert aber nach wie vor: Der Papst ist absoluter Souverän. Bis heute sind die Kardinäle auch die vornehmsten Berater des Papstes.

fundiert: Sie hielten vor Kurzem in München die Eröffnungsveranstaltung des wissenschaftlichen Netzwerks. Was sind jetzt die ersten Arbeitsschritte?

Lützelschwab: Zunächst hat jeder seine bisherige Arbeit vorgestellt und erklärt, wo die eigenen Schwerpunkte liegen, was in Zukunft zu leisten ist und wie man die eigene Arbeit sinnvoll in das Projekt einbringen will. Derzeit geht es darum, die verschiedenen Jahrhunderte zu diskutieren und zu klären, wer für welches zuständig ist und wer innerhalb eines Jahrhunderts sich eines Themas annimmt. Beim nächsten Treffen in Berlin steht dann der Themenkomplex „Monarchie versus Oligarchie“ im Vordergrund. Jeder wird aus seiner Sicht dazu Stellung nehmen, und gemeinsam werden wir die Ergebnisse diskutieren. Das wiederum bildet die Grundlage für einen Teil des geplanten Handbuchs. Das Handbuch ist so etwas wie die Quintessenz der insgesamt sechs Treffen, die wir innerhalb unseres Projekts geplant haben.

fundiert: Am Ende des Projekts wird zusätzlich ein Sammelband vorgestellt. Was wird er beinhalten?

Lützelschwab: Der Sammelband wird die Abschluss-tagung unseres Projekts dokumentieren – also in drei Jahren. Darin werden natürlich zum einen die Mitglieder unseres Forschungsprojekts ihre Arbeit vorstellen. Zum anderen werden wir zu unserer Abschluss-tagung auch externe Forscher einladen, die sich in ihren eigenen Projekten ebenfalls mit dem Kardinalat beschäftigen, ihre Arbeiten zu diesem Thema vorzustellen. All das fließt in den Sammelband ein.

fundiert: Dieser Sammelband kommt doch sicher in den Bestand des Vatikans ...

Lützelschwab: Klar – das schenken wir der Vatikanischen Bibliothek! Wir haben ja auch deren Bestände für die Forschung genutzt, also hat der Vatikan auch ein Anrecht, die Forschungsergebnisse an die Hand zu bekommen.

fundiert: Vielen Dank für das Interview.

Das Interview führte Bernd Wannemacher.





Das Netz und der Fischer

Die katholische Kirche als Hierarchie und Netzwerk



MICHAEL BONGARDT

Der älteste Global Player der Gegenwart: So wird die Kirche gern genannt – in der Regel die römisch-katholische Kirche. Diese Bezeichnung hat ihre Berechtigung. Sah sich die Kirche doch von Anfang an in der Pflicht, ihre Botschaft bis an die Grenzen der Erde zu tragen. Sie wollte und will Menschen zum christlichen Glauben bewegen und damit in die Gemeinschaft der Gläubigen, sprich: in die Kirche integrieren. Getrieben ist dieses Engagement von der Überzeugung, dass die christliche Botschaft für das Heil aller Menschen hilfreich, wenn nicht unverzichtbar ist. Die weltweite Verbreitung der christlichen Botschaft nahm im Lauf der Geschichte die verschiedensten Wege.

Am bekanntesten und besonders umstritten ist die Mission im Gefolge militärischer Eroberungen – von den Sachsenkriegen bis zur sogenannten Christianisierung Amerikas. Häufig übersehen werden Missionare, die weit früher – und eher den Handelswegen folgend – schon in den ersten Jahrhunderten der Kirche den Fernen Osten erreichten. Übersehen wird oft auch die Tatsache, dass christliche Gelehrte diplomatischen Gesandtschaften angehörten, gelegentlich sogar von fremden Machthabern ausdrücklich eingeladen wurden. Die Vielfalt der missionarischen Aktivitäten trug dazu bei, dass das Christentum schon bald und dann dauerhaft in jenen Teilen der Welt präsent war, von denen es Kenntnis hatte. Je weiter sich der Horizont der für den Okzident sichtbaren und erreichbaren Welt öffnete, desto mehr wuchs die Kirche. Und so ist sie bis heute geblieben, was sie in bescheidenerem Maße schon früh war: ein nicht nur internationales, sondern globales Unternehmen. Ein Indiz dieses Erfolgs: Seit mehreren Jahrzehnten lebt nur noch eine deutliche Minderheit der Christinnen und Christen in jenem mediterranen und europäischen Raum, in dem die Kirche entstand.

Solch dauerhafte Erfolgsgeschichte macht neugierig. Wie rettete sich diese Institution davor, in den stürmischen Meeren der Zeit unterzugehen? Wie entging sie bisher dem Schicksal all der Reiche, Institutionen und Staaten, die in der Regel nach deutlich kürzerer

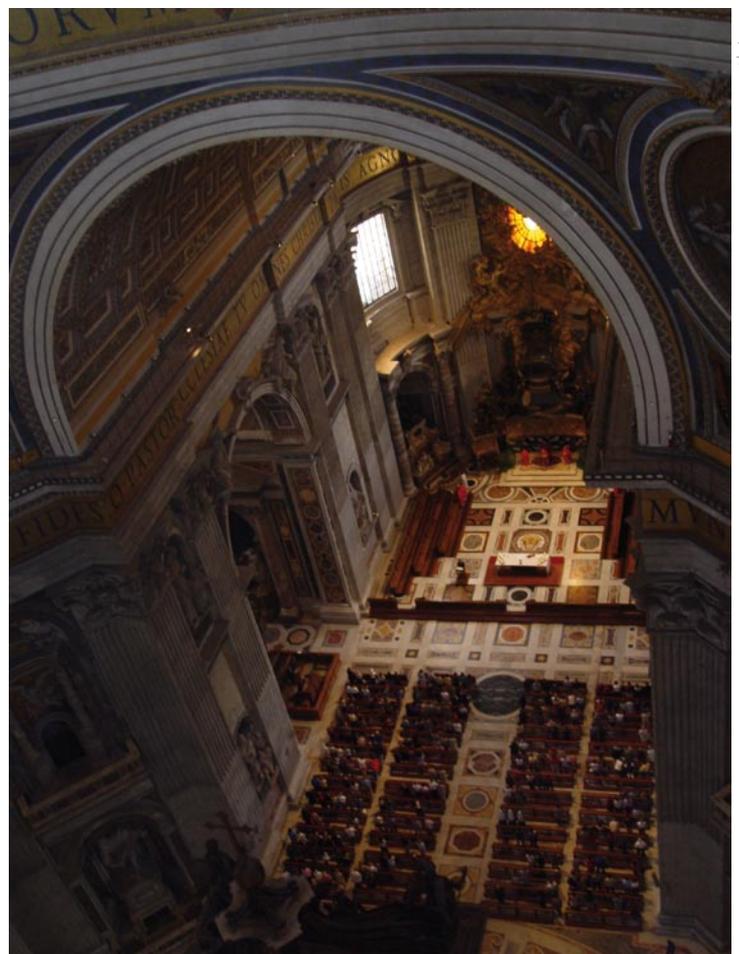
Erfolgsgeschichte Zeit zerbrachen? Glaube und Theologie greifen hier schnell zu einer ihnen vertrauten Antwort: Es sei, so bekennen sie, Gottes mächtiger Geist, der den Bestand der Kirche bis zum Ende der Zeiten garantiere. Für Menschen, die nicht an ein Handeln Gottes in der Geschichte glauben, ist diese Antwort schlicht sinnlos. Doch auch für Gläubige ist sie unzureichend. Denn gerade der christliche Glaube betont, dass Gott durch das Entscheiden und Handeln

von Menschen wirke. Hätten nicht Menschen die Kirche gestaltet, hätte sie nicht an Gestalt gewonnen. Hätten nicht Menschen den Bestand der Kirche gesichert, gäbe es sie nicht mehr. Deshalb wird die theologische Erklärung für die durchaus erstaunliche Tatsache, dass es die Kirche noch heute gibt, in den folgenden Überlegungen keine Rolle spielen. Vielmehr soll es darum gehen, jenen institutionellen Grundstrukturen der Kirche auf die Spur zu kommen, die sich stabil und flexibel genug zeigten, die Existenz der Kirche über die Jahrhunderte zu sichern. Im Mittelpunkt des Interesses steht dabei die römisch-katholische Kirche.

Sie hat nicht nur mehr Mitglieder als alle anderen christlichen Konfessionen zusammen. Sie verfügt unter diesen wohl auch über das wirkungsvollste Instrumentarium, um sich als Global Player zu behaupten.

Nicht nur unter den weltweit agierenden Institutionen wird der katholischen Kirche der Titel „Älteste“ zugesprochen. Auch als älteste absolutistische Monarchie der Gegenwart wird sie häufig bezeichnet. Für eine solche Charakterisierung sprechen ihr streng hierarchischer Aufbau, die Primatsgewalt ihres Oberhauptes, des Papstes, und Entscheidungsstrukturen, die weit vom modernen Verständnis einer Demokratie entfernt sind.

Die römisch-katholische Kirche: Keine christliche Konfession hat mehr Mitglieder



Photocase



Netzwerk Kirche: der wunderbare Fischfang in den Augen von Konrad Witz (1444)

Wer mit dieser Sicht auf die Kirche vertraut ist, wird verwundert eine ihrer frühesten Selbstbestimmungen zur Kenntnis nehmen: Die Kirche, so wird in einem eindrücklichen Bild behauptet, sei ein Netzwerk.

Der Gegensatz könnte nicht größer sein: Netzwerke zeichnen sich aus, so die heute verbreitete Definition, durch eine Vielzahl von Verknüpfungen auf je gleichen Ebenen. Jedes Mitglied ist mit allen seinen Nachbarn verbunden, wohingegen der Kontakt zu entfernteren Mitgliedern in der

Regel über zahlreiche Vermittlungen, selten direkt gehalten wird. Netzwerke sind, wenn sie überhaupt Zentren haben, eher polyzentrisch als monarchisch organisiert, und diese Zentren sind von unten gewachsen. Ihre Möglichkeit, schnell und flexibel zu handeln, verdanken Netzwerke einer stark dezentralisierten Entscheidungsstruktur. Schon bei einer relativ geringen Mitgliederzahl weisen sie eine so hohe Komplexität auf, dass sie sich nur schwer überschauen und noch schwerer durch einzelne Akteure steuern lassen. Für all diese Eigenschaften eines Netzwerks steht das Internet als Paradigma schlechthin. Dagegen steht die Kirche als eine absolute Monarchie: In jeder Hinsicht erscheint sie als das Gegenteil eines Netzwerks. Es ist deshalb schwer vorstellbar, dass beide Beschreibungen auf die Kirche zutreffen können, und erst recht undenkbar, dass gerade in diesem Antagonismus ein Grund für ihre erstaunliche Dauerhaftigkeit läge. Und doch ist genau dies die Grundthese, die durch die folgenden Beschreibungen plausibel gemacht werden soll.

Mehrfach berichtet das Neue Testament von einem unerwartet reichlichen Fischfang. Das Johannesevangelium nutzt eine solche Erzählung, um den Lesern ein

Bild der Kirche vor Augen zu führen: Nach dem Tod Jesu in Jerusalem kehren die Jünger, so die Schilderung des Johannes, in ihre galiläische Heimat und in ihren ehemaligen Beruf zurück. Sie fischen die ganze Nacht lang im See Genezareth, allerdings erfolglos. Ein ihnen Fremder, in dem sie erst später den auferstandenen Jesus von Nazareth erkennen, tritt hinzu. Nachdem sie auf seine Aufforderung hin das Netz erneut **Verbindung suchen** auswerfen, können sie „es nicht wieder einholen, so voller Fische war es“ (Joh. 21,6). Später zieht Petrus das Netz an Land. „Es war mit hundertdreißig großen Fischen gefüllt, und obwohl es so viele waren, zerriss das Netz nicht“ (Joh. 21,11). Schon sehr bald sind sich die Exegeten einig: Das hier geschilderte Netz ist die Kirche.

Die Kirche ist ein Netzwerk, das die Gläubigen in großer Zahl zusammenhält. Blickt man auf die Wirklichkeit der christlichen Gemeinden, die in diesem biblischen Text symbolisch dargestellt wird, lassen sich zahlreiche Merkmale finden, die der modernen Idee des Netzwerks durchaus nahekommen.

In den ersten drei Jahrhunderten waren die Christen eine gesellschaftliche Minderheit. Es war überlebenswichtig, ein äußerst tragfähiges Netz von Verbindungen zu knüpfen. Die Mitglieder einer Ortsgemeinde suchten nach möglichst vielen Formen gemeinsamen Lebens – vom organisierten, engen Zusammenleben über die regelmäßige Feier des Gottesdienstes bis zur gegenseitigen Unterstützung in Not. Das so entstehende Gewebe sicherte den Zusammenhalt; es er-

Minderheit

Jugendliche aus aller Welt knüpfen Verbindungen untereinander – auf Einladung des Papstes, der im Weltjugendtag eine Darstellung der hierarchischen Kirche sieht



JUGEND 2000 International



möglichte eine schnelle Reaktion auf neue Bedürfnisse der Gemeinde. Nicht zuletzt formten sich in diesem Netzwerk und durch dieses Netzwerk die Vorstellungen davon, wie ein christliches Leben gestaltet werden kann, wie in angemessener Weise über Gott zu sprechen und zu denken ist, und welche Form die Feier des Gottesdienstes annehmen soll. In diesem – nicht nur theologischen – „Laboratorium“ (C. Markschies) nahm die Kirche allmählich Gestalt an. Dabei zeigte sich ihr Netz als geeignet, auch neue Menschen und neue Ideen aufzunehmen. Die Hinzugekommenen wurden selbst zum Teil des Netzes, vergrößerten und veränderten es. Nicht nur für die jeweilige Gegenwart hatte dieses Netzwerk Bedeutung. Die enge Verknüpfung der Gläubigen erlaubte es, den von den Älteren übernommenen Glauben an die Jüngeren weiterzugeben. So entstand die Tradition und die Überlieferung des Glaubens, die zu bewahren die Kirche als ihre eigentliche Aufgabe sah und sieht.

Bis heute kann sich keine Gemeinde von auch nur einer der genannten Aufgaben freimachen, wenn sie lebendig bleiben will. Genauso aber gilt: Die einzelne, an einen bestimmten Ort und eine spezifische Situation gebundene Gemeinde ist mit der Gesamtheit dieser Aufgaben überfordert. Die verschiedenen Gemeinden müssen sich ihrerseits vernetzen, wenn sie Bestand haben wollen. Schon in der frühen Kirche wurden dafür Formen

gefunden: gegenseitige Besuche, Beratungstreffen, das Gebet füreinander und der Austausch von Briefen, deren älteste noch Eingang in die Bibel fanden. So wurde es beispielsweise zu einem wichtigen Zeichen der Eintracht – oder auch Zwietracht –, welche Namen auswärtiger Bischöfe in den Gebeten der Sonntagsgottesdienste genannt oder eben nicht (mehr) genannt wurden.

Wächst ein Netz, dann steigen nicht nur seine Komplexität und die Vielfalt seiner Inhalte, sondern auch die Schwierigkeiten. Wegen der Reise- und Kommunikationsbedingungen der Antike bedurfte es eines erheblichen organisatorischen Aufwands, Verbindungen zu etablieren und zu pflegen. Fachleute waren dafür nötig. Einzelne Gemeindeglieder wurden deshalb mit der Aufgabe betraut, die innergemeindlichen und zwischengemeindlichen Verbindungen zu knüpfen und zu pflegen. Ämter entwickelten sich, in die qualifizierte Kandidaten rituell eingeführt wurden. Besonders gefordert waren diese Amtsträger, wenn das Netz zu reißen drohte: wenn etwa die Auffassungen über Leben, Lehre und Liturgie so weit auseinandergingen, dass es kaum noch möglich schien, in Verbindung zu bleiben. Beratungen wurden nötig, sogenannte Synoden wurden einberufen, in denen Bischöfe die Konflikte beizulegen suchten. Sie standen dabei stets neu vor einer so wichtigen wie heiklen Frage: Wie

Identität sichern

Der byzantinische Kaiser Justinian I. (527 bis 565): Wie einst Konstantin nutzt er das Netzwerk der christlichen Bischöfe als politisches Herrschaftsinstrument (Mosaik aus S. Vitale, Ravenna, 546/548)



Seminar für Katholische Theologie

vielfältig, wie unterschiedlich dürfen die Mitglieder des christlichen Netzwerks leben und denken, wenn sie noch als Christen gelten wollen? Wann scheint es im Interesse der Identität eines Netzes notwendig, Grenzen zu ziehen, Verbindungen zu lösen? Kein Wunder, dass solche Beratungen nicht immer zur Einigkeit führten. Oft genug wurden sie zum Austragungsort von Machtkämpfen, wie es die lange Liste der Bischöfe bezeugt, die sich gegenseitig des Amtes enthoben. Gleichwohl bleibt die Zielvorstellung einer im Austausch errungenen Einigung lebendig. Es besteht also durchaus eine Verankerung in der Realität, wenn das Johannesevangelium in der zitierten Erzählung nicht nur vom Netz spricht, sondern auch von denen, die es auswerfen, einzuholen versuchen, an Land ziehen: Im Netzwerk der Kirche, dessen Mitglieder nach Aussagen des Neuen Testaments alle eins sind (Gal 3,28) und einander nicht beherrschen, sondern dienen sollen (Mk 10,42–45), etabliert sich eine Hierarchie, die zur Idee des Netzwerks in deutlichem Kontrast steht. Davon zeugt schon das Neue Testament. Neben den genannten Texten, die von der Kirche als

Netzwerk sprechen, finden sich Aussagen, die das Leitungsamt der Apostel hervorheben, die ihrerseits unter der Leitung Petri stehen (Mt 16,13–20).

Ihren ersten Höhepunkt fand die Hierarchisierung der Kirche im vierten Jahrhundert. Kaiser Konstantin hielt das pluralitätsfreudige „Netzwerk Kirche“, das immer wieder von Streit und Spaltung bedroht war, für eine Gefährdung der Einheit des von ihm noch einmal restaurierten Großreichs.

Die regional entwickelten synodalen Strukturen schienen ihm zu schwach, um sein Bild von Einheit durchzusetzen. So berief er das erste Konzil ein, das sich ökumenisch, das heißt weltumspannend nannte. Konstantin verstand sich als oberster Regent der Kirche. Viele Christen sahen in ihm den Herrscher, der dem Christentum zum Sieg in einer vormals als feindlich erfahrenen Welt verhalf. In seiner Vorstellung sollte eine zentrale Leitung, nicht mehr die von unten wachsende Vernetzung die Kirche zusammenhalten. Die organisatorische Effizienz wuchs. Was die christliche Identität ausmacht, wurde durch zunehmend vereinheitlichte Kirchenordnungen und Glaubensbekenntnisse zu bestimmen versucht. Doch ausgerechnet dieser Versuch zerstörte endgültig die Hoffnung des Johannesevangeliums, das kirchliche Netzwerk sei vor dem Zerreißen gefeit. Selbst Gewalt konnte nicht verhindern, dass einzelne Gemeinden, ja ganze Regionalkirchen den Beschlüssen zentraler Leitungsinstanzen ihre Zustimmung verweigerten. Sie trennten sich von der sogenannten Großkirche oder wurden von ihr getrennt – was sie nicht hinderte, sich weiter als Christen zu bekennen. Nicht selten erhoben sie sogar den Anspruch, die wahren Christen zu sein.

Interessanter als die dogmatischen Weichenstellungen und als die nach vermeintlichen Einigungen weitergehenden Glaubenskämpfe ist der Funktionswandel der etablierten kirchlichen Netzwerke, der sich dabei vollzog. Von Gläubigen geknüpft, die wussten, dass diese Verbindungen notwendig waren, kann eine hierarchische Leitung sie nutzen, um ihre Beschlüsse in erstaunlicher Geschwindigkeit und Wirksamkeit in der Kirche zu verbreiten und durchzusetzen. Je mehr sich dieses Geflecht der Herrschaft verfestigt, desto mehr entwickelt sich das polyzentrische, sich selbst steuernde Netzwerk zu einem Identität sichernden, aber Pluralität und Selbstbestimmung einschränkenden Instrument derer, die das Netz halten. Was mit dem vom Kaiser einberufenen Konzil in Nicäa, also in der Ostkirche 321, seinen Anfang nahm, findet im Westen in anderer Form seine Fortsetzung. In den folgenden Jahrhunderten gelang es dem Bischof von Rom, zumindest für die Kirche im ehemaligen

Kaiser Konstantin

Glaubenskämpfe

Prof. Dr. Michael Bongardt



Geboren am 4. Oktober 1959. Studium der katholischen Theologie in Bonn, München und Münster. Dissertation zur Philosophie Sören Kierkegaards, Habilitation zur Philosophie Ernst Cassirers. Derzeit Dekan des Fachbereichs Geschichts- und Kulturwissenschaften der Freien Universität Berlin. Seit Januar 2006 Leiter des Instituts für vergleichende Ethik, an dem ab dem Wintersemester 2006/2007 ein Lehramtsstudiengang „Ethik“ angeboten wird. Zuvor Professor für katholische systematische Theologie an der Freien Universität Berlin. Von 1998 bis 2000 Leiter des Ökumenischen Theologischen Studienjahrs in Jerusalem. Forschungen und Beiträge zum Dialog der Religionen und Kulturen, zur Religion als Kulturphänomen, zur Theologie der Offenbarung.

Zuvor Professor für katholische systematische Theologie an der Freien Universität Berlin. Von 1998 bis 2000 Leiter des Ökumenischen Theologischen Studienjahrs in Jerusalem. Forschungen und Beiträge zum Dialog der Religionen und Kulturen, zur Religion als Kulturphänomen, zur Theologie der Offenbarung.

Kontakt

Freie Universität Berlin
 Fachbereich Geschichts- und Kulturwissenschaften
 Institut für vergleichende Ethik
 Schwendenerstr. 31
 14195 Berlin
 Tel.: 030 – 838 540 74
 Fax: 030 – 838 564 69
 E-Mail: mbongard@zedat.fu-berlin.de

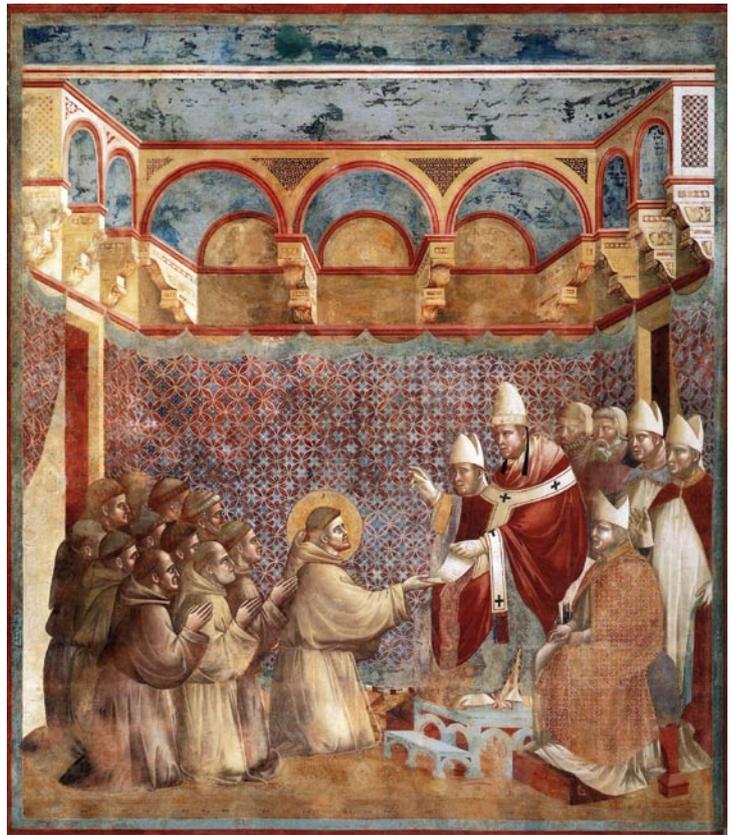


weströmischen Herrschaftsgebiet, eine Vorrangstellung zu erringen und zu behaupten. Sie gewinnt Gestalt und Einfluss in der Auseinandersetzung mit den weltlichen Herrschern, in der den Päpsten stets dann nachhaltiger Erfolg beschieden ist, wenn sie ihre Verbindungen zu einflussreichen Personen und Institutionen besonders gut zu knüpfen und zu nutzen wissen. Dieser wirkungsvolle Aufbau, dessen streng hierarchisch organisiertes Geflecht durch den Gehorsam der Kleriker gegenüber dem Papst gekennzeichnet ist, darf jedoch nicht als einseitige Auflösung des Antagonismus von Hierarchie und Netzwerk verstanden werden.

Wäre es zu einer solch einseitigen Lösung gekommen, die katholische Kirche wäre vermutlich längst in ihren Strukturen erstarrt – oder am Aufstand beziehungsweise Auszug derjenigen zugrunde gegangen, die sie beherrschte. Die tatsächliche Entwicklung verlief anders: Immer wieder erhob sich Widerspruch gegen die zentrale Organisation der Kirche sowie gegen Entscheidungen und Lebenswandel ihrer Päpste und Würdenträger. Und solange dieser Widerspruch mehr war als die verhallende Warnung des Rufers in der Wüste, entstanden neue Netzwerke. Menschen mit gleichen Anliegen verbanden sich und wollten so der Kirche eine neue – oder besser – erneuerte Gestalt geben.

Bestehen im Gegensatz

Viele Orden verdanken einem solchen vernetzten Erneuerungswillen ihre Existenz. Auch die von Martin Luther angestoßene Reformation wurde auf diese Weise schnell zu einer großen Bewegung, weil die Kritik an der konkreten päpstlichen Leitung der Kirche entsprechend verbreitet war. Die meisten dieser neu entstandenen Netzwerke verstanden sich



Seminar für Katholische Theologie

Erfolg eines revolutionären Netzwerks: Papst Innozenz III. erkennt die Ordnungsregeln der Franziskaner an

nicht als antikirchliche, gar antichristliche Initiativen. Vielmehr beanspruchten sie ihren Platz in der Kirche. In dieser Konstellation stand und steht immer wieder die oben bereits beschriebene Entscheidung an: Kommt es zur Verbindung des neuen Netzwerks mit dem alten Geflecht, zu dessen Weitung und Reform? Oder sieht die

Ein Netzwerk fordert Anerkennung durch die Hierarchie: Ökumenische Arbeitsgruppe Homosexuelle und Kirche e. V.



Seminar für Katholische Theologie

Kirche nur im endgültigen Riss, in der Abspaltung und Ausgrenzung des Neuen die Möglichkeit, ihre Identität zu sichern? Es muss hier nicht entschieden werden, ob all die Risse, zu denen es in der Geschichte der Kirche kam, zur Wahrung der Tradition erforderlich waren, oder ob sie verpasste Chancen waren, das Netzwerk zu bereichern und zu erweitern. Ebenso wenig kann ausgeführt werden, dass jedes der genannten neu entstandenen Netzwerke, wenn es denn seine Anfangsjahre überlebte, seinerseits jenen Gegensatz von egalitärer Verknüpfung und hierarchischer Leitung gestalten musste.

Die katholische Kirche – ein Netzwerk? Wer in aktueller Literatur oder etwa im Paradigma aller Netze, dem World Wide Web, nach der Verbindung der Stichworte „Netzwerk“ und „Kirche“ sucht, wird bald feststellen: In den offiziellen Selbstdefinitionen des kirchlichen Amtes spielt der johanneische Begriff der Kirche als Netzwerk eine allenfalls marginale Rolle. Inflationär aber ist der

Selbstdefinition

Gebrauch des Begriffs bei denen, die sich aktuell von der Kirche ausgegrenzt sehen und gleichwohl nicht davon lassen wollen, ihr anzugehören. Es finden sich Netzwerke derer, die nicht zum Klerus gehören, Netzwerke derjenigen, die aufgrund ihrer Lebensform oder sexuellen Orientierung in der Kritik stehen, Frauen-Netzwerke und solche, die für einen

offeneren Umgang mit anderen Konfessionen und Religionen eintreten.

Es wird für die katholische Kirche viel davon abhängen, ob und wie es ihr gelingt, die ihr zugrunde liegende Spannung zwischen den bestehenden Netzwerken und ihrer institutionell-hierarchischen Form weiterhin produktiv zu gestalten. In ihrer Absicht steht dies jedenfalls: Das bisher jüngste, das Zweite Vatikanische Konzil, hat in seiner Beschreibung der Kirche diese Spannung beschrieben und bestätigt. Denn einerseits wird dort die im 19. Jahrhundert besonders hervorgehobene, monarchische Stellung des Papstes bekräftigt – andererseits aber auch betont, die Kirche bestehe „in und aus“ ihren Ortskirchen, mit anderen Worten: als Netzwerk, das sie von Anfang an war.

Nach den Erfahrungen der letzten 2.000 Jahre ist zu erwarten, dass ihre antagonistische Grundstruktur die Kirche immer wieder in Konflikte und auch auf Abwege treibt – und dass die gleiche Struktur geeignet ist, Traditionswahrung und Neuerung miteinander zu verbinden. Dass die Kirche trotz ihrer konfliktreichen Geschichte zum ältesten Global Player der Gegenwart wurde, lässt jedenfalls den Schluss zu, dass andere Netzwerke und Institutionen von ihr lernen können.

Global Player ehrwürdigen Alters





Bundestag

BUNDESRAT



*Netzwerke –
Grundmodell einer neuen Ordnung?*



SIGRID BOYSEN

Im Zeichen von Globalisierung und postnationaler Konstellation stellt das Bild des Netzwerks Gewissheiten des öffentlichen Rechts grundsätzlich in Frage. Die Verluste an vertikaler Steuerung und klaren Zurechnungszusammenhängen wurden lange als Pathologien behandelt. Mit der fraktalen Ästhetik des Netzwerks zeichnet sich demgegenüber eine neue Grundstruktur ab, die tradierte Dualismen und Hierarchien zu überwinden scheint. Die Anziehungskraft der Netzwerkmetapher für die Rechtswissenschaft liegt gerade in ihrer Vieldeutigkeit. Dabei bleibt zu fragen, ob jenseits des Beschreibungswerts des Netzwerkbegriffs bereits ein normativer Rahmen für die staatliche Inanspruchnahme und Ausgestaltung von Netzwerkstrukturen gefunden werden kann, der ihrem spezifischen Potenzial gerecht wird.

Wer nach Europa blickt und sieht, wie dort um eine Verfassung gerungen wird, der könnte meinen, der Nationalstaat des 19. Jahrhunderts sei immer noch lebendig als alleinige Quelle von Legitimität und Authentizität. In immer stärkerem Maße versucht die

Europäische Union, ihre Bürger mit dem Rückgriff auf Symbole und Artefakte des Nationalstaats an sich zu binden. Zugleich stehen neuere Strukturen völkerrechtlicher Kooperation und supranationaler Integration im Zentrum tief greifender Veränderungen: Sie haben längst einen Wandlungsprozess für das Nationalstaatsmodell eingeläutet, die überkommene Architektur von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft ist zusehends in Frage gestellt.

Neben der eigenen Überforderung durch immer weiter greifende Handlungshorizonte sieht sich der Nationalstaat durch die fortschreitende Europäisierung und Internationalisierung in steigendem Maße mit der Aufgabe konfrontiert, neue Elemente in die Rechtsordnung zu integrieren: bisher unbekannte Instrumente und Regulationstypen, aber auch inhaltlich neue Konzepte mit großem Wirkungsradius. Angesichts dieser „offenen Staaten“ wird aus völkerrechtlicher Perspektive bereits die „postnationale Konstellation“ ausgerufen. Hier verbinden sich die einzelnen Elemente der desintegrierenden Nationalstaaten mit anderen – nunmehr gleichberechtigten – nichtstaatlichen Akteuren zu einer neuen Weltordnung. Das tradierte Konzept der Souveränität soll vor diesem

Noch wird in der Europäischen Union über eine Verfassung verhandelt



photocase



Wie wird aus der Netzwerkmetapher ein Rechtsbegriff?

Hintergrund nicht länger als Autonomie, sondern als kompetenzielle Kategorie verstanden werden.

Dabei sind die tradierten Handlungs- und Organisationsformen sowie Akteurskonstellationen des nationalen Staats- und Verwaltungsrechts ohnehin längst in Bewegung geraten. Dem klassisch „hierarchischen“ Recht werden seit den 1970er Jahren Implementations- und Steuerungsdefizite attestiert. Sie lenkten den Blick auf vielfältige informelle Kooperationen zwischen Verwaltung, Verbänden und Bürgern. Seit den 1980er Jahren führte die drohende Überforderung der sozialstaatlichen Ordnung dazu, dass umfassende Deregulierungs- und Privatisierungsvorhaben und mit ihnen tief greifende Umverteilungsprozesse vom öffentlichen in den privaten Sektor zum Gebot der Stunde wurden. Beide Entwicklungen führten auf unterschiedlichen Wegen zu hybriden Verbindungen staatlicher und privater Akteure. Im „kooperativen Staat“ gerät die Dichotomie von Staat und Gesellschaft ebenso in Bewegung wie rechtlich klar determinierte Handlungs- und Organisationsformen oder die Vorstellung einer „Einheit der Verwaltung“.

Diesen Verschiebungen und Verflechtungen auf internationaler und nationaler Ebene begegnet die Governance-

Perspektive als „neue Erzählung vom Staat und vom Regieren“. Sie überwindet das hergebrachte Paradigma zentralisiert-hierarchischer Steuerung mit klaren Unterscheidungen zwischen Kooperation und Hierarchie, hoheitlichen und privaten Aufgaben sowie formellem und informellem hoheitlichem Handeln, Steuerung und Evolution. Der Governance-Ansatz durchbricht tradierte Dualismen, wie sie vor allem im kontinentaleuropäischen Verfassungsdenken anzutreffen sind. Auf diese Weise gelingt es, ein komplexes Bild diffundierender, offener Staatlichkeit zu zeichnen.

Governance: neue Erzählung von Staat und Gesellschaft

Unterschiedliche Handlungsebenen (lokal, regional, national, europäisch und global) werden dabei ebenso abgebildet wie das weit ausdifferenzierte Spektrum der Akteure und Handlungsformen sowie die Vielfalt berührter Interessen. In nationaler wie internationaler Perspektive eröffnet sich so ein komplexes Gefüge des Zusammenwirkens staatlicher und nichtstaatlicher Akteure. Die Governance-Brille eröffnet den Blick auf nationale und transnationale Netzwerke, in denen sich einzelne Elemente überkommener Konzepte von Staatlichkeit zu neuen (Welt-)Ordnungen verbinden.

Die suggestive Kraft der Netzwerkmetapher lässt die begriffliche Vagheit des Konzepts leicht in den Hintergrund treten. Das Bild des Netzwerks scheint der mit den Verlusten vertikaler Steuerung und klarer Zurechnungszusammenhänge einhergehenden Unsicherheit einen Sinn zu geben: Aus den Trümmern vergangener pyramidischer Ordnungen wird eine fraktale Ästhetik entworfen, die als neue Grundstruktur quer zu bestehenden Hierarchien verläuft. Das Netzwerk besteht aus Knoten und Relationen, wobei die Knoten in der Regel für Akteure stehen, also Menschen, Gruppen oder Organisationen, die über die Relationen als Kanäle sozialer Prozesse in einem mehr oder minder dichten Beziehungsgeflecht verbunden sind.

Quer zu den Hierarchien

National und international, privat und öffentlich, oben und unten, innen und außen – die auf Zweiteilung aufbauenden Gewissheiten des Öffentlichen Rechts scheinen durch das Netzwerk gänzlich preisgegeben zu werden. Gerade in ihrer Vieldeutigkeit liegt die Anziehungskraft der Netzwerkmetapher für die Rechtswissenschaft, die eine lange Tradition darin hat, sich prägnante Begriffe aus den Nachbardisziplinen einzuverleiben.

Die Frage ist nur: Wie wird aus der Metapher ein Rechtsbegriff? Steckt im Netzwerk als Gegenentwurf zum überkommenen Leitbild hierarchischer Steuerung gleichsam die Lösung der Rechtsfragen, die dem Paradigmenwechsel geschuldet sind? Anders gefragt: Liefert



Perthner für Berlin

Teil des Netzwerks und zugleich selbst Netzwerk: der Nationalstaat mit seinen vielfältigen Verflechtungen

das Netzwerk nur die Beschreibung, oder birgt es auch eine rechtswissenschaftliche Kategorie, um neuen Phänomenen zu begegnen?

Die Rechtswissenschaft tut sich naturgemäß schwer, ihren Wirklichkeitsbezug zu reflektieren und methodisch angemessen zu verarbeiten. Einerseits ist ihr kontrafaktisches Potenzial notwendig eigen. Andererseits kann sie „die Wirklichkeit“ nicht leugnen, ist doch ihr Anspruch auf eben diese bezogen. Das spannungsreiche Verhältnis von „Sein“ und „Sollen“ hat nicht nur Juristen seit jeher bewegt. Für diese liegt es aber in prekärer Weise zugleich innerhalb wie außerhalb ihres Gegenstands. Dieses Dilemma offenbart sich auch im Begriff des Netzwerks. Als sozialwissenschaftliche Kategorie visibilisiert er Strukturen, Wirkungszusammenhänge und Abläufe, auf die das Recht bislang nur bedingt eingestellt ist. Die institutionellen Strukturen, in denen sich Elemente von Hierarchie, Verhandlungssystemen und Wettbewerbsmechanismen auf vielfältige Weise miteinander verbinden, bedürfen rechtswissenschaftlicher Durchleuchtung und Analyse. Inwieweit dem Begriff des Netzwerks hierbei mehr als ein bloß beschreibender Wert zukommt, ist damit noch nicht geklärt. Versuche, dem schillernden Begriff des Netzwerks auch normative Kraft zuzuschreiben, gibt es längst.

Die Formel des Regierens im Netzwerk ist keine Zukunftsvision. Auf der supranationalen Ebene der Europäischen Union wird längst in Netzwerken regiert. Das Netzwerk ist dabei nicht lediglich eine organisatorische Kategorie, sondern untrennbar verbunden mit einer dazugehörigen Philosophie des „angemessenen Regierens“. In ihrem Weißbuch „Europäisches Regieren“ sieht die Europäische Kommission die Lösung sowohl der Effizienz- als auch der Legitima-

Regieren im Netzwerk

War Regieren schon immer auch ein Handeln in Netzwerken – so wie „hailig römisch reich mit seinen gelidern“? Kolorierter Holzschnitt von Hans Burgkmair d. Ä. (Augsburg 1510)



KfH



Nationalstaat von 1720 – so zeigt es die Wandkarte der deutschen Reichskreise – Kupferstich von Johann Caspar Eisenschmid

Dr. Sigrid Boysen



Geboren am 10. Dezember 1972 in Dürren. Studium der Rechtswissenschaft in Göttingen, Bristol und Hamburg. Juristische Staatsexamen 1998 und 2004. 1998 bis 2002 wissenschaftliche Mitarbeiterin von Prof. Dr. Stefan Oeter am Institut für Internationale Angelegenheiten der Universität Hamburg. 2004 Promotion an der Universität Hamburg zum Thema „Gleichheit im Bundesstaat“. Von 2004 bis 2005 wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Hannover bei Prof. Dr. Ulrich Haltern. Seit 2006 wissenschaftliche Mitarbeiterin von Prof. Dr. Philip Kunig am Fachbereich Rechtswissenschaft der Freien Universität Berlin. Lehr- und Forschungsschwerpunkte im Europarecht, Staatsrecht und Umweltrecht.

Kontakt

Freie Universität Berlin

Fachbereich Rechtswissenschaft

Van't-Hoff-Straße 8

14195 Berlin

Tel.: 030 – 838 547 31

E-Mail: sigrid.boysen@rewiss.fu-berlin.de

Internet: www.fu-berlin.de/jura

tionsprobleme europäischen Regierens vor allem darin, verstärkt private Akteure einzubeziehen: „Das alte lineare Modell, bei dem die Politik von oben herab verkündet wird, muss durch einen Circulus virtuosus ersetzt werden, einen Spiralprozess, der – von der Gestaltung bis zur Durchführung der Politik – auf Rückkopplung, Netzwerken und Partizipation auf allen Ebenen beruht.“

Der versuchte Anschluss an die „europäische Zivilgesellschaft“ ist genauso alt wie der zugrunde liegende Befund, dass sich „viele Europäer dem Wirken der Union entfremdet“ fühlen. Neu ist indes der Versuch, das Konzept verstärkter Partizipation und Vernetzung als normatives Konstrukt und Legitimitätsquelle für die Europäische Union insgesamt zu nutzen. Dies ist kein alleiniges Projekt der Kommission. Das Schlagwort „democratic network governance“ hat längst Einzug in die wissenschaftliche Debatte gehalten. Neben dem Versprechen, komplexe Strukturen sichtbar zu machen, soll es auch die drängenden Fragen im Spannungsfeld zwischen Rechtsstaatlichkeit und Demokratie lösen.

Dass es sich bei dieser neuen Netzwerkarchitektur nicht allein um ein rein supranationales Phänomen handelt, zeigen vielfältige Vernetzungen, die bereits auf nationalstaatlicher Ebene gewachsen sind. Bekannte Beispiele finden sich in der privaten Norm- und Regelsetzung oder im Hochschulrecht. Als Ausdruck in Netzwerken operierender moderner Sozialpolitik gelten längst verschiedene Projekte im Bereich Städtebau und Stadtentwicklung. Die Bandbreite der Maßnahmen reicht dabei von Armutsbekämpfung bis zur Aufwertung innerstädtischer Geschäftsquartiere. Das Ziel ist nach einem Bericht der Hamburger Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales die Entwicklung „neuer Möglichkeiten einer sinnvollen Arbeitsteilung zwischen Verwaltung, intermediären Organisationen, privaten Unternehmen und Verbänden“.

Bei genauem Hinsehen bleibt allerdings häufig zu fragen, inwieweit hier jenseits aller Kooperations- und Netzwerkretorik bereits eine reale Umpolung zur prozesshaften Selbstorganisation im Netzwerk stattfindet. Die Suche nach Legitimität durch netzwerkartige Strukturen orientiert sich allzu oft an der Effizienz der Ergebnisse, wobei zuvor klar definierte (Problem-) Vorgaben und Kausalitätsvermutungen zugrunde gelegt werden. In dieser Verengung bleibt „Kooperation“ eher unkonturierter Modus, der noch den neokorporativen Funktionslogiken folgt. Zu selten erscheinen die als Netzwerke gepriesenen Strukturen tatsächlich als lernfähige Instrumente, die auf distribuierte Wissensbestände zugreifen. Hier droht das Netzwerk zu einer Chiffre für Phänomene zu werden, in denen staatliche



und korporative Akteure nicht auf Steuerungsmacht verzichten, sondern eigene Gestaltungsspielräume behaupten wollen.

Regieren ist nicht nur die Suche und Umsetzung „objektiv richtiger“ Problemlösungen oder Zustände. Auch prozedurale Ansätze der Politikformulierung – selbst wenn sie eine Vielzahl von Betroffenen einbeziehen – können nicht darüber hinweghelfen, dass die hier vom Staat initiierten Prozesse letztlich meist auf eine For-

Democratic network governance

mulierung von Wertentscheidungen hinauslaufen. Viel zu selten zieht sich der Staat auf „echte“ Modelle der Selbst- oder

Kontextsteuerung sozialer Systeme zurück. Die beschriebenen Kooperationen bleiben damit oft Episoden des politischen Systems, in denen über den Einsatz politischer Macht entschieden wird. Die „richtige Prozedur“ lässt sich dann nicht apriorisch bestimmen und verleiht nicht ohne Weiteres Legitimität.

Die Beschreibungsleistung des Netzwerks betrifft hingegen vor allem das Ergebnis gesellschaftlicher Prozesse der Selbstorganisation. In ihr lässt sich die Struktur einer sich verändernden „sozialen Epistemologie“ messen, die zunächst unabhängig von staatlicher Organisations- und Verfahrenshoheit in Entwicklung begriffen ist. Insoweit sollte auch angesichts der oft als überwunden geglaubten Trennung von Staat und Gesellschaft nicht übersehen werden, dass die Herausbildung neuer Formen der gesellschaftlichen Selbststeuerung nicht zugleich eine Antwort gibt auf die Frage nach angemessenen Formen des staatlichen Zugriffs.

Die gesellschaftlichen Regeln, die diese Selbstkoordination erlauben, sind von einer rechtlichen Ordnung, die an sie anknüpfen will, zu beobachten und zu respektieren. Schon deshalb sollte jede Idee einer staatlich-gesellschaftlichen Arbeitsteilung an der prinzipiellen Zurechnung von Handlungsbeiträgen festhalten. Die strukturelle Orientierung der Netzwerkperspektive kann damit akteurs- und handlungsbezogene Modelle nur ergänzen, nicht aber ersetzen. Die Interaktion verschiedener Akteure bedarf weiterhin klarer Kontexte und Verantwortungssphären. Sie in einen diffusen Bereich des Öffentlichen aufzulösen, würde darüber hinwegtäuschen, dass Netzwerke als Brücken zwischen Systemen gerade auf unterschiedlichen Handlungs-rationalitäten aufzubauen suchen. Die Verknüpfung staatlicher Akteure im Netzwerk darf insofern nicht dazu dienen, demokratisch-rechtsstaatliche Standards abzustreifen, sei es durch die Invisibilisierung von Hoheitsgewalt oder unter dem pauschalen Deckmantel der Innovation.

Es kann allerdings auch nicht um eine „Eins-zu-eins-Übertragung“ solcher Standards auf die Netzwerk-

struktur gehen: Sie knüpfen an klar definierte und daher einfach erfassbare Handlungsformen an, sind in ihrer Konsequenz aber durchaus komplex. Das Netzwerk wiederum entzieht sich in seiner Grundstruktur einer klaren Zuordnung und lässt offen, wie angesichts situativer und dezentraler Interaktions- und Entscheidungsprozesse demokratisch-rechtsstaatliche Vorschriften anzulegen sind. Vor diesem Hintergrund geht es nicht nur um eine Remodellierung verfassungsrechtlicher Gebote, um netzwerkartige Kooperationsstrukturen privater und öffentlicher Akteure genauer zu erfassen. Daneben gilt es, Grund und Grenzen der staatlichen Inanspruchnahme von Netzwerkstrukturen zu beleuchten: Für eine rechtswissenschaftliche Systembildung bedarf es präziserer Kriterien dafür, Lern- von Durchsetzungsfähigkeit ebenso zu unterscheiden wie die staatliche Moderatorenrolle von der hoheitlichen Erfüllung „eigener Zwecke“. Die ohnehin prekäre Frage nach einer Grenzziehung der Staatsaufgaben dupliziert sich vor dem Hintergrund der schwer messbaren Reichweite der staatlichen Rolle im Netzwerk. Hier ver-

Die Staatsdefinition des Sonnenkönigs Ludwig XIV. war einfach: L'état, c'est moi!



schwimmen die grundsätzlich unterschiedlichen Fragen nach der Begrenzung gesellschaftlicher Macht und der Transparenz und Berechenbarkeit hoheitlichen Handelns. Jedenfalls an dieser Stelle erweist sich das Netzwerk bislang als durchaus ergänzungsbedürftige Beschreibungsfolie.

Wie neu ist die governance- und netzwerkfokussierte Erzählung tatsächlich? Handelt es sich um den Bericht einer neuen Entwicklung, die die alte Saga vom Nationalstaat ablöst? Oder hören wir eine neue Schilderung

Suche nach Prinzipien einer neuen Ordnung

zum guten Teil bekannter Phänomene? Gewichtige Zweifel an der Originalität des Governance-Konzepts lösen den Antagonismus zwischen Nationalstaat und globalen Netzwerken auf. Gleichzeitig befreien sie das Konzept des Netzwerks von der Last, über die Beschreibung dezentraler Strukturen ohne hierarchische Gliederung hinaus eine „Weltformel“ für das rechtliche Vakuum liefern zu müssen, das sich in Folge der Erosion nationalstaatlicher Strukturen ergibt.

Der suggestiven Fortschrittlichkeit der Netzwerkmetapher wohnt neben ihrem Verdienst, den juristischen Horizont zu erweitern, ein klares Missbrauchspotenzial inne. Sie sollte nicht dazu verführen, in den komplizierten Rechtfertigungsanforderungen westlicher

Verfassungstradition den sprichwörtlich alten Zopf zu finden, der nicht nur entbehrlich, sondern im Sinne der „neuen Ordnung“ hinderlich sei. Dies entspräche einem unhistorischen Entwicklungsglauben und übersähe, dass die strukturelle Perspektive der Governance-Konzeption das öffentliche Recht nicht nur aus seiner Staatsfixierung befreit. In ihrer normativen Lesart einer „good governance“ enthält sie auch die Leitvorstellungen der demokratisch-rechtsstaatlichen Verfassungsstaatlichkeit. Für die Suche nach Grundprinzipien einer neuen Ordnung ist mit dem Einblick in Entwicklungsprozesse gerade erst der Ausgangspunkt gewonnen.

Literatur

- Habermas, J.:** Die postnationale Konstellation: politische Essays, 1998
Ladeur, K.-H.: Der Staat gegen die Gesellschaft, 2006
Möllers, C.: European Governance: Meaning and Value of a Concept, CMLR 43 (2006), S. 313 ff.
Möllers, C.: Netzwerk als Kategorie des Organisationsrechts. Zur juristischen Beschreibung dezentraler Steuerung, in: J. Oebbecke (Hrsg.), Nicht-Normative Steuerung in dezentralen Systemen, 2005, S. 285 ff.
Schuppert, G. F.: Verwaltungsorganisation und Veraltungsorganisationsrecht als Steuerungsfaktoren, in: W. Hoffmann-Riem u.a. (Hrsg.), Grundlagen des Verwaltungsrechts, Bd. I, 2006, § 16.
Slaughter, A.-M.: A New World Order, 2004
Vesting, T.: The Network Economy as a Challenge to Create New Public Law (beyond the State), in: K.-H. Ladeur (Hrsg.), Public Governance in the Age of Globalization, 2004, S. 247 ff.



**KfW-
Studienkredit**

Sie studieren.
Wir finanzieren.

- unabhängig vom eigenen Einkommen und dem der Eltern
- unabhängig von Sicherheiten
- geringer Kredit-Zinssatz

Informationen unter (0 30) 30 63-33 00 oder
im Internet: www.berliner-volksbank.de


Wir denken mit.


Berliner
Volksbank





Mit Turban und Gebetskette

An der Spitze transnationaler islamischer Netzwerke



ANNABELLE BÖTTCHER

Wenn in der Presse über den politischen und religiösen Einfluss des schiitischen Groß-Ayatollahs Ali al-Sistanis im Irak spekuliert wird oder ein zypriotischer Sufi-Scheich wegen der Konvertierung eines jungen britischen Hochadeligen in die Schlagzeilen gerät, geht es um den Einfluss informeller islamischer Netzwerke. Ihre Struktur ist häufig für Außenstehende nicht erkennbar und nimmt nur dort greifbare Formen an, wo Interaktionen stattfinden. Diese können religiöser, sozialer, ökonomischer oder politischer Natur sein, beispielsweise rituelle Veranstaltungen, Spendensammlungen oder Lehrzirkel. In neuerer Zeit sind islamische Netzwerke im Zusammenhang mit militärischen Aktionen verstärkt in Erscheinung getreten, wie die schiitische Hizballah im Libanon, die Mahdi-Miliz von Muqtada al-Sadr im Irak oder die global aktive al-Qa'ida.

Islamische Netzwerke haben eine pyramidale Hierarchie mit einem (männlichen) Netzwerkchef an der Spitze. Seine Familienmitglieder sowie seine engsten Schüler unterstützen ihn und stellen die Elite des Netzwerks dar. Besonders interessant sind islamische Gelehrtennetzwerke, die, wie ihr Namen bereits andeutet, einen Islamgelehrten an der Spitze haben – und keinen mi-

litärischen Führer. Der Islamgelehrte zeichnet sich durch Wissen, Erkenntnis sowie die Beherrschung ritueller Techniken aus. Es existieren keine formalisierten Prüfungsverfahren und Kontrollinstanzen, die die Aufnahme in die schiitische oder sunnitische Gelehrtenhierarchie mitsamt ihrer religiösen und politischen Definitions- und Handlungsvollmacht regulieren. Das garantiert eine pluralistische Gelehrtenlandschaft mit sehr heftig und kontrovers geführten Diskussionen. Die strukturellen Feinheiten eines jeweiligen Netzwerks hängen von seinen Lehrinhalten und Zielsetzungen ab. Hier machen sich die doktrinalen Unterschiede zwischen sunnitischer und schiitischer Islaminterpretation bemerkbar. Dieses Wechselspiel zwischen Struktur und Lehrinhalten lässt sich sehr anschaulich an Fallbeispielen aus der schiitischen und aus der sunnitischen Lehrtradition darstellen.

In schiitischen Gelehrtennetzwerken wird die Netzwerkspitze idealerweise von einem betagten Rechtsgelehrten eingenommen, dessen theologisch-juristisches Fachwissen von einem breiten Konsens in schiitischen Gelehrtenkreisen getragen und legitimiert wird. Seine religiöse Autorität beruht vor allem auf seiner völligen Beherrschung der schiitischen Jurisprudenz (ijtihad). Am Ende einer solchen Karrie-

Ein Groß-Ayatollah als Netzwerkchef

Frauen werden in der schiitischen Gelehrtenwelt aus Führungspositionen ausgeklammert



photocase



Von außen recht spartanisch: das Theologische Seminar von Groß-Ayatollah Fadlallâh in Sayyida Zaynab vor den Toren von Damaskus

re kann ein solcher Experte zum Ayatollah oder sogar zum Groß-Ayatollah aufsteigen. Den Status „Quelle der Nachahmung“ (marja' al-taqlîd) erlangen hingegen nur wenige. Gemeint ist damit, dass die Rechtsauslegung dieses schiitischen Gelehrten für Laiengläubige nachahmenswert geworden ist und er damit zu einer „Quelle der Nachahmung“ wurde. Der Rang eines „Ayatollah der Ayatollahs“ muss über Jahrzehnte des Studiums und der Lehre in schiitischem Recht und schiitischer Theologie bei anerkannten Autoritäten mühsam erarbeitet und anschließend in der Praxis gefestigt werden. Über die Fähigkeiten und den integren Charakter eines Marja' entsteht ein Konsens in der schiitischen Gelehrtenhierarchie, der sich über die Jahre herauskristallisiert. Die Qualifikationskriterien sind sehr streng und müssen in Publikationen, Unterrichtung von Gelehrten Nachwuchs und Fatwa-Erteilung nachgewiesen werden. Dieser Marja' schreibt sich damit auch in eine Lehrtradition des schiitischen Rechts ein und entwickelt diese weiter. Momentan gibt es etwa ein Dutzend solcher hochrangiger (männlicher) religiöser Autoritäten in der schiitischen Welt, zu denen die Groß-Ayatollahs Muhammad Husain Fadlallâh, 'Ali al-Sistani und 'Ali Khamenei gezählt werden. Ihre Karriereverläufe hängen von den sozialen, ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen ihres Umfelds ab.

Frauen bleibt diese Karriere nach der herrschenden Meinung unter schiitischen Gelehrten verwehrt. Sie können zwar ein Studium der schiitischen Jurisprudenz in einem theologischen Seminar absolvieren und den Grad einer schiitischen Rechtsgelehrten erwerben – an ihrer Rechtsauslegung dürfen sich Laiengläubige jedoch nicht orientieren. Über diese Tradition, die Frauen geschickt aus Führungspositionen in Gelehrtennetzwerken ausklammert, wird schon seit Jahren in der schiitischen Gelehrtenwelt kontrovers diskutiert.

Ähnlich strukturiert sind sunnitische Netzwerke, was am Beispiel sufischer Netzwerke veranschaulicht werden soll. Sufismus ist eine spirituelle Ausrichtung im Islam, deren Anhänger neben der Erfüllung ritueller Anforderungen besondere Formen der Annäherung an Gott ausgebildet haben. Im Laufe der Jahrhunderte haben sich je nach historischen, politischen, ökonomischen und sozialen Rahmenbedingungen sufisch orientierte Gruppen und Traditionen herausgebildet, die als Sufi-Orden oder Sufi-Netzwerke bezeichnet werden. Die bekanntesten sind die

Ein Sufi-Scheich als Netzwerkchef

Naqshbandiya, Rifâ'iya, Maulawiya (Mevlevi), Qâdiriya und die Shâdhiliya. Manche sufische Praktiken, wie der Besuch von Heiligengräbern, das Einführen von spitzen Gegenständen in die Haut, Tanz und Musik, haben den Sufismus in Verfall gebracht. Zu den Sufi-Netzwerken mit den höchsten Zuwachsraten zählt zweifellos die Naqshbandiya. Da sie zu den „nüchternen“ Ordenstraditionen gehört, die die Befolgung von Koran und Sunna, der zweitwichtigsten Quelle islamischen Rechts, als oberstes Leitprinzip haben, wird sie von anti-sufistischen Strömungen eher gebilligt.

Sufi-Netzwerke haben wie die Ayatollah-Netzwerke eine pyramidale Form mit einem Sufi-Scheich an der Spitze, der sich ebenfalls über die Jahrzehnte durch die Beherrschung von religiösem Wissen einen Namen gemacht und auf diese Weise Anhänger gewonnen hat. Dieses Wissen muss jedoch nicht rational nachweisbar und durch jahrzehntelange Studien und Unterrichtung erworben worden sein. Es geht vielmehr um Erkenntnis- und Erfahrungsprozesse, die unter Anleitung eines spirituellen Meisters oder einer Meisterin in Gebet und Meditation gemacht werden. Fortschritte in der spirituellen Entwicklung können von Außenstehenden in der Regel nicht bemessen werden. Es kommt durchaus vor, dass ein Analphabet durch seine besonderen spirituellen Erfahrungen und seine Frömmigkeit zum Netzwerkchef aufsteigt. Viele einflussreiche Sufi-Scheichs haben auch nichts oder wenig publiziert. In manchen sufischen Traditionen, wie der Naqshbandiya, werden vom Netzwerkchef jedoch gute Kenntnisse des sunni-



tischen Rechts und der Theologie erwartet, die sie in eigenen Lehrzentren weitergeben.

De facto sind die Anforderungen an die Qualifikation eines Sufi-Scheichs weniger streng als in Ayatollah-Netzwerken. Es kommt vielmehr darauf an, ob und wie er potenzielle Anhänger von seiner religiösen Autorität überzeugen kann. Mit der Zahl seiner Anhängerschaft wächst jedoch sein Ruf. Im sunnitischen Sufismus besteht ein Konsens darüber, dass Erkenntnisse und Gotteserfahrung nicht ohne die Anleitung eines erfahrenen Lehrmeisters erworben werden können. Ebenso wie sich der Schiit für seinen Marja' entscheidet, kann ein Interessierter sich einem Sufi-Scheich anschließen. Der Aspirant nimmt damit eine bilaterale Verbindung (râbita) auf, die auch oft mit einer spirituellen Nabelschnur verglichen wird. Der spirituelle Meister ist seinerseits durch eine „Nabelschnur“ an seinen eigenen (lebenden oder verstorbenen) Meister gebunden – und dieser wiederum an seinen Meister. Diese bilateralen Anbindungen bilden eine bis zum Propheten Muhammad aufsteigende Kette spiritueller Meister (silsila), in der Energieströme weitergegeben werden können. Für die Konsolidierung seiner religiösen Autorität spielt der Nachweis von Wundertaten eine entscheidende Rolle. Daher kursieren in Sufi-Netzwerken immer Geschichten über die Wundertaten des Netzwerkchefs.

In der Regel sagt man ihm nach, dass er Krankheiten wie Krebs heilen, zukünftige Ereignisse voraussagen oder Regen machen könne. Diese Wundertaten stehen als Zeichen für Gottesnähe, genauer gesagt dafür, dass Gott diesen Gottessucher mit besonderen Fähigkeiten beschenkt hat. Die Grundstruktur eines Sufi-Netzwerks besteht somit aus der Summe bilateraler Bindungen an den Netzwerkchef, von dem eine Kette bis zum Propheten Muhammad führt.

Theoretisch sollten die Bindungen der Schüler an den spirituellen Meister auf Lebenszeit angenommen und täglich durch Meditationsübungen gepflegt werden. Praktisch gestalten sich Länge und Intensität jedoch nach den individuellen Bedürfnissen.

Weibliche religiöse Autoritäten, sogenannte Scheichas, sind in Sufi-Netzwerken stark vertreten. Sie dürfen aber nur Schülerinnen und keine Schüler anleiten, sodass sich innerhalb der männlich dominierten Netzwerkstrukturen weibliche Subnetzwerke herausgebildet haben. Eigenständig von Frauen geführte Netzwerke existieren nur äußerst selten. Manche Sufi-Netzwerke umfassen nur eine Handvoll Anhänger in einem Dorf, andere hingegen haben über den Globus verstreut Millionen von Anhängern. Ein solches transnationales Netzwerk unterhält beispielsweise der aus Zypern stammende und

Weibliche religiöse Autoritäten

Schiitisches Pilgerzentrum Sayyida Zaynab in Syrien mit dem Grabmahl von Sayyida Zaynab, der Tochter des Propheten Muhammad



Annabelle Böttcher

dort ansässige Scheich Nâzim al-Haqqânî al-Qubrusî. Auch wenn sich die bilaterale Beziehung in Ayatollah-Netzwerken anders gestaltet als in Sufi-Netzwerken, gilt doch für beide, dass sie sich an der Nachfrage ihrer Klientel orientieren müssen. Ihre Interpretation des Islams muss mit den Vorgaben des Lebensumfelds ihrer Klientel, beispielsweise einem Leben in einem nichtislamischen Umfeld, in Einklang gebracht werden. Andernfalls wandert der muslimische „Kunde“ zu einem anderen Netzwerkchef ab. Die Existenz ihrer Vielzahl schafft somit starke Konkurrenz unter den Netzwerken. Damit besteht eine Form der „religiösen Marktwirtschaft“, was von außen oft nicht zur Kenntnis genommen wird. Schiitische Marja's gelten unter 60 bis 80 Millionen schiitischen Muslimen weltweit als höchste Referenz und nachahmenswertes Vorbild in allen Lebenslagen. Für den schiitischen Laiengläubigen ist die Entscheidung für einen Marja' mit finanziellen Verpflichtungen verbunden. Die Modalitäten der Spendenzahlungen werden in den Fatwa-Sammlungen des jeweiligen Marja' behandelt und sind Teil des schiitischen Finanzkonzepts. Es gibt unterschiedliche Spendenzahlungen. Die Zakât-Spende ist sowohl im schiitischen als auch im sunnitischen Islam üblich und beträgt lediglich 2,5 Prozent des Eigentums an Gold, Silber, Handelsprofiten und an-

Dr. Annabelle Böttcher



Geboren 1961 in Esslingen a.N. Studium der Politikwissenschaft, Islamwissenschaft, Rechtswissenschaft und Semitistik in Toulouse, München, Freiburg, Berlin und Damaskus. Promotion 1998 über syrische Religionspolitik im Fach Politikwissenschaft an der Universität Freiburg und Habilitation über islamische Netzwerke 2006 in Islamwissenschaft an der Freien Universität Berlin. Langjährige Forschungsaufenthalte am

Institut Francais d'Etudes Arabes in Damaskus, Harvard University, Université Saint Joseph in Beirut. Lehrtätigkeit an der Freien Universität, EPHE-Sorbonne und USJ Beirut. Seit 2006 für eine internationale Organisation im Irak tätig.

Kontakt

Freie Universität Berlin
 Fachbereich Geschichts- und Kulturwissenschaften
 Institut für Islamwissenschaft
 Altensteinstraße 40
 14195 Berlin
 E-Mail: a_bottcher@hotmail.com



Bild des Groß-Ayatollah Fadlallah in Sayyida Zaynab, Geistlicher und Unternehmer zugleich

deren Gütern. Der Betrag wird unter anderem auf der Grundlage von Viehbestand, Gold- und Silberbesitz des einzelnen Gläubigen errechnet und kann direkt an Bedürftige gehen. Darüber hinaus gibt es im schiitischen Islam den „Fünften“ (khums), eine 20-prozentige Luxussteuer auf den jährlichen Nettogewinn eines Schiiten aus Wirtschaft, Handel, Landwirtschaft und Erbschaft. Die Einkünfte aus den Khums-Spenden garantieren den Bestand eines Ayatollah-Netzwerkes. Sein Finanzvolumen steigt mit der Zahl seiner Anhänger, vor allem der zahlungskräftigen. Will der Marja' seine Klientel und damit seinen Marktanteil nicht an andere Konkurrenten verlieren, muss er sich an ihren Wünschen und Bedürfnissen orientieren. Damit ist das Verhältnis zum Marja' ein klar definiertes Dienstleistungsverhältnis. In Übereinstimmung mit dem schiitischen Recht wird die Hälfte der Khums-Einnahmen als „Anteil des Imams“ in Projekte für medizinische Versorgung, Armen- und Sozialfürsorge, Schulwesen sowie die religiöse Aus- und Weiterbildung investiert. Davon können aber auch Trinkwasserleitungen und öffentliche Toiletten gebaut sowie Fernseh- oder Radiostationen unterhalten werden. Die Mobilien und Immobilien schiitischer Ayatollah-Netzwerke werden nach den jeweils einschlägigen nationalen Gesetzesvorgaben weitgehend autonom von staatlichen Eingriffen verwaltet. Es ist jedoch durchaus möglich, dass eine Regierung oder ein Regime eingreift, indem sie ausgewählte Netzwerke fördert oder unter-



drückt. Spenden können gemäß den Vorgaben des schiitischen Finanzrechts auch zur direkten oder indirekten Finanzierung von bewaffnetem Widerstand eingesetzt werden. Manche Gelehrten-Netzwerke unterhalten sogar eigene Milizen, wie die irakische Mahdi-Miliz der sogenannten Sadristen im Irak.

Der Groß-Ayatollah Fadlallâh repräsentiert den Typ eines unternehmerisch denkenden Gelehrten, der unter äußerst schwierigen Bedingungen aus eigener Kraft ein transnationales Netzwerk aufgebaut hat. Er wurde 1935 in Najaf in eine libanesische Gelehrtenfamilie geboren. Seine Ausbildung zum Rechtsgelehrten durchlief er im irakischen Gelehrtenzentrum Najaf. 1966 siedelte er in sein Heimatland Libanon über und widmete sich in einem Beiruter Elendsviertel dem Aufbau eines eigenen Netzwerks sowie dem Studium

Unternehmerisch denkender Gelehrter

und der Lehre. Die Tatsache, dass er seinen Anhängern beistand und seine Lehren über Jahrzehnte politischer

Wirren weiterentwickelte, hat ihm weltweit Millionen von Anhängern eingebracht. Am Beispiel seiner Wohltätigkeitsorganisation al-Mabarrât zeigt sich sein unternehmerischer Geist, denn sie stellt einen Teil der Netzwerk-Infrastruktur dar, der direkt auf die Bedürfnisse seiner Klienten eingeht. An Fadlallâhs Netzwerk lässt sich auch nachweisen, dass sich seine Klientel kaum eine ordentliche Schulbildung leisten konnte. Der Hauptbestandteil seiner Wohltätigkeitsorganisati-



Annabelle Böttcher

Mitten in Damaskus: das islamische Sufi-Zentrum von Scheich Ahmad Kaftaru

on wurde dadurch ein äußerst effizient organisiertes Netz von privaten Kindergärten, Waisenhäusern und Schulen, die in der arabischen Welt inzwischen als Vorbild gelten. Sie werden von seinem ältesten Sohn, Alî Fadlallâh, und seinem Bruder, Dr. Muhammad Baqir Fadlallâh, geleitet. Zudem werden mehrere theo-

Schiitische Moschee Sayida Ruqaya in Damaskus



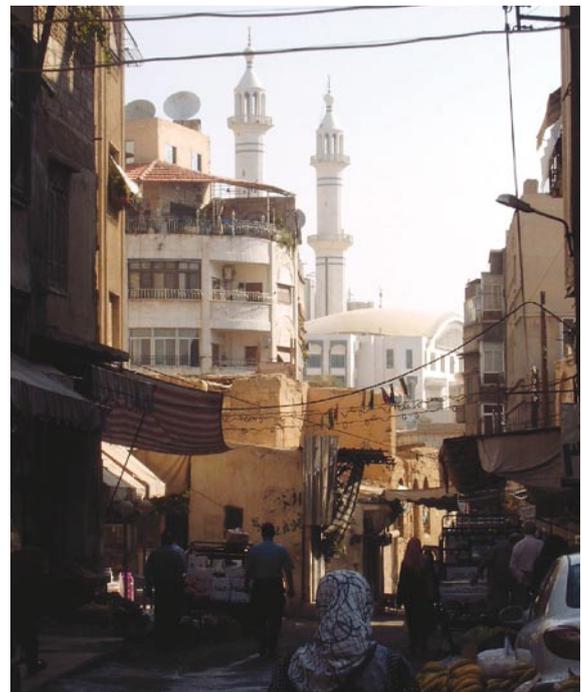
Böttcher

logische Hochschulen im Libanon und in Syrien unterhalten.

Sufi-Netzwerke können nicht wie Ayatollah-Netzwerke auf ein ausgefeiltes Finanzkonzept zurückgreifen. Die im sunnitischen Islam übliche Zakât-Spende reicht für die Finanzierung eines Netzwerks nicht aus. Zudem regulieren die nationalen Regierungen die Finanzverwaltungen von sunnitischen Netzwerken durch ihre Ministerien für religiöse Angelegenheiten oder Stiftungen. Sie finanzieren sich demnach vor allem durch freiwillige Abgaben, unbezahlte Dienstleistungen und staatliche Zuwendungen. Ihr Finanzvolumen hängt von der Spendenfreudigkeit der Anhänger ab. Eine wichtige Rolle spielt auch das Verhältnis zum nationalen Aktionsfeld und der jeweiligen Regierung. Der syrische Groß-Mufti, Scheich Ahmad Kaftaru, baute sein Sufi-Netzwerk mit Unterstützung des syrischen Regimes auf, das durch seine repressive Islampolitik andere Konkurrenten vom Markt drängten und somit eine Form der sunnitischen Monokultur schafften.

In kleinen Netzwerken verdienen sich der Chef und die Elite ihren Lebensunterhalt durch eine Voll- oder Teilzeitbeschäftigung. Manchmal bekleiden sie religiöse Posten wie das Amt eines Predigers und Imams in einer Moschee. Nur finanziell unabhängige Scheichs widmen sich der Führung des Netzwerks vollberuflich. Wachstumsorientierte Netzwerke müssen sich nach finanzkräftigen Sponsoren umsehen und sie ins Netzwerk einbinden. Erfolgreiches Fundraising wird somit ein wichtiger Faktor für die Konsolidierung und Expansion – sowohl sunnitischer als auch schiitischer Netzwerke.

Der Sufi-Scheich Nâzim al-Haqqânî al-Qubrusî verdankt seine erfolgreiche Expansion der Einbindung einer Reihe politisch und ökonomisch einflussreicher Mitglieder. Einen großen qualitativen Zuwachs erfuhr die Haqqâniya beispielsweise durch den Beitritt eines malaysischen Prinzen, Raja Ashman Shah, der Sohn des Sultans von Perak, Azlan Muhibbuddin Shah. Die damit einhergehenden Schlagzeilen und der höhere Bekanntheitsgrad schufen auch die Voraussetzungen für die Konvertierung eines jungen britischen Aristokraten. Mit der Zahl finanzkräftiger privater Sponsoren steigt die Attraktivität



Annabelle Böttcher

Damaszener Souk mit Blick auf das Sufi-Zentrum von Scheich Kaftaru

eines Sufi-Netzwerks. Wie die Strukturen von transnationalen Netzwerken beschaffen sind, wird vor allem von den Konzepten bestimmt, die die Bindung der Anhänger untereinander und an den Netzwerkführer bestimmen. In beiden Fallbeispielen ist der kleinste Bestandteil ein bilaterales Verhältnis zwischen dem Netzwerkführer und seinen Anhängern und den Anhängern untereinander. Diese Bindungen sind komplexen und vielfältigen Verhandlungen unterworfen, die ständig innerhalb eines Netzwerks in dem von der jeweiligen Islaminterpretation vorgegebenen Rahmen stattfinden – aber auch nach außen mit dem Umfeld. Die subjektive Erwartungshaltung des muslimischen Gläubigen bestimmt die Wahl des Netzwerks und die Art der Bindung, womit eine äußerst komplexe Tauschbeziehung mit beiderseitigen kompensationsorientierten Ansprüchen begründet wird. Je nach der Verortung in der islamischen Tradition gestaltet sich dieses religiöse Konsumverhältnis unterschiedlich, wird aber regelmäßig wechselseitig geprüft.

Konzepte von Netzwerkstrukturen

<p>Kopernikusstraße 20 10245 Berlin-Friedrichshain Tel.: 42 78 00 78 Fax: 4 22 53 45</p>  <p>Montag bis Sonntag 9 - 18 Uhr außer Feiertage</p>	<p>JEDE A4 s/w Digitalkopie</p> <p>2,5 Cent</p> <p>A4 Farbkopie 15 Cent</p> <p>www.CopyPlanet-Berlin.de</p>	<p>Kastanienallee 32 10435 Berlin-Prenzlauer Berg Tel.: 4 48 41 33 Fax: 2 38 49 59</p>  <p>Montag bis Freitag 9 - 18 Uhr</p> <p>Copyplanet@t-online.de</p>
---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Die Berliner Bank als „Netzwerk-Partner“

Universitäten, Banken und Unternehmen in den Netzwerken der Hauptstadtregion

Im Zeitalter des Internet erlebt der Netzwerk-Begriff eine wahre Inflation. Keine akademische Profession, die ohne „Netzwerk-Ansatz“ daherkommt. Also alles nur eine Modeerscheinung?

Netzwerke sind Beziehungen autonomer und gleichberechtigter Partner, deren Kooperation für alle Beteiligten gewinnbringend ist. Ob es sich um Netzwerke von Personen, Organisationen oder Nationen handelt – nur dann lässt sich ein System als „Netzwerk“ bezeichnen, wenn es weder hierarchisch noch zentralistisch, sondern partnerschaftlich-kooperativ gesteuert wird.

In diesem Sinne sprechen auch Banker und Ökonomen von „Netzwerken“ – oder genauer: von „Clustern“ –, wenn sie das wertschöpfende Zusammenspiel von Wirtschaftsunternehmen auf regionaler Ebene analysieren. In Berlin und Brandenburg zählen etwa die „Gesundheitswirtschaft“, die „IT- und Medienwirtschaft“ oder die „Kultur- und Tourismuswirtschaft“ zu den Wachstumsmotoren und großen Hoffnungsträgern der Region. Cluster, die stark mittelständisch geprägt sind.

Auch wenn die beteiligten Firmen in diesen Netzwerken notwendigerweise ihre jeweiligen Eigeninteressen verfolgen und zuweilen in scharfem Wettbewerb stehen, so profitieren sie doch zugleich von wechselseitigen Spezialisierungsvorteilen und können ihre gemeinsamen Standortinteressen nur durchsetzen, wenn sie partnerschaftlich kooperieren.

Ein gemeinsames Interesse dieser Cluster – und hier kommen die Berliner Universitäten und Fachhochschulen ins Spiel – sind zum Beispiel adäquate Forschungs- und Ausbildungsstrukturen in der Hauptstadtregion. Nur in einer innovativen Forschungslandschaft und auf Basis eines qualifizierten Ausbildungsangebots der Hochschulen können Firmen-Netzwerke funktionieren.

Zu einem funktionsfähigen Cluster zählen aber auch attraktive und professionelle Finanzdienstleistungen – und hier kommt die Berliner Bank ins Spiel. Ob es um Millionen täglicher Finanztransaktionen geht, um Investitionen und andere kreditpolitische Entscheidungen, um Kontaktvermittlung oder um persönliche Beratung mittelständischer Unternehmen: Ohne qualifizierte Finanzdienstleister mit regionalem Know-how könnte kein Firmen-Netzwerk überleben.

Im Jahr 1950, als die Berliner Bank auf Initiative des Regierenden Bürgermeisters Ernst Reuter gegründet wurde, verstand sich diese Bank gewissermaßen als „Wiederaufbaubank“ in der deutschen Hauptstadt. Heute, konfrontiert mit den aktuellen regionalwirtschaftlichen Herausforderungen in Berlin und Brandenburg, verstehen wir uns und handeln als „Netzwerk-Partner“.

Netzwerk-Ansätze sind also alles andere als eine Modeerscheinung: In der partnerschaftlichen Kooperation zur wirtschaftlichen, nachhaltigen Entwicklung der Hauptstadtregion liegt unsere gemeinsame Aufgabe!



Dr. Christian Engell, Leiter des Geschäftsbereichs Firmenkunden der Berliner Bank

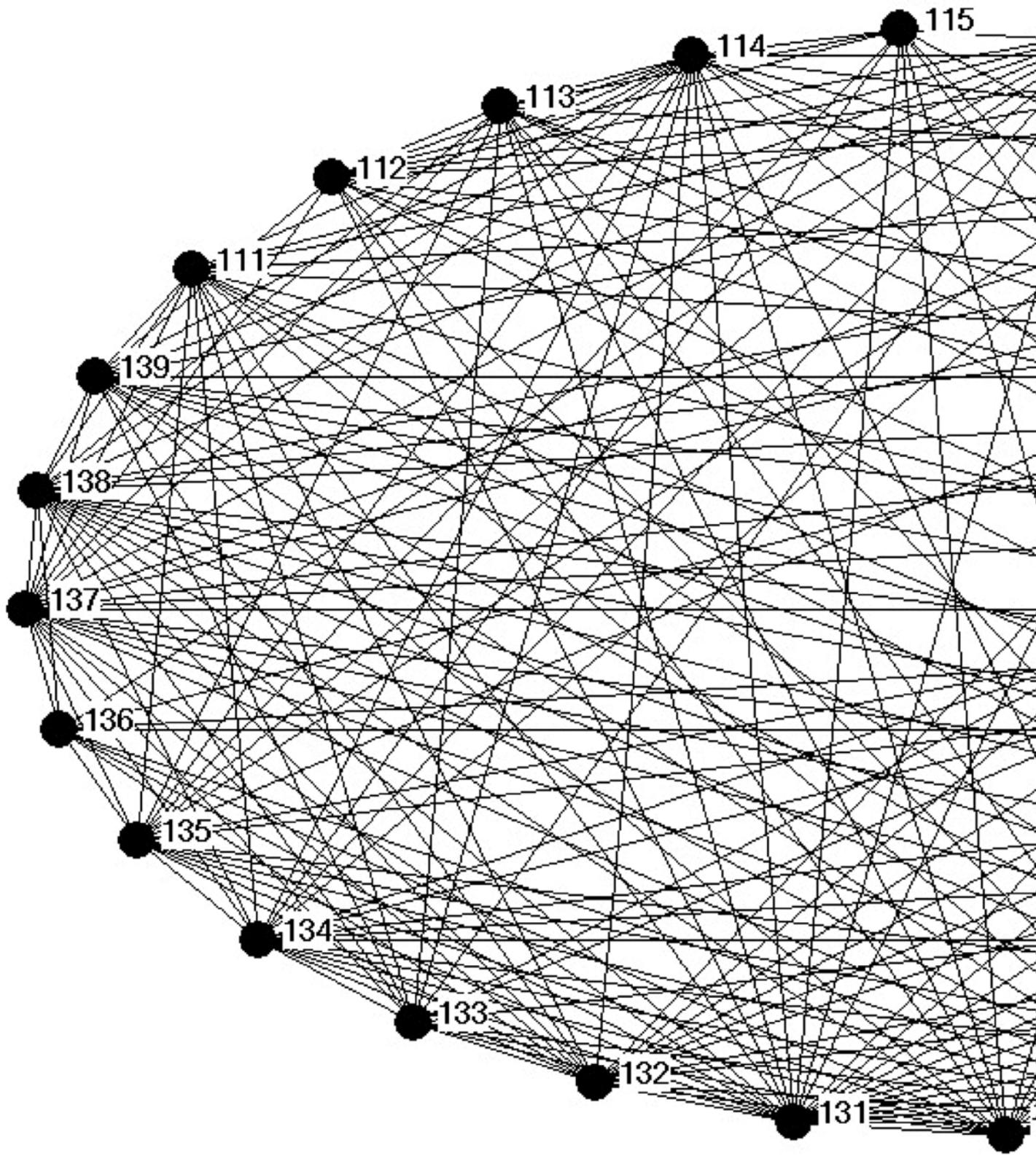
Damit wir mehr für Sie tun können: Setzen Sie sich mit uns zusammen.

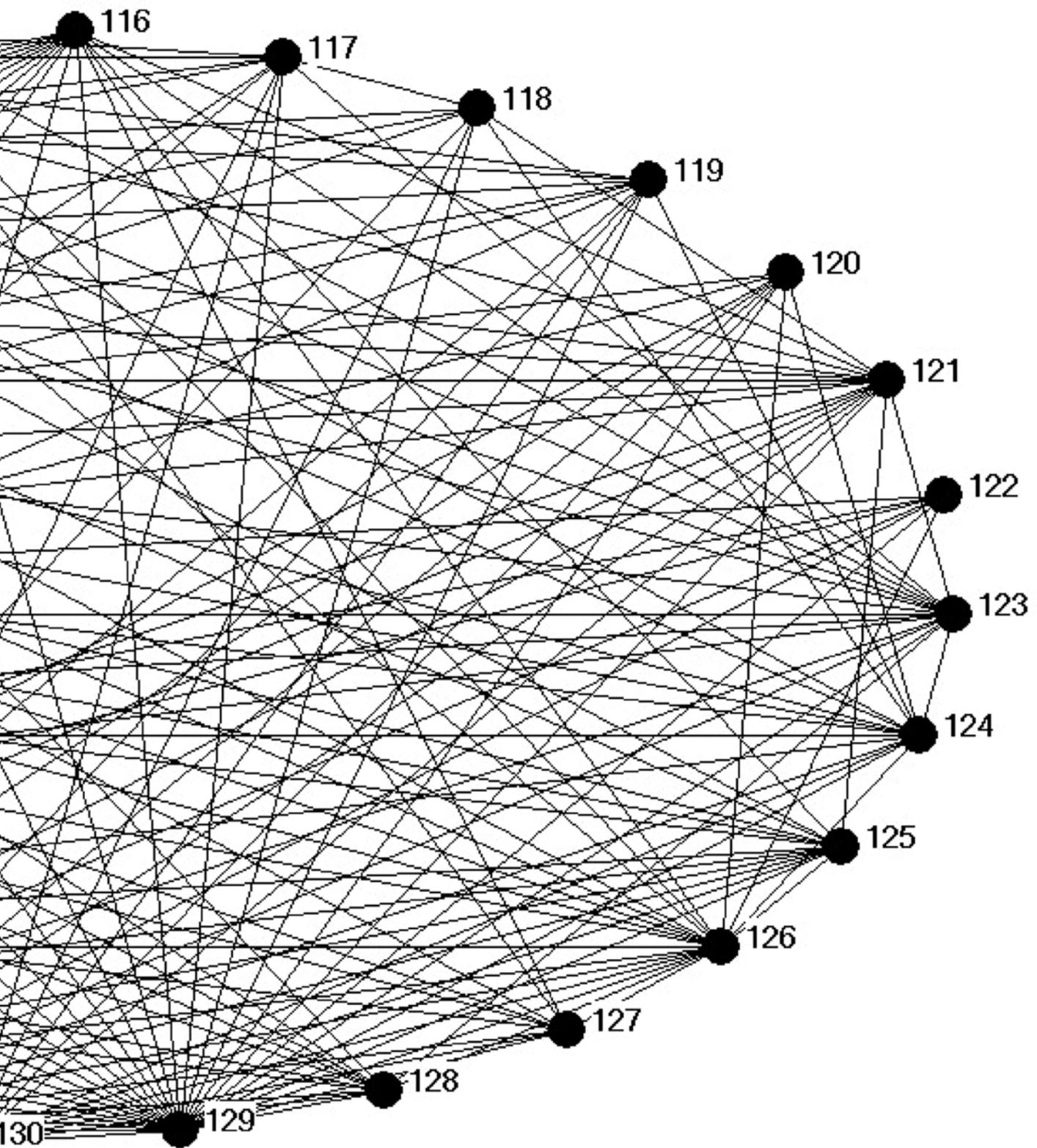
Sie haben Pläne, wir liefern Konzepte. Sie wollen mehr Wachstum, wir geben Ihnen Unterstützung. Sie feiern Erfolge, wir schaffen Freiräume. Die Firmenkundenbetreuer der persönlichen Bank.

Die persönliche Bank.

B BERLINER BANK

www.berliner-bank.de/firmenkunden





Networking for Knowledge and Information

Netzwerken für erfolgreiches Unternehmertum

MICHAELA HAASE UND TOBIAS MÜLLER-PROTHMANN

Als die Mitarbeiter des Projekts Unternehmertum in der Wissensgesellschaft (UWG) beim Europäischen Sozialfonds Mittel für die Unterstützung einer Weiterbildung zum Unternehmer beantragten, stand vor allem eine Frage im Raum: Kann man Unternehmer ausbilden? Nach Abschluss des Projekts lautete die Antwort: Ja, man kann. Man kann Wissen vermitteln, das für das unternehmerische Handeln in einer Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft wichtig ist, man kann Handlungskompetenz fördern und persönliche Barrieren bezüglich der Unternehmerperspektive angehen. Universitäten können in diesem Teil der Erwachsenenbildung eine Rolle übernehmen, indem sie Unternehmer beim Aufbau von handlungsrelevantem Wissen und bei der Entwicklung unternehmerischer Kompetenzen unterstützen. Allerdings: Es gibt Besonderheiten der universitären Unternehmer-Weiterbildung. Eine davon ist, dass nicht nur Wissen von den Dozenten an die Teilnehmer weitergegeben wird, sondern dass die Teilnehmer selbst füreinander eine wichtige Wissensquelle sind, die durch Networking angezapft werden kann.

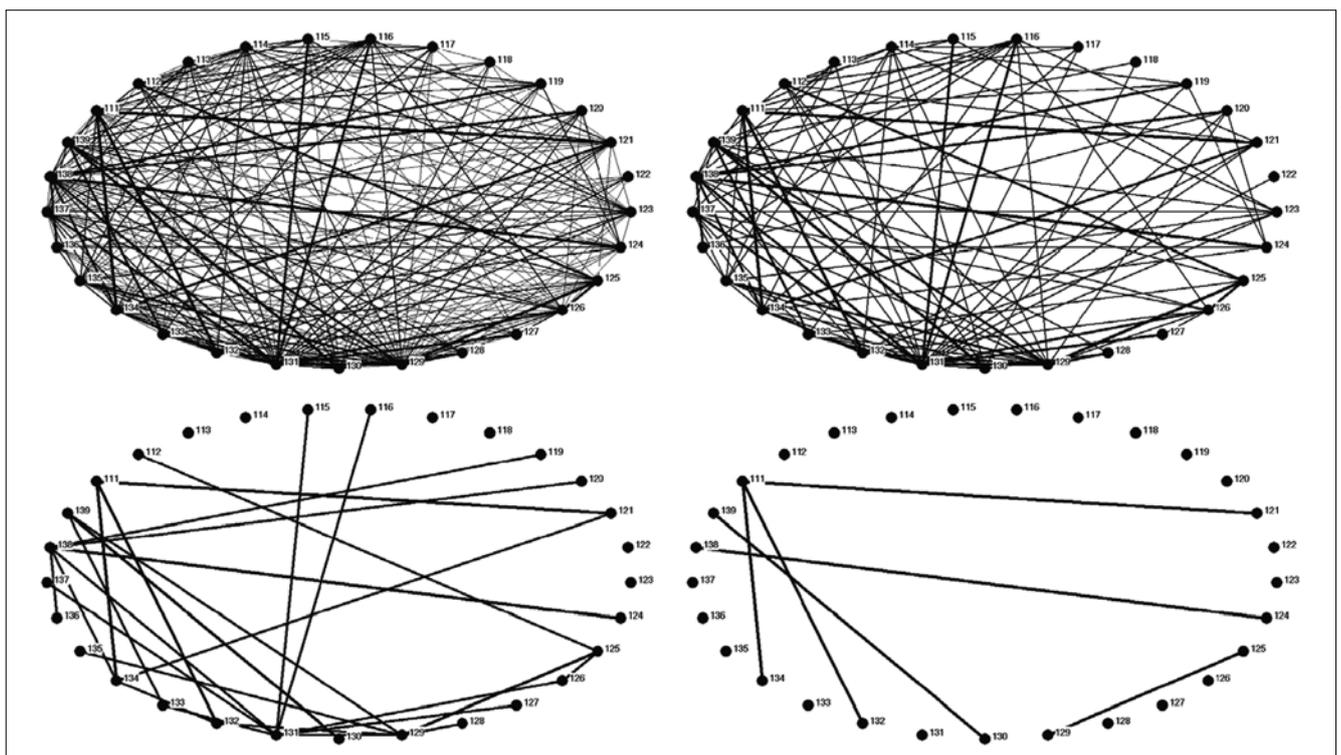
Unternehmer gelten schon seit Längerem als Personen, die intensives Networking betreiben, und das aus den unterschiedlichsten Gründen: etwa, um Ressourcen besser zu nutzen, um Innovationen einzuführen oder Prozesse, Produkte und Dienstleistungen zu verändern oder

zu erneuern. Da Networking ein wichtiger Erfolgsfaktor für die unternehmerische Tätigkeit ist beziehungsweise Wissen für die unternehmerische Tätigkeit ganz wesentlich auch durch Networking erzeugt wird, muss es möglich sein, Networking durch Weiterbildung zu ermöglichen und zu fördern. Mit diesen Voraussetzungen startete im April 2004 das Weiterbildungsprojekt UWG als Kooperation der Fachbereiche Wirtschaftswissenschaft sowie Politik- und Sozialwissenschaften der Freien Universität Berlin, das Ende September diesen Jahres nach fünf Durchgängen abgeschlossen wurde. Etwa 150 Personen hatten während der Projektlaufzeit an der Weiterbildung teilgenommen: Unternehmer und Freiberufler, Erwerbstätige und Nicht-Erwerbstätige. Von Anfang an wurde Wert darauf gelegt, Möglichkeiten für die Teilnehmer zu schaffen, sich zu vernetzen – so wurde die elektronische Infrastruktur eingerichtet, Kleingruppen (Erfolgsteams) gebildet, die sich neben dem „Weiterbildungsbetrieb“ trafen, und soziale Events organisiert.

Unternehmertum in der Wissensgesellschaft – der Name der Weiterbildung betont bereits die Wissensperspektive und fokussiert jenen Teil der unternehmerischen Aktivitäten, der mit dem Aufbau von Wissen und der Suche nach Information zu tun hat. Dabei wird zwischen Wissen und Information unterschieden: Wissen wird dem Aufbau langfristiger Kompetenzen zugerechnet und Information dem zweckorientierten Handeln. Wissen und Information hängen daher eng zusammen, doch steht bei

Unternehmertum in der Wissensgesellschaft

Beziehungsstruktur der Teilnehmer des ersten Weiterbildungsdurchgangs in kreisförmiger Darstellung (circle view)



Haase/Müller-Prothmann

Informationen der Handlungsaspekt im Vordergrund. Networking dient aus dieser Perspektive der Wissensgenerierung und -konsolidierung sowie der Informationsgewinnung. Vor dem Hintergrund der großen Bedeutung, die dem Networking für unternehmerische Aktivität zugeschrieben wird, fragten sich die Projektmitarbeiter, ob sich auch unter den Teilnehmern der Weiterbildung wissensbezogene Netzwerke herausbilden würden, ob es Unterschiede zwischen den Teilnehmern im Hinblick auf die Netzwerkaktivitäten gäbe und ob eine Verbindung zwischen den Netzwerkaktivitäten der Teilnehmer und ihrer unternehmerischen Aktivität festzustellen sei. Diese Fragen wurden in einer Fallstudie mit den 29 Teilnehmern des ersten Durchgangs auf der Basis von zwei Fragebögen beantwortet (zu Beginn im August 2004 und zum Ende des Durchgangs im

Februar 2005). Dabei wurden folgende Formen des Wissens- und Informationsaustauschs unterschieden:

1. Austausch allgemeinen Wissens und allgemeiner Informationen,
2. Austausch spezialisierten Wissens und spezialisierter Informationen,
3. Austausch von Wissen und Informationen mit Bezug auf Kundengewinnung und Auftragserzielung,
4. Austausch von Wissen und Informationen mit Bezug auf Kooperationen oder gemeinsame Projekte.

Der wesentliche Unterschied zwischen 1. und 2. sowie 3. und 4. liegt im konkreten Bezug zur unternehmerischen Aktivität: Der Austausch allgemeinen Wissens und allgemeiner Informationen hat nichts mit der unternehmerischen Aktivität und der Geschäftsidee zu tun. Der Austausch speziellen Wissens und spezieller Informationen dagegen berührt fachliche Bereiche oder Kompetenzen, die für die (Weiter-)Entwicklung der Geschäftsidee wichtig sein können. Während sich der Austausch von Wissen und Informationen bei 1. und 2. auch auf nichtunternehmerische Tätigkeiten beziehen kann, wird bei 3. und 4. nach Wissens- und Informationsaustausch in Bezug auf Neukunden, Aufträge und mögliche Kooperationen gefragt. Die zu Beginn und zum Ende des Durchgangs verteilten Fragebögen erzielten eine hohe Rücklaufquote: 24 von 29 Teilnehmern füllten den Fragebogen zu Beginn des Durchgangs aus und – nachdem sechs Personen die Weiterbildung in der Zwischenzeit verlassen hatten – 18 von 23 zu dessen Ende. Die Fragebögen wurden mittels Methoden der Sozialen Netzwerkanalyse ausgewertet.

Die Abbildung auf Seite 58 zeigt die Beziehungsstrukturen der Teilnehmer des ersten Weiterbildungsdurchgangs in einer kreisförmigen Darstellung (circle view), wobei jeder mit einer Nummer versehene Punkt einen Teilnehmer darstellt. Mit den Verbindungslinien zwischen den Punkten wird gezeigt, welche Teilnehmer Verbindungen zueinander haben. Die vier Netzwerke unterscheiden sich anhand der oben angeführten Formen des Wissensaustauschs, die die Verbindungen begründen. Wie nicht anders zu erwarten, ist der Austausch unspezifischen Wissens und unspezifischer Informationen am weitesten verbreitet, gefolgt vom Austausch spezifischen Wissens und spezifischer Informationen. Beim Wissensaustausch in Bezug auf die konkrete unternehmerische Tätigkeit geht die Dichte des Netzwerks (das Verhältnis von aktuellen zu potenziellen Verbindungen) drastisch zurück – zu erkennen an der geringeren Zahl von Verbindungslinien zwischen den Punkten. Die Gründe dafür können vielfältig

PD Dr. rer. pol. Michaela Haase:



Michaela Haase studierte Politikwissenschaft, Volks- und Betriebswirtschaftslehre sowie Wissenschaftstheorie an der Freien Universität Berlin. 1987 Abschluss als Diplomvolkswirtin, 1993 Promotion zum Dr. rer. pol. mit einer Arbeit über Galileische Idealisierung. 1999 Habilitation zum Thema „Institutionenökonomische Betriebswirtschaftstheorie – Allgemeine Betriebswirtschaftslehre aus sozial- und institutionen-

ökonomischer Grundlage“. Michaela Haase ist seit 2004 Projektleiterin des vom Europäischen Sozialfonds geförderten Projekts „Unternehmertum in der Wissensgesellschaft“ der Freien Universität und Mitträgerin des Graduiertenkollegs „Pfade organisatorischer Prozesse“ am Fachbereich Wirtschaftswissenschaft der Freien Universität. Auslandsaufenthalt am Department of Economics der Washington University in St. Louis (Missouri, USA). Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Institutionenökonomik, Theorie der Unternehmung, Pfadtheorie, Ethik und Grundlagenprobleme der Sozialwissenschaften.

Kontakt

Freie Universität Berlin

Fachbereich Wirtschaftswissenschaft – Marketing-Department

Unternehmertum in der Wissensgesellschaft

Garystraße 21

14195 Berlin

Tel.: 030 – 838 54 589

Fax: 030 – 838 52 958

E-Mail: mhaase@wiwiss.fu-berlin.de

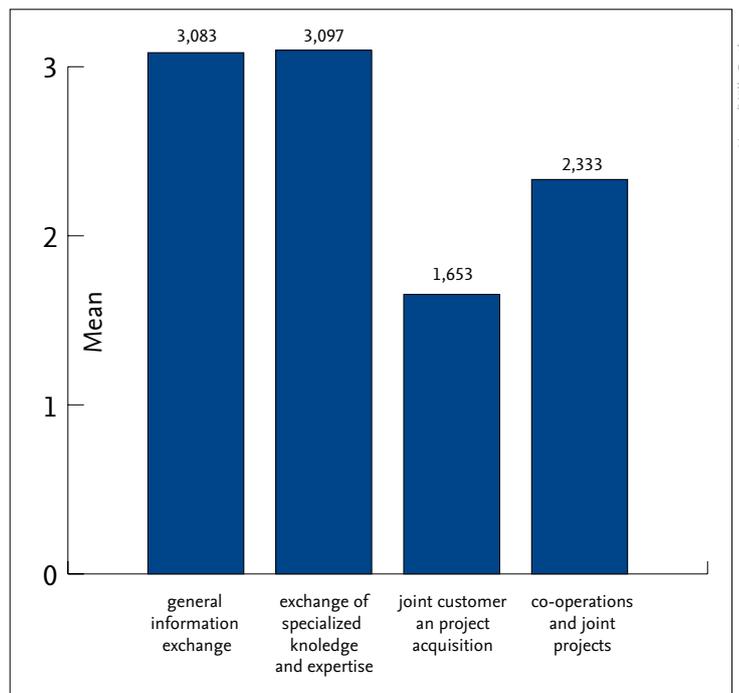
Internet: www.wiwiss.fu-berlin.de/marketing

<http://uwg.fu-berlin.de>



sein: Vorsicht oder Misstrauen der Teilnehmer, bisher kaum vorhandene unternehmerische Tätigkeit beziehungsweise Entwicklung der Geschäftsidee. Dies zeigt sich auch in der subjektiven Bewertung der jeweiligen Networking-Aktivitäten durch die Befragten.

Die Bewertung des Wissensaustauschs bezüglich allgemeinen Wissens und allgemeiner Informationen einerseits (1.) und speziellen Wissens und spezieller Informationen andererseits (2.) wurde nahezu gleich hoch eingeschätzt, obwohl die Netzwerkdicke bezüglich 2. gegenüber 1. bereits deutlich zurückgeht. Man könnte dies so interpretieren: Die Teilnehmer sehen zwar die Wichtigkeit von Kommunikation, aber es fehlt der Gegenstand der Kommunikation, oder es hat sich noch nicht die Gelegenheit ergeben zu kommunizieren. Die subjektive Bewertung des Austauschs von Wissen und Informationen bezüglich der Kunden- und Projektaquisition (3.) stimmt mit dem Austausch von Wissen und Informationen im Hinblick auf gemeinsame Projekte (4.) überein. Dabei ist 3. „anspruchsvoller“ als 4., weil dafür wenigstens Erwartungen bezüglich zukünftiger Kunden oder Aufträge gebildet werden müssen. Sich über eine zukünftige Zusammenarbeit auszutauschen, kann dagegen auch bedeuten, dass man etwas über die jeweils andere Person erfährt und sich versichert, „mal etwas zusammen zu machen“. Es ist daher nicht verwunderlich, dass 3. das am wenigsten „dichte“ Netzwerk ist. Dass sich dieses Ergebnis auch in der subjektiven Bewertung des Wissensaustauschs durch die Teilnehmer widerspiegelt, belegt, dass die Teilnehmer die Relevanz dieser Form – möglicherweise aufgrund von schlechten oder fehlenden Erfahrungen – nicht erkennen.



Hesse/Müller-Pothmann

Bewertung der jeweiligen Networking-Aktivitäten

Solche Interpretationen sind mit Hilfe der Sozialen Netzwerkanalyse nicht möglich. Diese Methode ist jedoch ein gutes Mittel, um Aufschlüsse über zentrale Akteure im Netzwerk zu erzielen. Damit wird eine Frage nach der Art der Verbindungen zwischen Akteuren im Netzwerk gestellt: Gibt es Personen, die durch eine besonders hohe Zahl ein- und ausgehender Verbindungen (die quasi „auf der Wegstrecke zwischen anderen Akteuren“ sitzen) gekennzeichnet sind, das heißt durch eine hohe „Gradzentralität“ gekennzeichnet sind? Sind zentrale Akteure in allen vier Netzwerken aktiv? Und nicht zuletzt die wichtigen Fragen

Networking spielte und spielt bei der Entwicklung von unternehmerischen Fähigkeiten und Kompetenzen eine wichtige Rolle



photocase

nach dem Zusammenhang zwischen Netzwerkaktivität und unternehmerischer Aktivität: Schätzen zentrale Akteure die Bedeutung des Wissens- und Informationsaustauschs anders ein als der Durchschnitt der Teilnehmer? Sind sie unternehmerisch stärker aktiv als nichtzentrale Akteure? Die Datenanalyse liefert Ergebnisse: Zu Beginn der Weiterbildung konnten zwölf zentrale Akteure ermittelt werden. Die meisten waren in ein bis zwei Netzwerken „zentral“, einer sogar in allen vier Netzwerken. Zentrale Akteure bewerten die Bedeutung des Networking in allen vier Dimensionen (1. bis 4.) höher als der Durchschnitt. Besonders groß ist der Unterschied zwischen einem zentralen Akteur und dem Durchschnitt im Hinblick auf die „kritische“ Austauschform 3., dem Austausch von Wissen und Informationen mit Bezug auf Kunden- und Auftragsakquisition. Und: Die zentralen Akteure sind stärker aktiv, und ihre Projekte sind weiter fortgeschritten als die des Durch-

schnitts. Die subjektive Bewertung von Networking-Aktivitäten und das persönliche Engagement gehen in die gleiche Richtung. Aber nicht nur im Networking waren diese Akteure reger, sondern auch bei ihrer unternehmerischen Tätigkeit.

Netzwerke können von Dauer sein, aber sie verändern sich auch: Bei jeder Darstellung handelt es sich um eine „Augenblicksaufnahme“. Die Fragebögen zum Anfang und zum Ende des ersten Durchgangs dienten als Grundlage, um die Netzwerkentwicklung darzustellen und zu analysieren. Dabei wurden die Netzwerkbeziehungen in der Anfangsphase (August 2004) und der Abschlussphase (Februar 2005) bezüglich der subjektiven Bedeutung des Networking und der individuellen Fortschritte bei den unternehmerischen Aktivitäten betrachtet. Das Netzwerk der Abschlussphase ist durch sechs zentrale Akteure gekennzeichnet (im Vergleich mit zwölf zentralen Akteuren in der Anfangsphase). Dies ist eine Konsolidierung, nachdem sich die Teilnehmer der Weiterbildung im Lauf der Zeit besser kennengelernt haben und sich einschätzen können. Dazu passt, dass das gesamte Netzwerk der Abschlussphase, das alle Beziehungen abbildet, auch eine geringere Dichte aufweist als das vergleichbare Netzwerk der Anfangsphase: Während also in der Anfangsphase mehr als die Hälfte der möglichen Beziehungen zum Wissensaustausch zum Tragen kam, war das in der Endphase bei nur einem Drittel der Fall. Es hat sich eine gewisse Routine bei der Beziehungsstruktur entwickelt; die Ansprechpartner werden nicht mehr so häufig gewechselt.

Auch zum Ende der Weiterbildung zeigte sich, dass die zentralen Akteure (verglichen mit dem Durchschnitt) in einem höheren Maß aktiv waren, sie die Relevanz der Erfolgsteams und des universitären Wissenstransfers während der Weiterbildung höher bewerteten und die Relevanz des Wissens- und Informationsaustauschs in Bezug auf alle vier Wissensarten stärker gewichteten – insbesondere aber in Bezug auf die Gewinnung von Kunden und Aufträgen und gemeinsame Kooperationen. Besonders taten sich hierbei Personen hervor, die sowohl zu Beginn als auch zum Ende des Weiterbildungsdurchgangs „zentral“ waren (drei Personen). Die Ergebnisse können wie folgt zusammengefasst werden:

1. Es besteht eine starke Wechselbeziehung zwischen der Bewertung von Networking für den Wissensaustausch, den tatsächlichen Networking-Aktivitäten und den unternehmerischen Aktivitäten.
2. Zentrale Netzwerkpositionen sind der Ausdruck einer Übereinstimmung zwischen der subjektiven Bewertung der Wichtigkeit von Networking bezüglich

Dr. phil. Tobias Müller-Prothmann



Tobias Müller-Prothmann studierte Soziologie und Volkswirtschaftslehre an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg. 2000 Abschluss als Diplom-Soziologe, 2005 Promotion zum Dr. phil. im Fach Publizistik- und Kommunikationswissenschaft an der Freien Universität. Von 1997 bis 2000 mehrjährige Tätigkeit als freier Mitarbeiter in der Marktforschung und als Journalist für die Tagespresse. Von 2000 bis 2005

wissenschaftlicher Mitarbeiter am Arbeitsbereich Informationswissenschaft des Instituts für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Freien Universität. Daneben freie Tätigkeit als wissenschaftlicher Berater in verschiedenen Projekten aus dem öffentlichen Sektor, der Industrie und in der anwendungsorientierten Forschung in den Bereichen Wissenskommunikation und Informationstechnologien sowie als Dozent für Gesellschafts- und Wirtschaftskommunikation am Institute of Electronic Business e. V., Universität der Künste Berlin. Seit 2005 Referent für Wachstum und Innovation in der Bundesgeschäftsstelle des Wirtschaftsrates der CDU e. V.

Kontakt

Referent für Wachstum und Innovation

Wirtschaftsrat der CDU e. V.

Luisenstraße 44

10117 Berlin

Tel.: 030 – 240 872 16

Fax: 030 – 240 872 05

E-Mail: t.mueller-prothmann@wirtschaftsrat.de

unternehmerisch relevanter Wissensformen und den tatsächlichen Networking-Aktivitäten.

Damit hat sich im vorliegenden Fall bestätigt, was die Autoren Howard E. Aldrich und Catherine Zimmer bereits vor 20 Jahren in ihrem Buch „Entrepreneurship Through Social Networks“ festgehalten haben: „Entrepreneurs are more likely to be found in positions whose centrality is high and which are connected to lots of diverse information sources.“

Unbeantwortet bleiben allerdings Fragen nach den Ursachen: Sind die subjektive hohe Bewertung des Wissens- und Informationsaustauschs und der praktische Wissens- und Informationsaustausch ursächlich für die positive Entwicklung der eigenen unternehmerischen Tätigkeit? Hat das Networking innerhalb der Weiterbildung einen Anstoß zur positiven Entwicklung – insbesondere bei den zentralen Akteuren – gegeben? Oder haben die zentralen Akteure nur innerhalb der Weiterbildung fortgeführt, was sie auch außerhalb praktizieren? Gibt es persönliche Neigungen oder gar eine Disposition zum Networking bei unternehmerisch tätigen Personen, oder entwickeln sie diese erst durch die unternehmerische Tätigkeit? Die Ergebnisse des Projekts Unternehmertum in der Wissensgesellschaft haben vor allem eins bestätigt: Networking spielte und spielt bei der Entwicklung von unternehmerischen Fähigkeiten

und Kompetenzen eine wichtige Rolle. Ob Networking auf persönlichen Neigungen beruht oder erlernt werden kann, sei dahingestellt – vermutlich aber spielen beide Faktoren zusammen.

Literatur

- Aldrich, H./Zimmer, C. (1986):** Entrepreneurship Through Social Networks. In: Sexton, D. L./Smilor, R. W. (Hrsg.): The Art and Science of Entrepreneurship. Cambridge (Mass.): Ballinger, S. 2–23
- Burt, R. (1993):** The Network Entrepreneur. In: Swedburg, R. (1993): Explorations in Economic Sociology. Russell Sage Foundation. Wieder abgedruckt in: Swedberg, R. (2000): Entrepreneurship. Oxford: Oxford University Press, S. 281–307
- Dubini, P./Aldrich, H. E. (1991):** Personal and extended networks are central to the entrepreneurial process. Journal of Business Venturing 6: 305–313
- Falemo, B. (1989):** The Firm's External Persons. Entrepreneurs or Network Actors? Entrepreneurship & Regional Development 1: 167–177
- Haase, M. (2004):** Information und Interpretation: Wissensfragmentierung, Wissensrepräsentation und Wissensintegration in der Unternehmung. In: Wyssusek, B. (Hrsg. unter Mitarbeit von Martin Schwartz und Oliver Schliebs): Wissensmanagement komplex: Perspektiven und soziale Praxis, Berlin: Erich Schmidt, S. 55–83
- Müller-Prothmann, T. (2006):** Leveraging Knowledge Communication for Innovation. Framework, Methods and Applications of Social Network Analysis in Research and Development. Frankfurt a. M. et al.: Peter Lang.
- Shaw, E./Conway, S. (2000):** Networking and the Small Firm. In: Carter, S./Jones-Evans, D. (Hrsg.): Enterprise and Small Business. Harlow: Prentice Hall

Wie schätzen Unternehmer die Bedeutung des Wissens- und Informationsaustauschs ein?



photocase



Wir freuen uns auf Sie

Ernst Reuter (1889–1953) hatte als Oberbürgermeister von Berlin entscheidenden Anteil an der Gründung und Entwicklung der Freien Universität (FU). Immer wieder hat er sich für die Entstehung einer FU-Fördergesellschaft eingesetzt. Sein Wunsch wurde nach seinem Tod als Vermächtnis verstanden, und so wurde am 27. Januar 1954 die Ernst-Reuter-Gesellschaft (ERG) gegründet. Seit 2002 nimmt sich die ERG verstärkt Aufgaben der Ehemaligenarbeit der FU an.

Die ERG unterstützt und fördert die Freie Universität Berlin ideell und materiell, um sie als Ort geistiger Auseinandersetzung, demokratischer Kultur und innovativer Ideen zu erhalten und auszubauen.

Im Rahmen Ihrer Mitgliedschaft in der ERG erhalten Sie

1. Einladungen zu Veranstaltungen der ERG und der FU
2. einen Vollaccount mit E-Mail-Adresse über die ZEDAT, sofern nicht vorhanden
3. Ermäßigungen für FU-Veranstaltungen (*Collegium Musicum* und *Lange Nacht der Wissenschaften*)
4. 50% Ermäßigung für die Gasthörer-Card
5. Ermäßigungen für Weiterbildungsangebote
6. den Mitarbeiterarif beim Hochschulsport
7. das Magazin WIR für die Ehemaligen der FU (wir.morgenwelt.de)
8. auf Wunsch Zusendung der FU-Tagesspiegelbeilage und des Wissenschaftsmagazins »fundiert«
9. als Absolvent der FU mind. 3 Jahre Unterstützung durch den CareerService (www.fu-berlin.de/career)

Sie sind herzlich eingeladen, sich über die Arbeit der ERG zu informieren. Als Mitglied der ERG können Sie über Fachgrenzen und Studienzeit hinaus an Leben, Arbeit und Entwicklung der FU teilnehmen. Die ERG ist als gemeinnütziger Verein anerkannt. Spenden an die ERG sowie der Mitgliedsbeitrag sind steuerlich absetzbar.

Berliner Sparkasse, BLZ 100 500 00, Kto. 101 00 101 11
Mitgliedsbeiträge und Spenden
Berliner Sparkasse, BLZ 100 500 00, Kto. 101 01 523 58
Stifterfonds Ernst-Reuter-Stipendienprogramm

Unsere Aktivitäten

- ▶ Verleihung der Ernst-Reuter-Preise
- ▶ Verleihung der Ernst-Reuter-Stipendien
- ▶ Fundraising für den Stifterfonds des Ernst-Reuter-Stipendienprogramms
- ▶ Reuterianer-Forum
- ▶ Druckkostenzuschüsse zu Dissertationen
- ▶ Verwaltung von über 1400 Mitgliedern
- ▶ Verwaltung diverser Alumnivereine der FU
- ▶ Gesellschafter in der ERG Universitätservice GmbH
- ▶ Drittmittelverwaltung zweckgebundener Zuwendungen an Wissenschaftler / Innen der FU
- ▶ Herstellung von Kontakten zu Absolventen mit dem Ziel der Netzwerkbildung
- ▶ Möglichkeit der fachbereichsbezogenen Kapitelbildung in der ERG
- ▶ Vertretung der FU im alumni-clubs.net (Verband der Alumni-Organisationen im deutschsprachigen Raum e.V.)

ANTRAG AUF MITGLIEDSCHAFT

Ich möchte der Ernst-Reuter-Gesellschaft der Freunde, Förderer & Ehemaligen der Freien Universität Berlin e. V. wie folgt beitreten (bitte ankreuzen):

Mitgliedschaft / normal
(Mindestbeitrag 50,00 € / Jahr)

Mitgliedschaft / ermäßigt
(Mindestbeitrag 10,00 € / Jahr für Studierende und Ehemalige einschließlich der ersten drei Jahre nach Exmatrikulation, bitte Nachweis beilegen)

Institution / Firma
(Mindestbeitrag 150,00 € / Jahr)

Fördermitgliedschaft
Ich bin bereit, statt des Mindestbeitrags von 50,00 € eine jährliche Spende von _____ zu zahlen.

Ich möchte dem Kapitel _____ zugeordnet werden (optional)

GESCHÄFTSSTELLE:

Ernst-Reuter-Gesellschaft
c/o Freie Universität Berlin
Kaiserswerther Straße 16–18
14195 Berlin

Telefon Büro des Vorstandes: 030 – 83 85 70 38
Telefon Mitgliederverwaltung: 030 – 83 85 30 77
Telefax: 030 – 83 85 30 78
erg@fu-berlin.de
www.fu-berlin.de/alumni/erg

Hiermit beantrage ich die Mitgliedschaft in der Ernst-Reuter-Gesellschaft

Vorname _____ Name _____ E-Mail _____

Geburtsdatum _____ Akad. Grad/Titel/Funktion _____ Beruf/Position _____

Straße _____ PLZ, Ort _____ Telefon/Fax _____

Ich habe an der FU studiert von–bis _____

Ich war an der FU tätig von–bis _____

Ich möchte die FU-Tagesspiegelbeilage per Postversand ja nein
(www.fu-berlin.de/presse/publikationen/tsbeilage.html)

Ich möchte das Wissenschaftsmagazin »fundiert« per Postversand ja nein
(www.efenbeinturm.net/fundiert)

Ich bin einverstanden, dass die Angaben zu Vereinszwecken in einer rechnergestützten Adressdatei gespeichert werden. Alle Angaben sind freiwillig.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, die zu entrichtenden Zahlungen bei Fälligkeit zu Lasten des Kontos

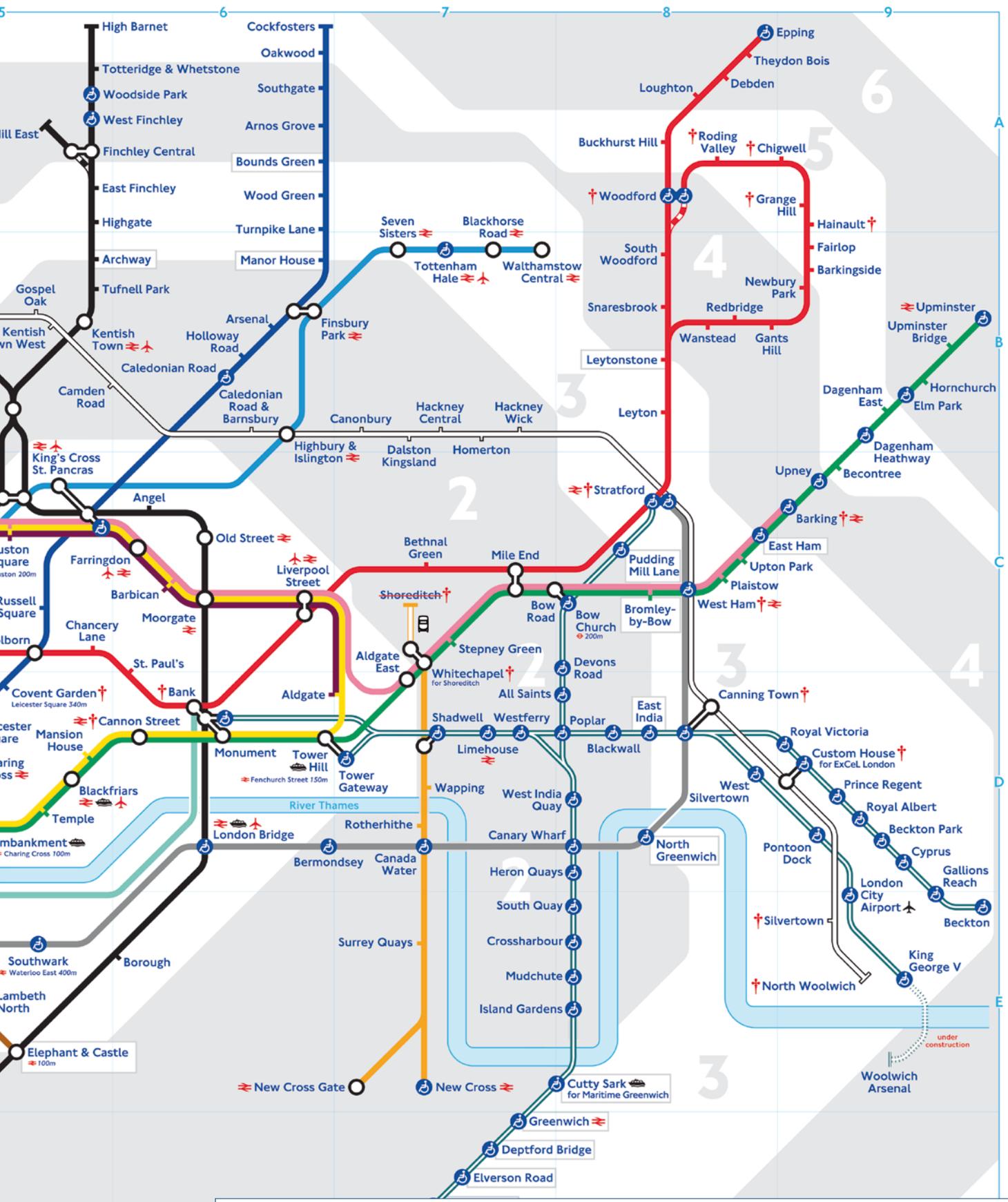
Kontoinhaber _____

Kontonummer _____ BLZ _____ Geldinstitut mit Ortsangabe _____

durch Lastschrift einzuziehen.

Datum _____

Unterschrift _____



Netzwerke verändern die
(Sicht der) Welt



CLAUDIO FRANZIUS UND MATTHIAS KÖTTER

Wir sehen die Welt durch Begriffe, die unsere Sicht bestimmen. Sie können erhellende oder verdunkelnde Wirkung haben. Doch wirken Begriffe nach beiden Seiten, indem das Erhellende im Zurückstellen anderer Perspektiven zum Vorschein kommt. So liegt es auch beim Begriff der Netzwerke, dem in den Sozialwissenschaften die Bedeutung eines Schlüsselbegriffs zugesprochen wird: Netzwerke verändern die Perspektive auf den Staat und das Recht.

Der historisch informierte Beobachter mag die Neuartigkeit des Phänomens mit guten Gründen bestreiten. Eine Beschreibung sozialer Netzwerke findet sich bereits in den Schriften von Norbert Elias, einem der einflussreichsten Soziologen des 20. Jahrhunderts. In jüngerer Zeit hat der Begriff jedoch besondere Aufmerksamkeit erhalten, etwa zur Beschreibung von Terror- oder Sicherheitsnetzwerken, aber auch zur Analyse der Verbindungen von öffentlichen und privaten Akteuren in transnationalen Strukturen. Netzwerke beschreiben die Gesellschaft und stellen das Hierarchiemodell des Staates in Frage. Begreift man den Staat weniger als juristische Person, sondern als Ensemble von öffentlichen Funktionen, wird die Polarität freilich entschärft. Der Staat ist nicht die Spitze der Gesellschaft, steht ihr nicht

Die Völkerrechtlerin Anne-Marie Slaughter der Princeton University sieht in Netzwerken die Weltordnung von morgen



Princeton University

gegenüber und überwölbt sie auch nicht. Vielmehr nimmt er an funktionalen Netzwerken teil, welche die Dichotomie von Kooperation oder Hierarchie unterlaufen. Eine Verschränkung der gegenläufigen Organisationsprinzipien ist nicht ungewöhnlich. Sie findet etwa in der Ordnungsidee des Verbundes für die Europäische Union eine institutionelle Verdichtung.

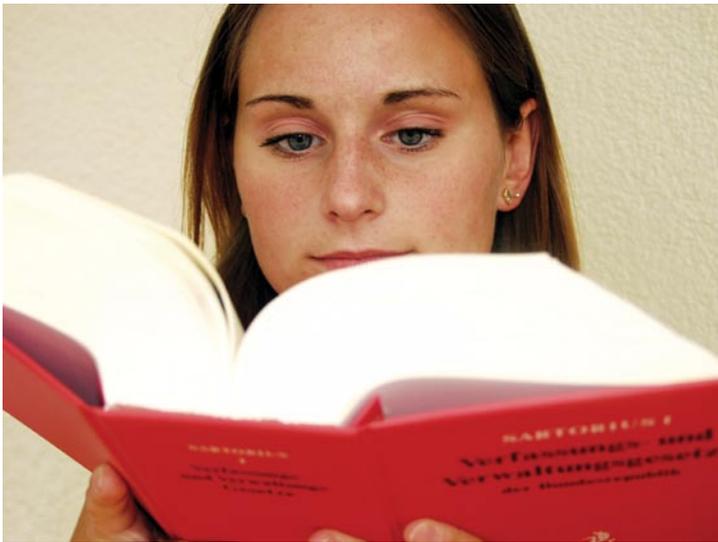
In der Globalisierungstheorie ist diese Sicht der Welt geradezu paradigmatisch. Hier verliert der Staat seinen Einfluss als Legitimationsinstanz. Neben die Staaten treten andere Akteure wie Nichtregierungsorganisationen oder transnationale Unternehmen, die spontan Recht zu erzeugen scheinen. Es verblasst die Souveränität, das wichtigste Attribut des Staates, aus dem nicht zuletzt seine Macht, Recht zu erzeugen, abgeleitet wird. Territoriale Grenzen sind durchlässig geworden, und transnationale Vernetzungen zur Gewährleistung von Aufgaben, die ehemals im Staat monopolisiert waren, lassen diesen disaggregieren: Anne-Marie Slaughter, meinungsmächtige Völkerrechtlerin aus Princeton, sieht in Netzwerken die Weltordnung von morgen. Aktion wird durch Interaktion, Dependenz durch Interdependenz ersetzt, die Unübersichtlichkeit wird zum Programm.

Globalisierungstheorie

Netzwerke laden ein, die Welt nicht in territorialen, sondern in funktionalen Grenzen zu denken. Die Veränderung der Staatenwelt ist eng verknüpft mit der sich wandelnden Welt der Begriffe, die zu ihrer Beschreibung eingesetzt werden und sie normativ beherrschbar machen sollen. Es geht nicht darum, den Funktionswandel des Staates resignativ als dessen Ende zu beklagen oder hoffnungsvoll als die Wiederkehr der bürgerlichen Gesellschaft zu feiern. Das in Deutschland proklamierte Bild „offener Staatlichkeit“ ist bisher nicht mehr als eine Beobachtung. Eine Theorie oder ein normatives Konzept wären darauf erst zu gründen. Der Netzwerkbegriff kratzt an den etatistischen Traditionsbeständen staatsrechtlichen Denkens in Deutschland, das schon die Europäische Union nicht richtig zu greifen bekommt.

Die Karriere des Netzwerkbegriffs scheint sich in der Soziologie schon dem Ende zuzuneigen, weil es – wie immer wieder betont wird – in der 15-jährigen Rezeption des Begriffs nicht gelungen sei, belastbare Folgerungen aus dem Modell zu entwickeln. In anderen Disziplinen wie der Rechtswissenschaft setzt seine Rezeption aber gerade erst ein.

Die mangelnde Trennschärfe des Begriffs und die Zurückstellung grundlegender Differenzen werden dabei hingenommen: Die Unterscheidungen von Staat und Gesellschaft, öffentlich und privat, innen und außen, national und international verschwimmen. Und



Die Rezeption des Netzwerkbegriffs setzt in der Rechtswissenschaft gerade erst ein

in der Folge verlieren auf diesen Begriffen aufbauende Konstruktionen an rechtlicher Steuerungskraft wie die Grundrechte als Abwehrrechte gegen den Staat, die Trennung von Polizei und Streitkräften sowie Nachrichtendiensten, aber auch die Unterscheidung von individuellem und kollektivem Interesse.

Dem Verlust dieser Differenzen korrespondiert andererseits ein Beschreibungsgewinn, auf dem neue Unterscheidungen aufbauen können, weil sie den zur Normanwendung relevanten Wirklichkeitsausschnitt besser in den Blick bekommen. Eine Reihe von Fragen schließt an diese Perspektive an: Ist der Akteur als Teil eines Netzwerks zu verstehen oder nicht? Hat er wenigstens einen Anspruch auf diskriminierungsfreie Entscheidung über

seine Teilnahme am Netzwerk? Folgt das Handeln einer spezifischen Netzwerklogik? Aber auch die Frage nach veränderten Legitimationsbegründungen, die über das Interesse der einzelnen Akteure im Netzwerk bestimmt werden, oder die Frage nach der Zurechnung von einzelnen Handlungen zum Netzwerk als Ganzem zeigen dem Recht neue Perspektiven und stellen es vor Herausforderungen.

Am Beispiel der Public Private Partnerships sind in jüngerer Zeit bereits eine Vielzahl der Fragen ohne den Netzwerkbegriff diskutiert worden. Diese Partnerschaften sind sektorenübergreifende Kooperationen zwischen der öffentlichen Hand und privaten Akteuren, die sich auf Dauer vertraglich aneinander binden. Sie dienen der Verfolgung eines gemeinsamen Ziels und nutzen Synergien bei der Zusammenarbeit, ohne jedoch ihre Identität aufzugeben. Dabei geht es um Formen formalisierter Vernetzung mehrerer Akteure, die unterschiedlichen Rechtsmaßstäben folgen. Bislang ist offen, nach welchem Recht die Handlungen der Partnerschaft als solcher zu bewerten sind, ob die Teilnahme an der Partnerschaft den Regeln des Vergaberechts zu folgen hat und welcher Haftung solche Netzwerke unterliegen – vor allem aber, ob sich aus den zu erfüllenden Aufgaben robuste Grenzen gegenüber einer Verschmelzung von Verwaltungseinheiten in den Partnerschaften ergeben. Ebenso fraglich ist, ob sich diese Partnerschaften sinnvoll verrechtlichen lassen.

Erst kürzlich hat eine Reihe europäischer Kommunen zusammen mit mehreren Handelsverbänden in Berlin das Netzwerk Vital Cities geschaffen, um Wirt-

Public Private Partnership

Die Allianz-Arena in München ist ein typisches und gut funktionierendes Beispiel für Public Private Partnership





Vital Cities

schaftspotenziale in den europäischen Städten und Regionen zu entfalten. Die privaten Organisationen werden in die Verantwortung genommen, gleichzeitig ist ihre Expertise gefragt. Public Private Partnerships finden sich auch bei einer Vielzahl neuerer Projekte im Städtebau und in der Stadtentwicklung. Die Erschließung des Potsdamer Platzes durch das Land Berlin zusammen mit den heute dort ansässigen Unternehmen ist ein ebenso schillerndes Beispiel wie die Errichtung der Münchener Allianz-Arena als eine Kooperation der Stadt München mit den dort spielenden Fußballvereinen und dem Unternehmen Allianz.

Doch können öffentlich-private Partnerschaften auch eine Strategie in der Sozialpolitik sein, wie der bereits 1993 zwischen dem Land Berlin und der Liga der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege geschlossene LIGA-Vertrag zeigt. Dieser verbindet eine eigenverantwortliche Mittelverwaltung zur Förderung von Einzelprojekten durch die Verbände mit der Pflicht zur Selbstregulierung durch ein ausgefeiltes Qualitätsmanagement. Die Befürworter solcher Partnerschaften sehen Vorbilder in England, wo die große Verknüpfungswelle bereits Ende der 1980er Jahre einsetzte. In Deutschland erscheint es bisher nicht vorstellbar, dass eine komplette Kommunal- oder Landkreisverwaltung in die Hände eines privaten Dienstleisters gelegt wird – das Bertelsmann-Unternehmen Arvato führt dies in der englischen Gemeinde North-East Riding seit Kurzem vor.

Das viel beachtete Beispiel East-Riding zeigt, dass sich öffentlich-private Partnerschaften keineswegs auf den nationalen Rahmen beschränken. Der Dritte Sektor, in dem die Verbindungen von staatlichen und privaten Akteuren angesiedelt sind, bricht die nationalen Grenzen im Zeichen von Europäisierung und Globalisierung auf. Partnerschaften deutscher Verwaltungen mit transnational agierenden Unternehmen haben Ziele, die sich nicht mehr in den staatlichen Grenzen erreichen lassen. Aus einer legitimationsrechtlichen Sicht macht es dabei keinen Unterschied, ob die (transnationale) Betätigung der deutschen Verwaltungsstelle in Partnerschaften

oder in einem Netzwerk öffentlicher Verwaltungen erfolgt. Denn in jedem Fall verbindet sich die legitimationsbedürftige staatliche Stelle mit einem anderen, außerhalb der Legitimationskette des hierarchischen Staatsaufbaus stehenden Akteur und unterwirft sich damit der Handlungslogik der Kooperation. Transnationale Netzwerke lassen überdies neue Bindungen zwischen den Staaten jenseits des „Monopols“ der Außenvertretung bei den Regierungen entstehen. Die Attraktivität des Netzwerkbegriffs wird vielfach in seiner ergebnisorientierten Handlungslogik gesehen: Die Teilnehmer können sich dieser Logik bei der Ver-



Steht ganz im Zeichen des Themas Netzwerk: die 47. Assistententagung Öffentliches Recht

Organisation und Netzwerk zugleich: die NATO

Organisation und Netzwerk zugleich: die NATO



NATO

Dr. Claudio Franzius



Geboren am 12. Juni 1963 in Hannover. Studium der Ethnologie und der Rechtswissenschaft in Montpellier und an der Freien Universität Berlin. 1999 Promotion an der Humboldt-Universität zu Berlin über ein umweltrechtliches Thema. Von 2000 bis 2003 wissenschaftlicher Koordinator des Postgraduierten-Studiengangs Europawissenschaften. Seit 2004 wissenschaftlicher Assistent am Fachbereich

Politik- und Sozialwissenschaften der Freien Universität. Lehr- und Forschungsschwerpunkte im europäischen Verfassungsrecht, dem allgemeinen Verwaltungsrecht und den rechtlichen Grundlagen der Politik. Habilitation zum Gewährleistungsstaat. Weitere Informationen unter www.fu-berlin.de/europa.

Kontakt

Freie Universität Berlin, Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften
Arbeitsstelle Europäische Integration
Inhnestraße 22, 14195 Berlin
Tel.: 030 – 838 534 70
E-Mail: claudio.franzius@rz.hu-berlin.de

Matthias Kötter



Geboren am 15. Oktober 1973 in Regensburg. Studium der Rechtswissenschaft und Politologie in Bonn und an der Humboldt Universität zu Berlin. Juristische Staatsexamen 1999 und 2005. Von 2000 bis 2005 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Humboldt-Universität zu Berlin an den Lehrstühlen für Öffentliches Recht bei Prof. Dres. Alexander Blankenagel und Gunnar Folke Schuppert. Dissertation zum

Wandel von Sicherheits- und Freiheitsbegriffen im Spiegel neuerer juristischer Sicherheitsdebatten. Seit 2006 wissenschaftlicher Mitarbeiter im SFB 700 im Teilprojekt „Rechtsstaatlichkeit als Governance-Ressource in Räumen begrenzter Staatlichkeit“.

Kontakt

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung
SFB 700: Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit: Neue Formen des Regierens?
Binger Straße 40, 14197 Berlin
Tel.: 030 – 838 585 27
E-Mail: koetter@wz-berlin.de

folgung der Ziele bedienen, müssen sich aber auf keine institutionelle Verfestigung einlassen. Flexibilität steht im Vordergrund und quer zu dem für das deutsche Recht mit Blick auf demokratische Legitimation und rechtsstaatliche Handlungsbindungen charakteristischen Modell einer durchgehenden rechtlichen Festlegung der Verwaltung. Verfassungsrechtliche Schwierigkeiten zeigen sich hier zunehmend, in jüngerer Zeit etwa bei genossenschaftlich organisierten Wasserverbänden, wo die Gemeinde im Rahmen ihrer Satzungsbefugnis ein Netzwerk der Nutzer eingerichtet hat, das rechtsverbindliche Entscheidungen auch gegenüber Nichtmitglieder treffen konnte. Das Bundesverfassungsgericht hat diese Form der funktionalen Selbstverwaltung erst einmal akzeptiert.

In verschärftem Maße kehrt das Problem in transnationalen Sicherheitsnetzwerken wieder, wie sie zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus von Sicherheitsbehörden und Nachrichtendiensten bestehen. Die jedenfalls formal nichthierarchischen Kooperationen zwischen Sicherheitsinstitutionen jenseits ihrer funktionalen und der damit einhergehenden rechtlichen Gestaltung mag die Effektivität eines transnationalen Sicherheitsapparates mit Blick auf eine Weltinnenpolitik erhöhen und Sicherheitslücken ausräumen. Gleichzeitig überbrücken sie rechtsstaatliche Sollbruchstellen wie das Trennungsgesamt von Polizei- und Nachrichtendiensten oder von nationalen und ausländischen Polizeibehörden. Verbünde wie Europol oder auch die Nato werden durch Aufgabenzuweisungen und Organisations- und Verfahrensregeln rechtlich eingefasst. Doch lässt sich diese Strategie auf Kooperationen jenseits verfestigter und formalisierter Organisationen nur schwer übertragen.

Die Grenzen eines Denkens in klassischen Hierarchien deuten sich schon seit längerer Zeit bei den Netzwirtschaften an. Darunter werden die Branchen verstanden, in denen öffentliche Dienstleistungen auf Netzen erbracht werden. Ihre Regulierung obliegt der Bundesnetzagentur als selbstständiger Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie. Das gilt für die Post, Telekommunikation, Energie und eingeschränkt auch für die Eisenbahn. Bemerkenswert an dieser institutionellen Lösung ist die europarechtlich veranlasste Entkopplung aus der unmittelbaren Verantwortung des Ministers, was Steuerung und Legitimation betrifft. Die Regulierung, die bei den ehemaligen Staatsmonopolen Wettbewerb überhaupt erst ermöglicht, zeichnet sich durch eine relative Distanz zur politischen Spitze aus. Vieles spricht dafür, einen flexiblen Handlungsspielraum der Regulierungsbehörde anzuerkennen, der weder politisch noch rechtlich voll kontrolliert wird. Dahinter



verbirgt sich die Vermutung, dass Märkte, die einer besonderen Machtkontrolle bedürfen – man denke nur an den Energiesektor – durch eine rechtlich und faktisch unabhängige Instanz besser zum Wohle der Allgemeinheit überwacht werden können. Dass der Regulierer seinerseits auf das Wissen der regulierten Unternehmen zurückgreifen muss, wird dabei in Kauf genommen.

Der Entkopplung von vertikalen Steuerungshierarchien korrespondiert nun eine Neuverkopplung von Regieren und Recht jenseits des Staates: Der Vernetzung der Netzwirtschaften folgt die Vernetzung der Regulierung. Es kommt zur Einschaltung der Kommission in das Kooperationsgefüge der staatlichen Regierungsbehörden, die ihrerseits in den Stand versetzt werden, die europäische Rechtsetzung mitzubestimmen. Das ist mehr als nur der Ausdruck wachsenden Bedarfs an technischer Abstimmung, sondern spiegelt einen regulierungspolitischen Trend transnationaler Vernetzung der Rechtsverwirklichung.

Besonders ausgeprägt ist dieses Modell im europäischen Telekommunikationsrecht. Es legt den nationalen Regierungsbehörden eine Reihe von Konsultations- und Abstimmungspflichten auf und ermöglicht so eine Vernetzung der Regierungsbehörden. Die Europäische Kommission schaltet sich in die informelle

Zusammenarbeit der Behörden ein und hat mit der European Regulators Group die Kooperation unter ihrer Beteiligung institutionalisiert. Dieses Netzwerk koordiniert die Entscheidungen der Regierungsbehörden und kompensiert die partielle Herausnahme aus der nationalen Steuerung. Das geschieht nicht nur durch die Berücksichtigung von Empfehlungen und Stellungnahmen der Kommission, sondern auch solcher der anderen Regierungsbehörden aus den Mitgliedstaaten der Union.

Das deutsche Telekommunikationsgesetz verpflichtet die Bundesnetzagentur in diesem Sinne, bei wichtigen Entscheidungen den Stellungnahmen der nationalen Regierungsbehörden weitestgehend Rechnung zu tragen – etwa über den Netzzugang der Wettbewerber oder bei der Endnutzerregulierung. Das ist mehr als nur die bloße Kenntnisnahme. Die Behörde kann nur dann die Stellungnahme begründet zurückweisen, wenn das europäische Recht einer Berücksichtigung entgegensteht. Die Bundesnetzagentur entscheidet weiterhin auf der Grundlage nationalen Rechts, aber das europäische Recht gestaltet – am nationalen Gesetzgeber vorbei – den Vollzug und trägt zu einer einheitlichen Regulierungskultur bei. Das hat Konsequenzen: Nicht allein die Kommission steuert Entscheidungen der Mitgliedstaaten. Auch die

Netzwerk EU: regieren im Mehr-Ebenen-System



photocase



In Europa entscheiden auch andere Länder über die Telefonrechnungen in Deutschland

maltesische Regulierungsbehörde entscheidet mit über die Höhe der Telefonrechnungen in Deutschland. Die horizontale Dimension der Rechtserzeugung gewinnt auch in anderen Feldern des europäischen Verbundes an Bedeutung, wo der Bürger sich keiner klar erkennbaren Hoheitsgewalt mehr gegenüber sieht, sondern gesetzlich nur schwach festgelegten Entscheidungen der Mitgliedstaaten. Was in der Europäischen Union selbst für einschneidende Maßnahmen wie den europäischen Haftbefehl noch für erträglich gehalten werden mag, wirft im internationalen Maßstab gewaltige Legitimationsfragen auf. Soll der Ausweg in einer transnationalen Zivilgesellschaft liegen, so wird man diese umso eher gestalten können, je deutlicher von Einheitspostulaten Abstand genommen wird. Aber die Legitimation bleibt dünn. Die Tiefenwirkung der Transnationalisierung wird weiter zunehmen. Grundlegende Gemeinschaftsleistungen, wie sie im klassischen Kanon der Staatsfunktionen Sicherheit, Herrschaft und Wohlfahrt zum Ausdruck kommen, sind heute unter den Bedingungen von Europäisierung und Globalisierung zu erbringen. Schon hier wird das Nebeneinander von alten und neuen For-

men des Regierens sichtbar. Noch deutlicher werden solche „weichen“ Formen des Regierens unter den Bedingungen schwacher Staatlichkeit, wie sie unter einem Fragezeichen des in diesem Jahr eingerichteten Sonderforschungsbereichs 700 „Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit“ stehen. Governance ist der paradigmatische Begriff, mit dem untersucht wird, wie Gemeinschaftsgüter heute erbracht werden, wobei dem Netzwerk die Funktion eines plausiblen Wirklichkeitsmodells zukommt.

Es ist offen, ob es gelingen wird, die neue Sicht der Welt ebenso dicht auszugestalten, wie wir es von der alten gewohnt waren. Dem konzeptionellen Verlust der Hierarchie folgt eine Verflüchtigung der Rechtfertigungsinstanz. Muss also der Staat neu gedacht werden? Wir haben uns angewöhnt, Politik und Recht in der vertikalen Dimension zu denken, Häuptlinge und Chefs zu benennen, um Verantwortung an ihnen festzumachen. Dies ist eine wesentliche Voraussetzung unserer Rechts- und Gerechtigkeitsvorstellung. Wir brauchen einen Ort für Projektionen, für Hoffnungen und Ängste, zumeist in einer zentralen Instanz, wenn nicht im Staat, so doch im Parlament. Und wenn wir Herrschaft nicht greifen können, zielen demokratische Aneignungsprozesse ins Leere. Diese Schwierigkeiten unter Einbeziehung einer horizontalen Sichtweise zu bewältigen, ist eine zentrale Aufgabe von (Rechts-)Wissenschaft im 21. Jahrhundert.

Die 47. Assistententagung Öffentliches Recht, die im kommenden Jahr von der Freien Universität und der Humboldt-Universität gemeinsam veranstaltet wird, will sich dieser Herausforderung stellen: ihr wissenschaftliches Programm widmet sich dem Thema Netzwerke.

Literatur

- Boysen, Sigrid u.a. (Hrsg.)**, Netzwerke, erscheint 2007.
- Bundesministerium des Innern (Hrsg.)**, Verwaltungskooperationsrecht (Public Private Partnerships). Gutachten von Gunnar Folke Schuppert und Jan Ziekow, 2001.
- Castells, Manuel**, The Rise of the Network Society. The Information Age Bd. I, 1996.
- Gusy, Christoph**, Die Vernetzung innerer und äußerer Sicherheitsinstitutionen in der Bundesrepublik Deutschland, in: Werner Weidenfeld (Hrsg.), Herausforderung Terrorismus, 2004, S. 197 ff.
- Kenis, Patrik/Schneider, Volker (Hrsg.)**, Organisation und Netzwerk. Institutionelle Steuerung in Wirtschaft und Politik, 1996.
- Ladeur, Karl-Heinz**, Der Staat gegen die Gesellschaft, 2006.
- Möllers, Christoph**, Netzwerk als Kategorie des Organisationsrechts. Zur juristischen Beschreibung dezentraler Steuerung, in: Janbernd Oebbecke (Hrsg.), Nicht-Normative Steuerung in dezentralen Systemen, 2005, S. 285 ff.
- Schuppert, Gunnar Folke (Hrsg.)**, Governance-Forschung. Vergewisserung über Stand und Entwicklungslinien, 2005.
- Slaughter, Anne-Marie**, A New World Order, 2004.
- Teubner, Gunther**, Netzwerk als Vertragsverbund, 2004.
- Trute, Hans-Heinrich**, Der europäische Regulierungsverbund in der Telekommunikation, Festschrift für Peter Selmer, 2004, S. 585 ff.



Soziales Netzwerk Familie

Wie viel unterstützt sie, wie viel betreut sie, wie wichtig ist sie ?



C. KATHARINA SPIESS UND JÜRGEN SCHUPP

Trotz niedriger Geburtenziffern und einer jährlich steigenden Zahl an Scheidungen hat die Familie keineswegs in den vergangenen Jahren an Bedeutung verloren. Im Gegenteil. Die diesjährige Shell Jugendstudie mit dem Themenschwerpunkt „Jung und Alt“ ergab: Fast dreiviertel der Jugendlichen sind der Meinung, man brauche eine Familie, um wirklich glücklich leben zu können. Der Rückhalt im privat-familiären Bereich, so die Studie, entschärfe in Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit Spannungen, biete Sicherheit, sozialen Rückhalt und emotionale Unterstützung. Im Vergleich zu früheren Studien ist sogar ein Bedeutungszuwachs der Familie zu verzeichnen.

Familie wird also gewünscht, da sie sich unabhängig von ihrer konkreten Form immer auf andere bezieht, die grundsätzlich Hilfe und Unterstützung leisten können. Solche Funktionen, die in familiären Beziehungen verblieben sind, werden vielfach unterschätzt. Nicht nur die finanziellen Ressourcen sind für den Lebensstandard von Bedeutung, sondern auch Dienst-

leistungen, die innerhalb eines Haushalts beziehungsweise im Netzwerkverbund innerhalb der Familie produziert und ausgetauscht werden. Familie ist – so wird es von vielen empfunden – der Gegenspieler zum Individualismus. Bei ihr geht es, wie es beispielsweise die Autoren des 7. Familienberichts der Bundesregierung formulieren, um die Herstellung gemeinschaftlicher Güter. Familie heißt Geborgenheit, Vertrautheit, gemeinsame Zukunftsorientierung und das Teilen von Absichten. Es geht auch um die Unterstützung und Hilfe, die in der Regel ohne eine monetäre Gegenleistung erfolgt. Das schließt nicht aus, dass unter Familienmitgliedern auch Geldbeträge fließen, wenn beispielsweise Eltern ihre Kinder oder deren Ausbildung finanzieren oder Erbschaften anstehen. Familie ist also ein Netzwerk besonderer Art.

Familienwissenschaftler beleuchten das vielfältige Netzwerk „Familie“ aus unterschiedlichen Perspektiven. Ein breiter sozialwissenschaftlicher Forschungszweig beschäftigt sich mit sozialen Netzwerken und analysiert auch die Familie als ein sogenanntes informelles soziales Netzwerk. Bei beiden Wissenschaftsbereichen steht die Frage im Mittel-

Familienwissenschaft

Ohne die Unterstützung der Familie oft nicht möglich: eine Ausbildung oder ein Studium



pixelquelle

punkt, welchen Stellenwert das Netzwerk Familie tatsächlich einnimmt, für welche Lebensbereiche es wirksam ist, wie es begründet wird und wie es sich über den Lebensverlauf hinweg verändert.

Hilfs- und Unterstützungsleistungen innerhalb der Familie sind insbesondere in spezifischen Lebens- und Bedarfslagen wichtig. Über den Lebensverlauf von Familien hinweg geht es dabei vor allem um Phasen, in denen jüngere Kinder oder hilfe-beziehungsweise pflegebedürftige Familienangehörige betreut werden müssen. Familiäre Netzwerke sind, so eine wichtige Forschungshypothese, bei der Durchführung und Erfüllung von „Care-Aufgaben“ von zentraler Bedeutung. Um die Wirksamkeit und Bedeutung familiärer Netzwerke im Lebensverlauf von Individuen empirisch zu prüfen, sind Datengrundlagen notwendig, die Informationen über die Unterstützung der Familie bei der Betreuung von Kindern sowie hilfe- und pflegebedürftigen Angehörigen liefern.

Prof. Dr. C. Katharina Spieß



Geboren am 12. Mai 1966. Nach einem Studium der Volkswirtschaftslehre und Politischen Wissenschaft an der Universität Mannheim promovierte sie 1996 an der Ruhr-Universität Bochum und arbeitete dort auch als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Sozialpolitik und öffentliche Wirtschaft. Von 1997 bis 2000 war sie Projektleiterin bei der Prognos AG in Basel und Berlin. Im Anschluss Mitarbeit

in der Forschergruppe des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) am DIW Berlin. 2005 habilitierte sie sich an der Technischen Universität Berlin. Längere Forschungsaufenthalte in den USA und den Niederlanden. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der Familienwissenschaften und Bildungsökonomien, und sie war unter anderem Mitglied der Sachverständigenkommission des 7. Familienberichts. Seit 2006 ist Katharina Spieß Professorin für Familien- und Bildungsökonomie im Bereich der frühen Kindheit an der Freien Universität. Dabei handelt es sich um eine gemeinsame Berufung der Freien Universität Berlin und des DIW Berlin.

Kontakt

Prof. Dr. C. Katharina Spieß

Freie Universität Berlin

Habelschwerdter Allee 45, 14195 Berlin

DIW Berlin, Sozio-oekonomisches Panel (SOEP)

Tel.: 030 – 838 546 64

Fax: 030 – 838 540 24

E-Mail: ckspiess@zedat.fu-berlin.de

Eine breite und repräsentative Datenbasis, die entsprechende Informationen enthält, ist das Sozio-oekonomische Panel (SOEP). Das SOEP liefert als jährliche Wiederholungsbefragung in privaten Haushalten eine empirische Datengrundlage, die ein Bild über das Leben in Deutschland und damit auch die Familie als Netzwerk ermöglicht.

Das Sozio-
oekonomische
Panel

Das Sozio-oekonomische Panel liefert durch Befragungen ein gutes Bild über das Leben in Deutschland

Seit 1984 in Westdeutschland und seit 1990 auch in Ostdeutschland werden bei dieser Erhebung Personen zu Themen wie die Haushaltszusammensetzung, Erwerbs- und Familienbiografie, Erwerbsbeteiligung und berufliche Mobilität, Einkommensverläufe, Gesundheit und Lebenszufriedenheit befragt. Inzwischen umfasst dieser Datensatz Informationen von über 26.000 Personen, die in mehr als 11.000 Haushalten zusammenleben.

Analysiert man diese Datenbasis in Hinblick auf die Frage, inwiefern zusätzlich zu den Eltern weitere Familienmitglieder die Betreuung von Kindern unterstützen, so zeigt sich, dass insbesondere bei der Betreuung von sehr jungen Kindern weiteren Familienmitgliedern tatsächlich eine zentrale Bedeutung zukommt. In den ersten Lebensjahren werden im Durchschnitt neun Prozent der Kinder ausschließlich durch die Mutter betreut. Über 80 Prozent der Kinder werden durchschnittlich 17 Stunden in der Woche von ihrem Vater beziehungsweise dem Partner der Mutter betreut. Die Großeltern betreuen die Hälfte der Kinder in diesem Alter, wobei der durchschnittliche Betreuungsumfang sieben Stunden in der Woche beträgt. In den beiden ersten Lebensjahren helfen bei neun Prozent der Kinder die älteren Geschwister bei der Betreuung – fast genauso hoch ist der Anteil an der Betreuung, der durch weitere Verwandte geleistet wird, wobei der Umfang hier mit vier bis fünf Stunden pro Woche geringer ist. Formale Betreuungsformen, wie eine Tagesmutter oder Kindertageseinrichtung, haben bei dieser Altersgruppe eine geringere Bedeutung. Das ändert sich jedoch mit zunehmendem Alter der Kinder. So zeigen die Ergebnisse des SOEP für das Jahr 2005, dass zwar noch die Hälfte der dreijährigen Kinder von den Großeltern betreut wird, über zehn Prozent von den älteren Geschwistern und etwa acht Prozent von anderen Verwandten. Jeweils



sechs Prozent werden von einer Tagesmutter oder Kinderfrau betreut, während bereits 30 Prozent der Kinder eine Kindertageseinrichtung besuchen.

Wird die Betreuung von Kindern im Kindergartenalter untersucht, also der Gruppe von Kindern im Alter von drei Jahren bis zum Schuleintritt, so zeigt sich, dass über ein Drittel der Kinder regelmäßig von Verwandten betreut wird, die außerhalb des Haushalts leben. Dies trifft auf das gesamte Bundesgebiet zu. Hinzu kommen diejenigen Kinder, die zum Beispiel von Großeltern betreut werden, mit denen sie unter einem Dach leben. Institutionalisierte Formen der Betreuung in Kindertageseinrichtungen gewinnen gleichwohl an Bedeutung. Dreiviertel der Kinder in dieser Altersgruppe besuchen in Westdeutschland eine solche Einrichtung, in Ostdeutschland sind es noch mehr.

Der Anteil der Verwandten, die außerhalb eines Haushalts leben, und trotzdem die Eltern bei der Kinderbetreuung regelmäßig unterstützen, nimmt mit dem Alter des Kindes zwar ab – in Westdeutschland beträgt er bei Schulkindern aber immerhin noch gut 20 Prozent und in Ostdeutschland 30 Prozent.

Bemerkenswert ist, dass in Ostdeutschland die informelle Betreuung durch Verwandte häufig mit einer Betreuung in einer Kindertageseinrichtung kombiniert wird, während in Westdeutschland die Verwandtenbetreuung – neben der Betreuung durch die Eltern – häufiger die alleinige Betreuungsform darstellt. Dies trifft sowohl auf Kinder im Kindergartenalter als auch auf Schulkinder zu. Die Ursachen sind wohl auch in der unterschiedlichen Angebotsstruktur in den beiden Teilen Deutschlands zu finden: In Ostdeutschland sind nahezu flächendeckend ganztägige Betreuungsangebote in Kindertageseinrichtungen vorhanden, während in Westdeutschland weiterhin Halbtagsangebote vorherrschen, die bei einer Erwerbstätigkeit der Eltern häufig alternative Betreuungsarrangements notwendig machen.

Es ist auch bemerkenswert, dass selbst die potenzielle Möglichkeit einer Betreuungsleistung durch Verwandte mit familiären Entscheidungen zusammenhängt. So zeigen einschlägige Analysen, dass die Entscheidung für ein Kind wahrscheinlicher ist, wenn die Großeltern in der Nähe der zukünftigen Eltern leben. Dieser Befund trifft jedoch nur auf Westdeutschland zu, während die institutionelle Betreuungsinfrastruktur in Ostdeutschland die Entscheidung für ein Kind signifikant beeinflusst.

Im europäischen Vergleich nimmt Deutschland bei der Betreuung durch Verwandte und Großeltern eine mittlere Position ein. Dies zeigen die neuesten „Share-Daten“, die in einer repräsentativen Befragung von über 50-Jährigen in Europa ermittelt wurden. Wenig überraschend dabei: In südeuropäischen Ländern leisten

	Großeltern	Ältere Geschwister	Anderer Verwandte	Tagesmutter	Kinderfrau	Kita	Sonstige
Kinder in den ersten beiden Lebensjahren	48	9	8	2		2	9
Kinder im dritten Lebensjahr	52	12	8	6	6	31	10

Betreuung von Kindern in den ersten Lebensjahren (in Prozent der Kinder in der jeweiligen Altersgruppe)

Quelle: SOEP 2003–2005, eigene Berechnungen.

	Westdeutschland					Ostdeutschland				
	Kita	Tagesmutter	Verwandte	Freunde	Bezahlte Betreuungsperson	Kita	Tagesmutter	Verwandte	Freunde	Bezahlte Betreuungsperson
3–6,5 Jahre	74	3	33	6	2	86	2	36	7	2
> 6,5 Jahre			21	3	3			30	3	2

Betreuung von Kindern nach Altersgruppen (in Prozent der Kinder in der jeweiligen Altersgruppe)

Quelle: Büchel und Spieß (2002)

	Vater	Mutter	Bruder / Schwester	Eine andere verwandte Person	Meine feste Freundin / Freund	Meine beste Freundin / Freund	Ein Lehrer / eine Lehrerin	Meine Clique / Gruppe der ich angehöre	Eine sonstige Person
1983–1985 Geborene	81	95	73	59	65	87	15	70	28
1986–1988 Geborene	81	97	75	59	55	85	17	72	27

Wichtigkeit folgender Menschen für das Leben eines 16-Jährigen

Quelle: SOEP 2000–2005, eigene Berechnungen

Großmütter bei der Betreuung ihrer Enkel einen größeren Beitrag, und sie verbringen im Mittel mehr Zeit mit ihren Enkeln. In den skandinavischen Ländern zeichnet sich ein anderes Bild: Dort verbringen Großmütter durchschnittlich weniger Zeit mit der Betreuung ihrer Enkel. Über den jeweiligen Grad der Zuneigung zwischen den Generationen erlaubt diese Erkenntnis jedoch keinerlei Rückschlüsse. Diese Betrachtung auf Makroebene bestätigt viel eher die Vermutung, dass sich Verwandtenbetreuung und institutionelle Betreuungsformen gegenseitig ergänzen oder ersetzen. Der Auf- und Ausbau des modernen europäischen Wohlfahrtsstaats hatte die Familie in der Vergangenheit von vielerlei „familiären Unterstützungsleistungen“ entlastet. Bei den derzeitigen Defiziten in der öffentlich finanzierten Versorgung kann es aber durchaus wieder

	Man braucht eigene Kinder	Man kann ohne Kind genauso glücklich leben	Man kann ohne Kind glücklicher leben	Unentschieden / weiß nicht
1983–1985 Geborene	33	33	7	27
· Jungen	30	33	8	29
· Mädchen	36	33	6	25
1986–1988 Geborene	39	30	6	25
· Jungen	38	25	9	28
· Mädchen	40	35	3	22

Bedeutung von eigenen Kindern für ein glückliches Leben für 16-Jährige

Quelle: SOEP 2000–2005, eigene Berechnungen

zu Rückverlagerungen von Leistungen in die Familie kommen.

Für Jugendliche im Alter von 16 Jahren spielen neben der Familie zunehmend auch persönliche Beziehungen im Netzwerk des privaten Freundeskreises eine große Rolle. Die Ergebnisse des SOEP belegen, dass die Mutter für 16-Jährige mit rund 95 Prozent immer noch eine wichtige beziehungsweise sehr wichtige Bezugsperson darstellt. Der beste Freund oder die beste Freundin nimmt bei den Befragten mit rund 85 Prozent Platz zwei ein, gefolgt vom Vater mit 81 Prozent.

Doch auch bei den heutigen Jugendlichen folgt an vierter Stelle der Wichtigkeit nicht etwa die Clique oder Jugendgruppe, sondern die Geschwister, die für drei-

viertel aller Jugendlichen eine wichtige Bedeutung im Leben haben. Differenziert man die Befunde bei den 16-Jährigen, so steigt tendenziell die Bedeutung der Familie. Auch hinsichtlich der Frage, ob zum Glücklichen sein Kinder gehören, zeigen die Ergebnisse der Langzeitstudie, dass die Überzeugung ansteigt, „eigene Kinder zum Glücklichen zu brauchen“.

Eigene Kinder

So stieg die Zustimmung bei den befragten 16-Jährigen in der Antwortkategorie „eigene Kinder“ von 33 auf 39 Prozent. Die Zustimmung ist bei Mädchen jeweils etwas größer als bei Jungen. Bei der Bewertung dieser Ergebnisse ist aber auch zu berücksichtigen, dass jeweils rund ein Viertel aller Jugendlichen zu dieser Frage im Alter von 16 Jahren noch unentschieden war.

Unterstützungspotenziale bleiben jedoch auch bis ins hohe Alter in familiären Netzen wirksam. Nach Berechnungen des SOEP lebte im Jahr 2001 zwar rund ein Drittel aller 60-Jährigen und Älteren in Einpersonenhaushalten (bei Frauen liegt der Anteil sogar bei 46 Prozent und bei Männern bei 17 Prozent), die Hälfte konnte jedoch auf ein potenzielles Unterstützungsnetzwerk von Söhnen oder Töchtern zurückgreifen, das innerhalb einer Stunde erreichbar war. Zählt man auch sonstige Verwandte und Partner außerhalb des Haushalts hinzu, so verbleiben von dem einen Drittel der 60-Jährigen, die in Einpersonenhaushalten leben, lediglich rund sieben Prozent, die gänzlich ohne familiäres Netzwerk in Privathaushalten leben.

Für 16-Jährige sind die Eltern nach wie vor die wichtigsten Bezugspersonen. Väter folgen allerdings erst nach der Mutter auf Platz drei



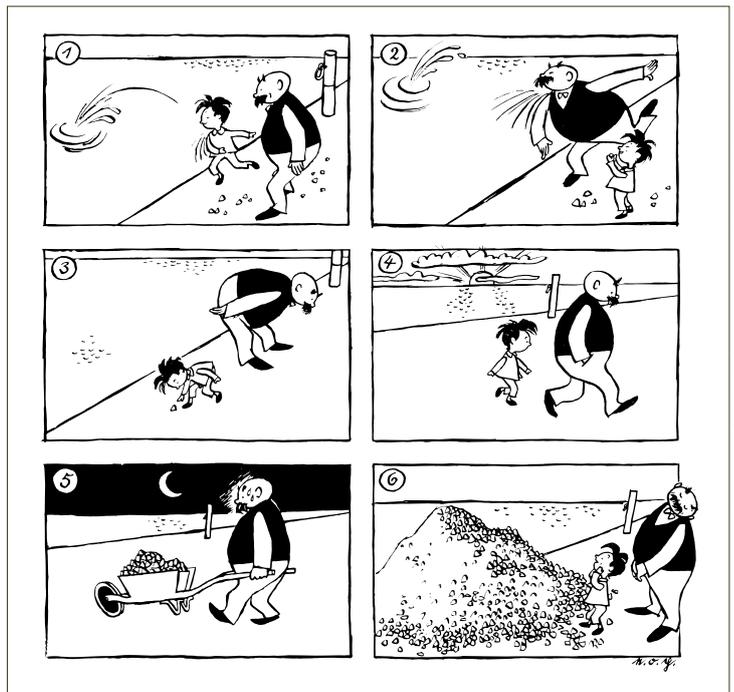
photocase



Bei der Analyse von Betreuungsleistungen, die von Familienmitgliedern für hilfe- und pflegebedürftige Angehörige erbracht werden, erweist sich erneut die hohe Bedeutung familiärer Netzwerke. Mehrheitlich werden pflegebedürftige Angehörige in privaten Haushalten betreut. Töchter oder Schwiegertöchter stellen den größten Anteil unter den Pflegepersonen. Zusätzlich sind es insbesondere deren Ehepartner, die etwa 20 Prozent aller Pflegepersonen ausmachen.

Empirische Studien belegen zudem, dass Eltern bevorzugt innerhalb der Familie betreut werden: Nahezu 40 Prozent der Befragten wollen, dass die Eltern im Bedarfsfall bei den eigenen Kindern aufgenommen werden. Im Durchschnitt präferieren zehn Prozent eine Versorgung in einem Heim, und etwa 20 Prozent sprechen sich für ambulante Pflegedienste aus. Diese Bereitschaft zur innerfamiliären Unterstützung im Pflegefall zeigt sich auch im hohen zeitlichen Engagement der Erwachsenen bei der Versorgung und Betreuung von Pflegebedürftigen. Nach den Ergebnissen des SOEP beteiligten sich rund fünf Prozent aller erwachsenen Männer und knapp acht Prozent aller Frauen an dieser Arbeit. Männer leisteten an einem durchschnittlichen Wochentag zweieinhalb Stunden Pflegearbeit, Frauen rund drei Stunden.

Bei der Frage nach den Hintergründen, warum Familienangehörige „Care-Aufgaben“ übernehmen, können unterschiedliche theoretische Konzepte unterschieden werden. In der Ökonomie werden „Care-Aufgaben“ häufig als nicht-monetäre Transfers zwischen den Generationen betrachtet, die monetäre Transfers ergänzen oder sogar ersetzen. Bei familiären Hilfeleistungen werden zwei Verhaltensannahmen vermutet: Zum einen wird Individuen ein altruistisches Verhalten unterstellt.



© Süderverlag 2009/Erich Ohser/Leopold: Vater und Sohn – Sämtliche Striche und Abenteuer www.vaterundsohn.de / ISBN 978-3-87800-042-6

Vater und Sohn – schon immer eine besondere Beziehung, und das nicht erst seit den 1934 in der „Berliner Illustrierten“ erschienenen ersten „Vater und Sohn“-Bildgeschichten des Zeichners Erich Ohser

Man geht davon aus, dass Mitglieder der einen Generation Hilfeleistungen an die andere Generation leisten, da sie – um im ökonomischen Sprachgebrauch zu bleiben – ihren eigenen Nutzen und den der Mitglieder der anderen Generation erhöhen wollen. Familien- und Generationenbeziehungen können affektive und emotionale Aspekte kennzeichnen, die ihren empirischen Ausdruck beispielsweise im Grad der emotionalen Enge der Familienbeziehungen finden. Zum anderen wird Individuen ein sogenanntes strategisches Verhalten unterstellt. Das bedeutet, dass Mitglieder der einen Gene-

Familie: einfach wohlfühlen



photocase

ration Hilfeleistungen erbringen, da sie sich mittel- bis langfristig einen eigenen Nutzen davon versprechen – wenn zum Beispiel Großeltern, die ihre Enkel betreuen haben, sich im Gegenzug Hilfeleistungen im Bedarfsfall der Pflege versprechen. Ähnliches gilt für pflegende Angehörige: Sie könnten sich Vorteile bei monetären Transfers wie einer Erbschaft erhoffen.

Um die Frage zu beantworten, warum sich Familien generationenübergreifend gegenseitig helfen und unterstützen, werden in der Soziologie auch Aspekte emotionaler Nähe, Zuneigung und gegenseitige normative Verhaltenserwartungen gegenüber Familienmitgliedern diskutiert. Welcher der theoretischen Erklärungsansätze empirisch tragfähig ist, lässt sich bis heute nicht ein-

deutig klären. Zum einen hängt es mit einer noch unzureichenden Datenlage zusammen, mit der die entsprechenden Hypothesen getestet werden können. Zum anderen liegt der Schluss nahe, dass wohl kein Ansatz alleine den komplexen Zusammenhang familiärer Unterstützungsleistungen erklären kann, sondern diese vielmehr vor dem Hintergrund unterschiedlicher Hypothesen auch künftig zu analysieren sind.

Eines haben die Analysen aus dem Bereich der empirischen Wirtschafts- und Sozialwissenschaften allerdings eindeutig belegt: Die Familie ist als Netzwerk für Menschen über deren gesamten Lebensverlauf von Bedeutung. Familien unterliegen einem starken Wandel, und die Familie verändert sich während des Lebensverlaufs. Viele Menschen wollen und müssen jedoch auch zwischen der Familie und anderen Lebensbereichen, insbesondere der Arbeitswelt, eine Balance finden. Familienbezogene Maßnahmen des Staates und auch anderer Akteure wie Unternehmen könnten dazu beitragen, diese Balance auch in Zukunft leichter zu halten, und das Netzwerk Familie weiterhin in seiner Funktion als Ort der Hilfe, der Sicherheit und des emotionalen wie sozialen Rückhalts zu unterstützen.

Prof. Dr. Jürgen Schupp



Geboren am 12. Januar 1956. Jürgen Schupp studierte Volkswirtschaftslehre und Soziologie in Mainz und Frankfurt am Main und schloss 1983 sein Studium an der Johann Wolfgang Goethe Universität in Frankfurt am Main als Diplom-Soziologe ab. Im Anschluss war er wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Frankfurt am Main im DFG-Sonderforschungsbereich „Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik“.

1984 wechselte er innerhalb des SFB zum Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin und dort in das Teilprojekt „Sozio-oekonomisches Panel“. Es folgten Forschungsaufenthalte in den USA und Großbritannien. 1994 wurde er an der Ruhr-Universität Bochum promoviert. Jürgen Schupp ist stellvertretender Leiter der Abteilung SOEP am DIW Berlin und als Survey-Manager insbesondere für die Weiterentwicklung der Erhebungsinstrumente des SOEP zuständig. Im Frühjahr 2006 wurde er zum Honorarprofessor am Fachbereich Politik und Sozialwissenschaften der Freien Universität ernannt und lehrt dort im Rahmen des Master-Studiengangs „Soziologie – Europäische Gesellschaften“ Methoden der empirischen Sozialforschung.

Kontakt

Prof. Dr. Jürgen Schupp
DIW Berlin / Freie Universität Berlin
Sozio-oekonomisches Panel (SOEP)
Königin-Luise-Straße 5
14195 Berlin
Tel.: 030 – 897 89 238
Fax: 030 – 897 89/109
E-Mail: jschupp@diw.de
Internet: www.diw.de

Literatur

- BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2006):** Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit, Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik, Siebter Familienbericht, Bundestagsdrucksache 16/1360: Berlin
- Büchel, Felix und Spieß, C. Katharina (2002):** Form der Kinderbetreuung und Arbeitsmarkterhalten von Müttern in West- und Ostdeutschland, Kohlhammer: Stuttgart
- Croda, Enrica und Gonzalez-Chapela, Jorge (2005):** How do European older adults use their time? in: Börsch-Supan, A. et al. (eds.), Health, Ageing and Retirement in Europe: First Results from the Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe, Mannheim Research Institute for the Economics of Ageing (MEA), Mannheim, S. 265–271
- Diewald, Martin und Jürgen Schupp (2006):** Kulturelles und soziales Kapital von Jugendlichen – Die Bedeutung von sozialer Herkunft und der Qualität der Eltern-Kind-Beziehung. In: Karl-Siebert Rehberg (Hg.), Soziale Ungleichheit, Kulturelle Unterschiede. Frankfurt am Main – New York: Campus, S. 910–927
- Hank, Karsten / Kreyenfeld, Michaela und Spieß, C. Katharina (2004):** Kinderbetreuung und Fertilität in Deutschland, in: Zeitschrift für Soziologie 33 (3): S. 228–244
- Schupp, Jürgen und Wagner, Gert. G. (2002):** Maintenance of and innovation in long-term panel studies: The case of the German Socio-Economic Panel (GSOEP), in: Allgemeines Statistisches Archiv 86(2), S. 163–175
- Schupp, Jürgen und Künemund, Harald (2004):** Private Versorgung und Betreuung von Pflegebedürftigen in Deutschland. In: DIW-Wochenbericht 71(20): S. 289–294
- Shell Deutschland Holding (Hg.) (2006):** Jugend 2006 – Eine pragmatische Generation unter Druck. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag
- Spieß, C. Katharina / Büchel, Felix und Frick, Joachim (2002):** Kinderbetreuung in West- und Ostdeutschland: Sozioökonomischer Hintergrund entscheidend, in: DIW-Wochenbericht 69 (31): S. 518–524

Ausschnitt aus einem Fresko in der Kirche San Francesco in Montefalco. Das Fresko zeigt den heiligen Franziskus umgeben von Heiligen. Es wurde von Benozzo Gozzoli (1420–1497) im Jahre 1452 angefertigt

Schule des Sehens

Die Kunstgeschichte und das Internet





MAXIMILIAN BENKER

Könnten wir ohne „das Netz der Netze“, das Internet, heute wesentliche Teile unseres Lebens noch genauso effektiv gestalten wie früher? Vermutlich nicht. Auch Universitäten können in Wissenschaft und Lehre kaum noch auf das Internet als ein Instrument für die Recherche verzichten. Wie verhält es sich jedoch mit neuen Lernformen wie internetbasiertem E-Learning? Dieses wird derzeit in großem Maßstab an den Universitäten eingeführt – und modernisiert die Lehre ganz wesentlich. Am Kunsthistorischen Institut der Freien Universität Berlin haben sich elektronische Lernprogramme als sehr erfolgreich erwiesen.

Die Bildungspolitik hat die Richtung längst vorgegeben: Im Förderprogramm „Neue Medien in der Bildung“ des Bundesministerium für Bildung und Forschung wurden 2003 Ideen zu den neuen Medien entwickelt: „Der Umbruch der modernen Industriegesellschaften hin zu Informations- und Kommunikationsgesellschaften wird tiefgreifende Veränderungen in nahezu allen Lebensbereichen hervorbringen. Der Bildungsbereich ist besonders betroffen. Die Neuen Medien werden neue Möglichkeiten für die Aufbereitung des Wissens, seiner Präsentation sowie der Gestaltung der Vermittlungsprozesse in der Lehre bieten, die digitale Aufbereitung von Wissen wird an Bedeutung gewinnen, neue Formen von Wissensvermittlungsprozessen werden sich herausbilden.“ Das Universitätsfach Kunstgeschichte hat die Herausforderung angenommen und in den letzten Jahren intensiv an der vernetzten, virtuellen Lehre gearbeitet. Als bildwissenschaftliche Leitdisziplin hat sie das Virtuelle und seine Vermittlung schon lange zum Forschungsgegenstand gemacht: Das Bild ist ein zentrales Informationsmedium des Internets, und Bildwissenschaften wie die Kunstgeschichte sind wie geschaffen dafür, neue Lernformen über Bilder zu entwickeln – „Sehformen“, die das Internet mit seinen Möglichkeiten der Visualisierung und Virtualisierung bietet. Angesichts des Potenzials der Kunstgeschichte förderte das Bundesministerium für Bildung und Forschung im Rahmen des Förderprogramms „Neue Medien in der Bildung“ zwei umfangreiche Projekte. Das erste Projekt „Prometheus – Das verteilte digitale Bildarchiv für Forschung und Lehre“ hatte das Ziel, digitale Abbildungen, also primäres Unterrichtsmaterial, grundlegend zu verbessern. Dafür sollte ein Abfrage-Tool für bestehende Bildatenbanken entwickelt werden. Anders als bei diesem Vorhaben, das auf die Verbesserung der Infrastruktur zielte, konzentrierte sich das zweite Projekt „Schule des Sehens – Neue Medien der Kunstgeschichte“ darauf,

kunsthistorische Inhalte in einer vernetzten Umgebung zu vermitteln. An diesem Projekt war die Freie Universität maßgeblich beteiligt.

Die „Schule des Sehens“ ist das bislang umfangreichste E-Learning-Projekt des Fachs Kunstgeschichte. Die fünf Projektpartner entwickelten zunächst materialreiche Lernprogramme, die auf der zentralen Plattform der „Schule des Sehens“ zusammengeführt wurden und seither nicht nur den am Projekt Beteiligten, sondern dem gesamten Fach Kunstgeschichte im Netz zur Verfügung stehen.

Zur Verwirklichung des ehrgeizigen Projekts gab es zahlreiche Hürden zu überwinden. Theoretisches Wissen, wie und warum die Materialien im Netz aufzubereiten seien, war vorhanden. Es fehlte weder an medienpraktischen noch an medientheoretischen, pädagogischen oder soziologischen Überlegungen, wie netzbasierter Unterricht in das universitäre Lehrangebot einzubeziehen sei und wie es sich auf die Soziologie des Lernens auswirke. Praktische Erfahrungen waren jedoch rar, große vernetzte Projekte im Fach Kunstgeschichte überhaupt nicht vorhanden. Genau diese praktischen Erfahrungen zu sammeln, Chancen des E-Learnings auszuloten und gleichzeitig hochwertige Lehrmaterialien anzubieten, war das Ziel des Projekts. Es wurde gemeinsam getragen von den Kunsthistorischen Instituten der Freien Universität Berlin, der Ludwig-Maximilians-Universität München, der Philipps-Universität Marburg, der Universität Hamburg und der Technischen Universität Dresden. Um dieses Ziel zu erreichen, wurde ein breites, internetbasiertes Lehrangebot entwickelt: vom reinen Selbststudium bis zu Online-Seminaren, die auf der Zusammenarbeit im Internet beruhen und von wissenschaftlichen Tutoren begleitet werden.

Schule des Sehens

Startseite des Internet-Projekts „Geschichte der Kunst im Wandel ihrer Funktionen“

The screenshot shows the homepage of the online project. At the top, the title 'Geschichte der Kunst im Wandel ihrer Funktionen' is displayed. Below it, a navigation menu includes 'Lernprogramm' and 'Kunst und Funktion'. A sidebar on the left lists: 'Über Kunst und Funktion', 'Praktische Hinweise', 'Systemanforderungen', 'Anmeldung', 'Impressum', and 'Start: Inhaltsverzeichnis'. The main content area features four large, colorful tiles representing different functions of art: 'Die ästhetische Funktion von Kunst' (orange), 'Die religiöse Funktion von Kunst' (red), 'Die politische Funktion von Kunst' (blue), and 'Die abbildende Funktion von Kunst' (green). Each tile contains a representative image. At the bottom, a small copyright notice reads: '© Kunsthistorisches Institut der Freien Universität Berlin'.



Hier geht's lang: Inhaltsverzeichnis der „Geschichte der Kunst im Wandel ihrer Funktionen“

Alle Teilprojekte hatten eine gemeinsame Vorgabe: Sie sollten netzbasierte und multimediale Studieneinheiten im Umfang von 30 Semesterwochenstunden entwickeln. Studierende können netzbasierte Lehrveranstaltungen zwar selbstständig und ortsunabhängig erarbeiten – konzipiert wurden die Module aber vorrangig für den curricularen Einsatz im Universitätsbetrieb. Die Lehreinheiten und ihre Aufgaben entsprechen Universitätsseminaren und bestehen aus bis zu 15 aufeinander aufbauenden Einheiten. Ein Dozent nimmt die Prüfung ab. Erprobt wurden Möglichkeiten der Visualisierung, transparente Lernprozesse sowie entdeckendes und gemeinschaftliches Lernen. Die Homepage fasst das Projekt „Schule des Sehens“ so zusammen: „Die Schule des Sehens bietet Interessierten kunstgeschichtliche Lehrveranstaltungen und Studieneinheiten unterschiedlichen Umfangs und Schwierigkeitsgrads. Sie soll ein Ort des gemeinschaftlichen Lernens werden, der geschichtliche Erfahrung vermittelt und zu kritischem Umgang mit Bildern befähigt.“

Der Lehrstuhl für Empirische Pädagogik und Pädagogische Psychologie der Ludwig-Maximilians-Universität München begleitete die am Projekt beteiligten Kunsthistorischen Institute bei der Einführung der neuen Lehreinheiten: eine neue Kombination von Präsenzlehre und betreutem Selbst- und Fernstudium. Heute, zwei Jahre nach Abschluss des Projekts, werden die elektronischen Angebote der gemeinsamen Internet-Plattform von den fünf beteiligten Universitäten unterschiedlich eingesetzt. Als erfolgreichstes Modell erwies sich dabei die Kombination aus Internet- und Präsenzlehre (Blended-learning) und die Begleitung des Selbststudiums durch einen Tutor – das zeigen die Lernerfolge und die Zufriedenheit der Studierenden mit der neuen Unter-

richtsform. Die Freie Universität und die Kooperationspartner bieten unterschiedliche Themen in der neuen Lehrform an: München bietet die Themen „Architektur der Renaissance und des Barock“ sowie „Deutsche und Französische Malerei im 19. Jahrhundert“. „Spanische Kunst“ und „Mittelalterliche Kunsttechniken“ werden in den Dresdener Lehreinheiten vermittelt. Hamburg bietet eine „Einführung in die politische Ikonographie“ und „Reliquienwesen im Mittelalter“ an. Marburg vermittelt eine „Einführung in die antike Mythologie“ und eine „Einführung in die Filmanalyse“.

Am Kunsthistorischen Institut der Freien Universität entstand das umfangreichste Programm innerhalb des Projekts: die „Geschichte der Kunst im Wandel ihrer Funktionen“. 30 Kapitel vermitteln unter dem Blickwinkel der Funktion von Kunstwerken einen breiten Überblick über Epochen, Stile und Gattungen. Das Programm gründet auf dem „Funkkolleg Kunst“, das Professor Werner Busch 1984, damals noch an der Universität Bochum, konzipiert hatte. Schon als Rundfunk-Lerneinheit hatte das Kolleg mit mehr als 40.000 Teilnehmern und 15.000 Absolventen einen überwältigenden Erfolg. 20 Jahre nach dem damals grundlegend neuen Ansatz, die gesamte Kunst unter dem Begriff der Funktion zu betrachten, ist dies heute ein selbstverständlicher Bestandteil der kunsthistorischen Forschung und Lehre. Die Frage eignet sich besonders, um einen umfangreichen Überblick über die Gegenstände des Fachs zu vermitteln. „Zum einen“, so Werner Busch in der Einleitung zum Internet-Lernprogramm, „weil es möglich ist, mit ihrer Hilfe eine konsequente, nicht überbordende Geschichte der Kunst zu entwickeln; zum anderen, weil sie materielles und historisches Wissen als eine entscheidende Basis der Kunstgeschichte zu befestigen weiß.“ Die Autoren des ehemaligen Funkkollegs, allesamt herausragende Vertreter der Kunstgeschichte an Universitäten und Forschungseinrichtungen, überarbeiteten und aktualisierten gemeinsam mit jungen Nachwuchswissenschaftlern die Inhalte des ehemaligen Funkkollegs.

Die am Projekt beteiligten wissenschaftlichen Mitarbeiter des Kunsthistorischen Instituts der Freien Universität strukturierten die Inhalte anschließend für eine Nutzung im Internet neu und bereiteten sie didaktisch auf. Sie ergänzten reichhaltiges neues Bildmaterial und vernetzten es mit im Internet angebotenen Material. Die einzelnen Themen lösten sie in Studienmodule auf, die sich der Nutzer online erschließen kann. Text, Bild und Vortrag werden dabei nicht wie in einer Präsenzvorlesung oder in einem Buch lediglich gegenübergestellt: Während der Nutzer gesprochene Texte hört,

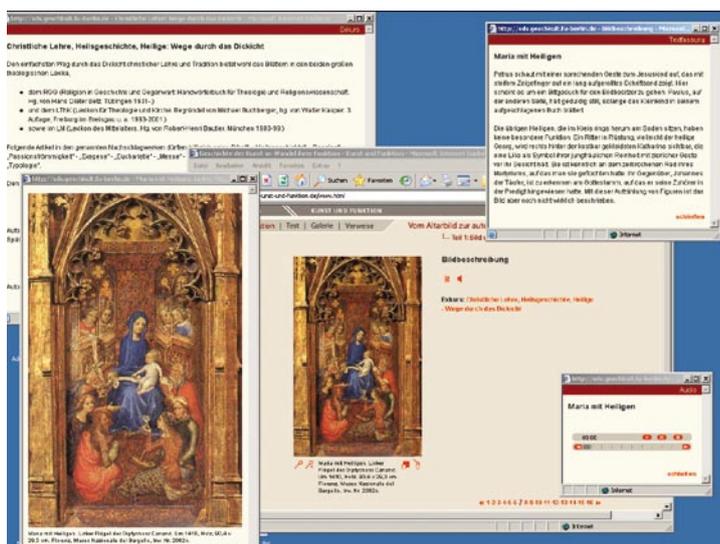
Geschichte der Kunst im Wandel ihrer Funktionen



kann er am Bildschirm den Gegenstand oder das Bild durch mehrfache Vergrößerungen hervorheben oder Detailansichten mit der Maus selbst wählen. Der Nutzer kann die Audiodateien bei Bedarf auch beliebig oft unterbrechen oder wiederholen. Hinter der Markierung einzelner Begriffe stehen Erläuterungen bereit, die sich per Mausklick in weiteren Bildschirmfenstern öffnen. Zeitleisten, Drag-and-Drop-Funktionen und Multiple-Choice-Verfahren bieten die Möglichkeit, den Stoff zu vertiefen und das Gelernte zu überprüfen. Das gesamte Material wurde in dieser Weise aufgefächert und in Strukturen überführt, die dem elektronischen Medium entsprechen. Wo immer es möglich war, hat die bebilderte Wissensaneignung Vorrang vor dem Text. Das internetbasierte Studium bietet so eine Vielzahl an Möglichkeiten, die visuellen Fähigkeiten der Studierenden im Sinne einer „Schule des Sehens“ zu fördern. Das Programm gehört seit 2005 zum Pflichtprogramm des Bachelor-Studiengangs Kunstgeschichte an der Freien Universität.

Zusätzlich zur „Geschichte der Kunst im Wandel ihrer Funktionen“ entstand am Kunsthistorischen Institut der Freien Universität unter der Leitung von Professor Eberhard König das Lernprogramm zur „Burgundischen Buchkunst von den Valois bis zu den Habsburgern“. Dieses Programm hat das Material ebenso mediengerecht aufgearbeitet: Es ist im Aufbau vergleichbar und dient gleichfalls als Selbstlernprogramm. Es kann jedoch auch als Online-Seminar „besucht“ werden. Derzeit setzt Eberhard König das Programm begleitend zur Vorlesung „Französische Buchmalerei“ ein.

Zum einen bietet das E-Learning-Programm eine Einführung in eine für die Buchproduktion des Spätmittelalters und der frühen Neuzeit außerordentlich bedeutsamen Kultur. Zum anderen hat es zum Ziel, das Handwerkszeug zu vermitteln, um Handschriften erfassen zu können. Zudem schult es den analytischen Umgang mit illuminierten Büchern – unabhängig von Zeit und Ort ihrer Entstehung. Die Studierenden sollen mit den historischen Sammlern von Büchern und deren Bibliotheken vertraut werden und die technischen Abläufe bei der Entstehung von Büchern begreifen. Anhand von bedeutenden Beispielen und reicher Bebilderung lernen die Studierenden die wichtigsten Texttypen aus der Liturgie und Paraliturgie sowie aus den weltlichen Feld-



Audio- und Textdateien können gleichzeitig geöffnet werden und dienen so dem leichteren Lernen

ern der Geschichtsschreibung, Literatur und Didaktik. Zudem erhalten sie einen Überblick über die führenden Buchmaler ihrer Zeit. Den Studierenden wird veranschaulicht, welche Funktion und welcher Stellenwert Büchern im Spätmittelalter zukam, welcher Anspruch und welche Motivation die bibliophilen Auftraggeber antrieben, wie Bücher produziert wurden und welche künstlerische Vielfalt sich im Medium Buch zeigte. Zugleich wird eine allgemeine Einführung in Beschreibung und Analyse von Handschriften gegeben.

Hervorzuheben ist ein zentraler Aspekt der beiden am Kunsthistorischen Institut konzipierten Online-Angebote: Die im Projekt verwendeten Präsentationsformen dienen ausschließlich didaktischen Zielen und sind kein auf Technik fixierter Selbstzweck. Genau hierin unterscheidet sich das Projekt „Schule des Sehens“ von anderen Versuchen im Bereich E-Learning. Es wurde von vornherein darauf geachtet, die Studierenden nicht medial zu überfrachten. Zudem wurden zu hohe Anforderungen vermieden: sowohl an die technische Ausstattung als auch an die Medienkompetenz der Nutzer – vor allem, da Medienkompetenz selbst mit den Programmen vermittelt werden soll. Die Struktur des Programms greift die Sehgewohnheiten und das Nutzerverhalten auf. Das ermöglicht gerade den Studierenden, die keine Erfahrung mit umfangreichen Wissensangeboten im Internet haben, einen problemlosen Umgang. Dazu gehört, dass das Wissen aufeinander aufbauend oder „seitenweise“ erfolgt. Dennoch gehört es zur Stärke der elektronischen Wissensvermittlung, dass die lineare Abfolge durch nichtlineare Strukturen aufgebrochen wird, um eine selbstbestimmte Aneignung zu ermöglichen. Als die digitalen Studieninhalte am Kunsthistorischen Institut der Freien Universität fest in den Bachelor-

Internet

www.schule-des-sehens.de
 www.kunst-und-funktion.de
 www.burgundische-buchkunst.de



Vergleich jederzeit möglich – mit nur einem Mausklick

Studiengang installiert werden sollten, betrachteten das einige Dozenten zunächst mit Skepsis. Ein Grund war sicher, dass vorherige Prototypen von E-Learning medientheoretisch überladen und in der Anwendung allzu kompliziert gewesen waren. Sie waren technisch

Dr. Maximilian Benker



Maximilian Benker, geboren 1961, hat in Erlangen und an der Freien Universität Berlin Kunstgeschichte, Geschichte und Theaterwissenschaften studiert und ebenda 1999 promoviert. Seit 1995 ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Kunsthistorischen Institut (KHI) der Freien Universität. Sein Forschungsschwerpunkt ist die Plastik des späten Mittelalters. Seit 1995 betreut er am KHI wissenschaftliche Projekte im Bereich der Neuen Medien. Er koordinierte renommierte Projekte, wie das von der VW-Stiftung geförderte und vom Bildarchiv Foto Marburg initiierte Projekt zur Erfassung von Daten im Bereich der Kunstgeschichte (1995 bis 1998), das EU-Projekt GIOVE (1999 bis 2001) und das BMBF-Projekt „Schule des Sehens“ (2001 bis 2003). Seit 2000 ist er Leiter der IT-Abteilung des Fachbereichs Geschichts- und Kulturwissenschaften und IT-Verantwortlicher.

Kontakt

Freie Universität Berlin
 Fachbereich Geschichts- und Kulturwissenschaften
 Kunsthistorisches Institut
 Koserstraße 20
 14195 Berlin
 Tel.: 030 – 838 538 79
 E-Mail: benker@zedat.fu-berlin.de

und inhaltlich einfach noch nicht ausgereift und lösten damit Unbehagen gegenüber den Neuen Medien als solche aus. Nach einer ausführlichen Pilotphase wurde im vergangenen Jahr aber entschieden, die „Geschichte der Kunst im Wandel ihrer Funktionen“ als festen Bestandteil in den Bachelor-Lehrplan aufzunehmen. Mit großem Erfolg: Das Selbstlernprogramm hat sich schnell etabliert – das dokumentiert auch die positive Evaluation des Studienverlaufs nach dem ersten Durchgang. Gerade die Kombination von Selbststudium und Präsenzunterricht bewerteten die Studierenden als sehr sinnvoll.

Teil des Bachelor-Studiums ist es nun, innerhalb von zwei Semestern das Modul „Geschichte der Kunst im Wandel ihrer Funktionen“ zu erarbeiten. Die Lerneinheit vermittelt Grundkenntnisse des Fachs und leitet zum selbstständigen Lernen an – doch zugleich finden die Studierenden Halt in einer klar vorgegebenen Struktur und festgelegten Aufgabe. Die Studierenden haben darüber hinaus die Möglichkeit, in einem Tutorium ihr Wissen zu vertiefen, und sie können auch auf die Lerneinheiten der fünf Partneruniversitäten zugreifen. Für die Dozenten entsteht mit dem neuen Modul ein positiver Nebeneffekt: Sie werden von der Aufgabe entlastet, jedem neuen Jahrgang aufs Neue dasselbe Grundwissen im Präsenzunterricht in großen Gruppen zu vermitteln. Damit werden Kapazitäten frei, um in kleinen Seminaren das vorhandene Wissen zu vertiefen. Derzeit leiten Dozentinnen und Dozenten das begleitende Tutorium zum Selbstlernprogramm. Künftig übernehmen ausgewählte Studierende höheren Semesters die Leitung. Sie werden speziell auf diese Aufgabe vorbereitet. Damit können sie nicht nur ihr eigenes Wissen ergänzen, sondern auch Erfahrung in der Lehre sammeln. Die E-Learning-Einheiten haben sich am Kunsthistorischen Institut so gut etabliert, dass sowohl am Institut als auch im Fachbereich Geschichts- und Kulturwissenschaften der Wunsch nach weiteren Online-Angeboten aufkam. Die technische Produktion von elektronischen Lerneinheiten war 2003 noch sehr aufwendig. Inzwischen aber bietet das Center für Digitale Systeme (CeDiS) der Freien Universität das Programm „Lektora“ an, das eine relativ unkomplizierte Produktion ermöglicht. Künftig wird sicher die Zahl der E-Learning-Angebote am Fachbereich Geschichts- und Kulturwissenschaften zunehmen. Auch wird sich wohl die Zusammenarbeit verschiedener Universitäten und Institutionen im Internet verstärken. Bei allem medialen Fortschritt wird sich eines aber auch in Zukunft nicht ändern: Professoren und wissenschaftliches Personal prüfen weiterhin den Lernerfolg der Studierenden – und das ganz klassisch: mit zwei Klausuren.

Mobile Computing und drahtlose Netzwerke

Ein Teil unseres Alltags





ILIAS MICHALARIAS

Wer vor einem Jahrhundert mit seinen nach Übersee ausgewanderten Verwandten kommunizieren wollte, der brauchte vor allem eins: viel Geduld. Ein einfacher Briefwechsel konnte mehrere Wochen dauern. Mit dem technischen Fortschritt hat sich dies geändert: Eine E-Mail ist mit einem Mausklick abgeschickt und landet kurze Zeit später am gewünschten Ort. Die Entwicklungen der Kommunikationsnetzwerke schaffen heute nahezu unbegrenzte Möglichkeiten: Nachrichten überwinden in kürzester Zeit die größten Entfernungen.

Wer heute eine andere Person erreichen will, verfügt über zahlreiche Möglichkeiten: Via Telefon, E-Mail oder SMS erreicht man den gewünschten Teilnehmer – selbst auf der anderen Seite der Erde. Andere Mittel sind dafür dem technischen Fortschritt zum Opfer gefallen: So kann man beispielsweise in Österreich und Deutschland keine Telegramme mehr aufgeben.

Der Bedarf an Informationsaustausch scheint ständig zu steigen – die Schlagworte der modernen Kommunikationswelt heißen Flexibilität und Mobilität. Haben einst drahtgebundene Netzwerke die Verbindung von Computern ermöglicht und den Datenaustausch revolutioniert, so setzt sich nun ein neuer Trend durch: die drahtlosen Kommunikationsnetzwerke.

Die Idee ist nicht neu. Schon in den 1960er Jahren wurde an der Universität von Hawaii ein experimentelles Funknetzwerk namens „Aloha“ entwickelt. Es ist Grundlage der heute meistgenutzten drahtgebundenen Netzwerktechnik, dem sogenannten Ethernet. Ziel von „Aloha“ war es, die Kommunikation zwischen den Inseln Hawaiis zu ermöglichen. Bis zu ersten kommerziellen Funklösungen dauerte es aber noch eine ganze Weile:

Drahtlose Kommunikationsnetzwerke

Erst Anfang der 1990er Jahre wurden sie auf den Markt gebracht. Obwohl sich diese Technik damals noch im Anfangsstadium befand, lagen die Vorteile auf der Hand: Daten konnten ohne festen Netzanschluss, also ortsunabhängig, ausgetauscht werden. Mittlerweile sind die drahtlosen Netzwerke sogar für hoch komplexe Aufgaben geeignet. Drei Anwendungsgebiete stehen dabei im Mittelpunkt:

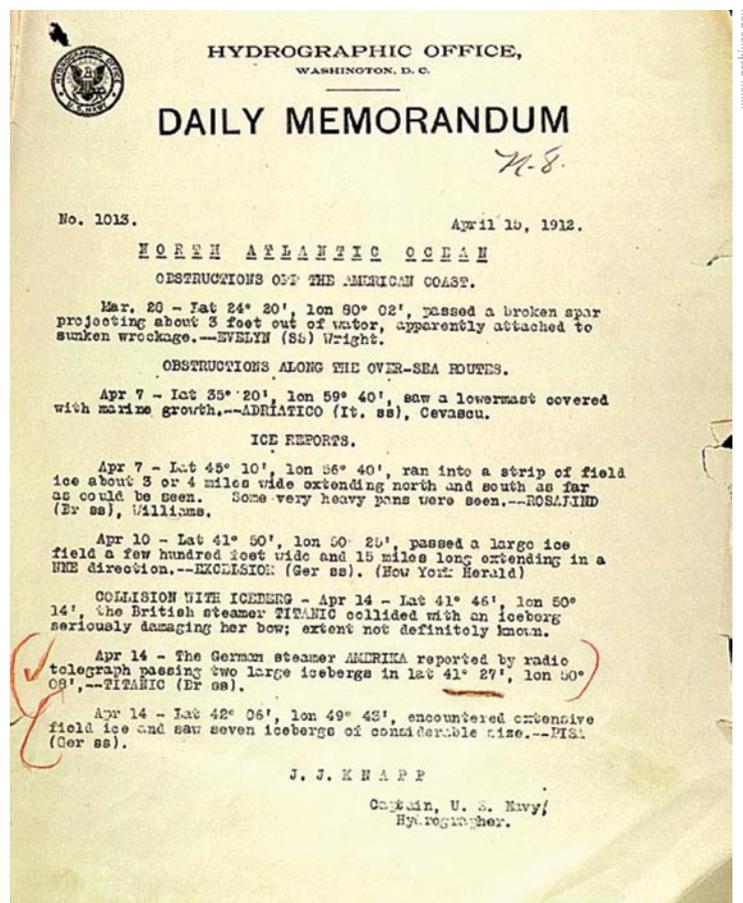
1. Mobiltelefonie: Mobiltelefonie wird oft auch mit dem Begriff Mobilfunk beschrieben. Ein Mobilfunknetz deckt riesige Flächen ab. Die meistgenutzten Mobilfunkstandards sind GSM (Global System for Mobile Communications) und UMTS (Universal Mobile Telecommunications System).

2. Drahtlose lokale Netze: WLAN ist die Abkürzung für Wireless Local Area Network. Es kann auf zwei Arten betrieben werden: im Infrastruktur-Modus und im Ad-

hoc-Modus. Im Infrastruktur-Modus wird eine Basisstation – häufig ein Wireless Access Point (AP) – genutzt, um die einzelnen Netzknoten zu verbinden. In Mobile Ad Hoc Networks (MANETs) ist keine Station als zentraler Verbindungsknoten festgelegt: Alle Teilnehmer können das Netz gleichberechtigt nutzen. Ad-hoc-Netze lassen sich schnell und ohne großen Aufwand aufbauen. Es ist in ihnen allerdings nicht vorgesehen, dass Informationspakete weitergereicht werden. So kann es vorkommen, dass ein Computer am Randbereich das gesamte Netz erreichen kann, ein physisch zentral platzierter Computer jedoch nur einen Teil des Netzes.

3. Wireless Personal Area Network: Ein Netzwerk, das für die Vernetzung kleinerer Geräte konzipiert ist, wird Wireless Personal Area Network (WPAN) genannt. In WPANs haben die kommunizierenden Geräte meist keine große räumliche Distanz zueinander und müssen deshalb nicht die Reichweite eines WLAN erreichen. Als wichtige Vertreter von WPANs haben sich IrDA (Infrared Data Association) und Bluetooth etabliert. IrDA basiert auf Infrarot-Übertragung im Wellenlängenbereich von 850 bis 900 Nanometer und überbrückt nur kurze Reichweiten. Bluetooth ist ein wesentlich jüngeres Verfahren und basiert auf der Funkübertragung.

Mit der mittlerweile fast schon ausgestorbenen Technik des Telegramms wurde die Kollision der Titanic mit einem Eisberg übermittelt





Maria Parecker, Fotolia

Mobilfunknetze decken heute riesige Flächen ab

Eines haben alle drahtlosen Anwendungen gemein: Um sie nutzen zu können, braucht man mobile Endgeräte. Die Bandbreite dieser Geräte reicht von kleinen Spezialgeräten bis hin zu Computern mit der Leistungsfähigkeit stationärer Rechner. Bordcomputer beispielsweise verrichten in Fahr- und Flugzeugen, Schiffen, Raumfahrzeugen und Satelliten ihren Dienst und sind dort fest installiert. Handhelds sind kleine mobile Computer, die über reduzierte Leistungsfähigkeit verfügen. Wearables sind tragbare Computersysteme und werden am Körper getragen.

In den letzten Jahren sind Sensornetzwerke in den Mittelpunkt des Interesses gerückt. Ein Sensornetzwerk besteht aus mehreren etwa handflächengroßen Computern, sogenannten Sensorknoten. Sie sind mit Sensoren ausgestattet und bewältigen ihre Aufgaben durch Zusammenarbeit. Die zunehmende Miniaturisierung von Computern führte zu der Idee, diese klei-

nen, kostengünstigen und autonomen Knoten zu entwickeln. Sie kommunizieren drahtlos und organisieren sich selbstständig. In großer Zahl und in einem großen Gebiet eingesetzt, überwachen sie ihre Umgebung, bis ihre Energiereserven erschöpft sind. Sensornetze sind vielseitig einsetzbar, beispielsweise als preiswerte Alternative zu Sensoranordnungen wie etwa bei Testfahrten der Fahrzeugindustrie.

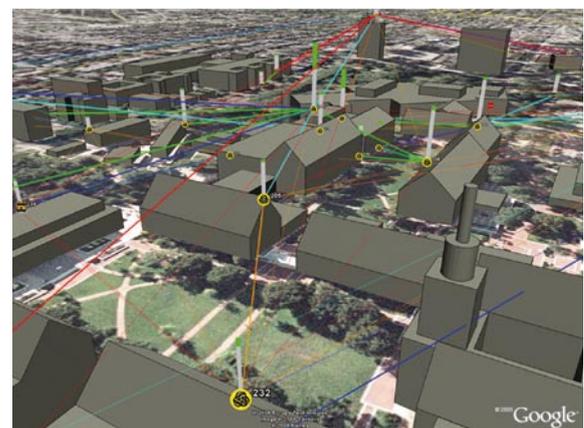
Alle beschriebenen Technologien sind Mosaiksteine bei der Umsetzung der Vision des Mobile Computing, der Vision einer Allgegenwart von Informationsverarbeitung im Alltag. Mobile Computing hat das Potenzial, unsere Gesellschaft stärker zu verändern als die bestehenden technischen Verfahren.

Die Vision des Mobile Computing geht weit über die Mobiltelefonie und sprachliche Kommunikation hinaus. Der Austausch von Informationen hängt beim Mobile Computing stark von den technischen Möglich-

Informationsdienste und deren Anwendung

Kategorie	Beschreibung	Beispiel
Ortsbezogene Dienste	Der Benutzer fordert Informationen über den aktuellen Ort an	lokale Fahrpläne, Wettervorhersage, Touristeninformation
Ankündigungsdienste	Der Benutzer empfängt Werbenachrichten	lokale Werbungen (Hotels, Restaurants etc.)
Suchen	Der Benutzer sucht lokale Objekte oder Einrichtungen	Suchdienste (Hotels, Restaurants etc.)
Trigger-Dienste	Benachrichtigung, wenn ein bestimmtes Gebiet betreten wird	Verkehrsmeldungen, Unwetterwarnungen
Tracking-Dienste	Verfolgung der Position eines Benutzers oder eines Objekts	Flottenmanagement, Positionsüberwachung von Kindern

Ein MANET: grafisch dargestellt bei Google Earth



Google Earth



keiten der Geräte und dem Interesse der Benutzer ab. Viele der heutigen Geräte empfangen, verarbeiten und erzeugen Informationen. Hauptsächlich werden sie jedoch betrieben, um Informationen zu konsumieren, wie die Tabelle auf Seite 89 zeigt. Mobile E-Mails sind beispielsweise eine sehr verbreitete Anwendung. Trotzdem verwenden Benutzer ihre Geräte eher zum Lesen von E-Mails als zum Senden. Künftig wird das Gerät entweder aktiv (durch Befehl des Benutzers) oder passiv (automatisch, zum Beispiel durch geeignete Software) Informationen erzeugen, die von anderen Benutzern konsumiert werden. Diese Informationen werden entweder zentral gespeichert oder im Ad-hoc-Modus zwischen Benutzern ausgetauscht.

Privatalltag

Dadurch wird eine große Datenmenge erzeugt. Ein Austausch dieser Daten ist nur dann sinnvoll, wenn die darin enthaltenen Informationen für den Empfänger von Nutzen sind. Die Gefahr von Spamming, der Belästigung mit unerwünschten Daten, ist groß und sehr ernst zu nehmen: Wenn ein Nutzer ständig mit Informationen überflutet wird, die ihn nicht interessieren, wird er eines Tages vielleicht auch einen eigentlich erwünschten Dienst aufkündigen.

Dr. Tomasz Imielinski, Professor für Informatik an der Rutgers University, entwarf eine Vision des Mobile Computing: Jane ist begeisterte Konzertgängerin und verabredet sich mit ihrem Freund zu einem Konzert. Die Straßen sind an diesem Abend glatt, doch eine Nachricht auf dem Armaturenbrett warnt 200 Me-

ter vor einer gefährlichen Stelle. Die Nachricht wurde von einem nahe gelegenen Gerät gesendet, das Datensammelt, die von Reifen-Sensoren stammen. Jane empfängt die Warnung und bremst. Als Nächstes benutzt sie eine Sprachschnittstelle, um den schnellsten Weg zu ihrem Ziel zu erfahren.

**Schöne neue Welt?
Ein Beispiel**

Ein lokaler Anbieter verknüpft die Zeiten, die eine Vielzahl von Fahrzeugen gemeldet hat, berechnet die mittlere Fahrzeit und schlägt eine geeignete Route vor. Aufgrund eines Unfalls muss Jane jedoch einen anderen Weg wählen – die alternative Route wird ihr ebenfalls vom lokalen Anbieter vorgeschlagen. Kurz vor ihrer Ankunft fragt Jane freie Parkplätze ab. Ein weiteres Gerät, das die Belegung einer Garage kontrolliert, informiert Jane, dass in einer nahe gelegenen Garage noch drei Parkplätze frei sind. Magnetische Sensoren am Eingang und Ausgang der Garage machen das möglich. Janes Freund reist mit dem Bus an. Durch Sensoren an jeder Haltestelle erfährt Jane genau, wann er ankommt. Die beiden treffen sich, wissen allerdings nicht genau, wo sich der Club befindet. Glücklicherweise hat der Veranstalter Hinweise auf einem weiteren Gerät hinterlegt, die Jane über ihren sogenannten Personal Digital Assistant (PDA) – einen kleinen tragbaren Computer – abfragt.

Noch mag solch ein Beispiel futuristisch klingen. Tatsächlich werden aber schon heute mittels Sensoren massenhaft Daten gesammelt – auch wenn man sich über deren Nutzung noch nicht im Klaren ist. Es bleibt

Sensoren eines Netzwerks – kurz bevor sie für Überwachungsaufgaben eingebaut werden



Dartmouth College/Hörner

photocase



Weltweit auf Informationen und Daten zugreifen – die neue Technik macht es möglich

Msc.-Eng. Ilias Michalarias

privat



Geboren am 22. Dezember 1981 in Athen. Von 1999 bis 2004 Studium der Elektrotechnik und Technischen Informatik an der Technischen Universität Athen. Seit Oktober 2004 Stipendiat des „Berlin-Brandenburger Graduiertenkolleg Verteilte Informationssysteme“ und parallel wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Produktion, Wirtschaftsinformatik und Operations Research der Freien Universität

Berlin. Im Rahmen seiner Dissertation beschäftigt er sich mit „Data Warehousing“ in drahtlosen Netzwerken. Der Schwerpunkt seiner Forschung liegt auf den Grenzgebieten von Datenbanksystemen und Drahtlosen Netzwerken.

Kontakt

Freie Universität Berlin
 Fachbereich Wirtschaftswissenschaft
 Institut für Statistik und Ökonometrie
 Garystraße 21, 14195 Berlin
 Tel.: 030 – 838 532 44
 Fax: 030 – 838 540 51
 E-Mail: ilmich@wiwiss.fu-berlin.de
 Internet: www.wiwiss.fu-berlin.de/lenz/michalarias

die Frage, ob in Zukunft Geschäftsmodelle entworfen werden, die eine Nutzung ermöglichen.

Die Industrie wird die treibende Kraft auf dem Weg zur Umsetzung der Vision des Mobile Computing sein. Obwohl die Vision von der umfassenden Integration von Informationen in vielen Objekten steckt, werden die Entwicklungen vor allem von Unternehmensbedürfnissen vorangetrieben. Lou Gerstner, IBM-Chairman von 1993 bis 2002, hat einst seine Vision so beschrieben: „Eine Milliarde Menschen kommuniziert mit einer Million e-Businesses durch eine Trillion miteinander verbundener intelligenter Geräte ...“ Kurz: Jedes Unternehmen muss heutzutage die neuen Entwicklungen im Kommunikationsbereich berücksichtigen, um konkurrenzfähig zu bleiben. Dies gilt vor allem für Global Player, die ihre Geschäftsprozesse an vielen Orten betreiben.

Unternehmen verwenden die drahtlose Kommunikation derzeit vor allem als internes Kommunikationsmittel. Kommunikationsmöglichkeiten mit den Kunden gibt es natürlich auch: Sie werden die Geschäftsbeziehungen zusätzlich beeinflussen, etwa das sogenannte Customer Relationship Management oder das Supply Chain Management. Da viele Mitarbeiter von Großunternehmen ständig zahlreiche neue Informationen empfangen, bearbeiten und senden müssen, sind sie darauf angewiesen, jederzeit auf relevante Daten zurückgreifen zu können. Die dafür erforderliche Datenlogistik ist eine Herausforderung – insbesondere, wenn man berücksichtigt, dass viele Mitarbeiter häufig unterwegs sind und Unternehmen ihren Sitz an mehreren Standorten haben. Mobile Computing spielt eine wichtige Rolle, wenn etwa wichtige Geschäftstermine kurzfristig geändert und Geschäftsstrategien binnen kurzer Zeit modifiziert werden müssen. Mit geeigneter Software und entsprechender Technik können alle relevanten Daten analysiert werden –

Ein Fazit

– mittlerweile auch an Bord eines Flugzeugs. Kaum eine Netzwerktechnologie hat das alltägliche Leben so stark verändert wie die Mobiltelefonie. Trotzdem verspricht die drahtlose Kommunikation unser Leben weiter dramatisch zu verändern: Die Informationsgesellschaft verwandelt sich allmählich zur Kommunikationsgesellschaft.

Literatur

- Ilielinski, Tomasz/Badrinath, B. R.:** Wireless Graffiti – Data, Data Everywhere Matters, Proceedings of 28th International Conference on Very Large Data Bases, August 20–23, 2002, Hong Kong, China
- Roth, Jörg:** Mobile Computing, Second Edition, dpunkt Heidelberg, ISBN 3-89864-366-2, September 2005
- Schiller, Jochen/Voisard, Agnès:** Location-Based Services, Morgan Kaufmann, ISBN 1-55860-929-6, 2004

A close-up photograph of a spider web on a dark, mossy branch against a grey background. The web is intricate, with a central spiral and concentric rings. The branch is dark and has some green moss on it. The background is a uniform grey color.

Strukturen, Funktionen, Eigenschaften

Netzwerkanalyse aus soziologischer Sicht



INTERVIEW MIT RAINER DIAZ-BONE

Wie ist ein Netzwerk strukturiert? Wie sind Akteure in ein Netz eingebunden, und wie knüpfen sie Netzwerke? Der Soziologe und Netzwerkanalytiker Rainer Diaz-Bone erklärt im Interview, wieso Netzwerke für die Soziologie interessant sind, warum man bereits bei einem Paar von einem Netzwerk sprechen kann und wieso schon die Medici im Florenz des 15. Jahrhunderts Netzwerke für sich zu nutzen verstanden.

fundiert: Was betrachten Soziologen als Netzwerke?

Diaz-Bone: Der Begriff wird unterschiedlich gebraucht. Für Georg Simmel besteht ein Netzwerk aus den kontinuierlichen Interaktionen und dauernden Beziehungen, die aus Interaktion entstehen – er sprach von Wechselwirkungen zwischen Individuen und den daraus entstehenden Dynamiken als Grundlage und Antrieb für eine Gesellschaft. Allgemein gesagt, sind Netzwerke für die Soziologie die Strukturen zwischen Individuen, quasi die informelle Struktur der Gesellschaft und das soziale „Unterfutter“ größerer Formationen wie Organisationen oder Milieus. Man kann sie auch als das soziale Kapital des Einzelnen betrachten, als die Art seiner Einbettung in die Gesellschaft. Für Georg Simmel war es spannend zu fragen, wie durch das Beobachten solcher Beziehungen die gegenseitige Beeinflussung und das Kreuzen sozialer Kreise untersucht werden kann. Es geht um die zentralen Fragen, wie die Gesamtstruktur von Netzwerken differenziert ist, wie Akteure Netze knüpfen, wie sie auf sie zurückwirken und wie ihr Eingebundensein in ein Netzwerk die Akteure prägen und verändern. Schließlich interessiert uns auch, wie und auf welche Weise durch ein Netzwerk Ressourcen fließen. Netzwerke sind eine Art soziale Infrastruktur, die aber zusätzliche Qualitäten, Funktionen oder Eigenschaften aufweist, und deshalb für die Soziologie von Interesse ist.

fundiert: Schaut die Soziologie dabei von außen auf Netzwerke als Ganzes? Oder blickt sie auf das Individuum im Netz und untersucht, wie es eingebunden ist?

Diaz-Bone: Es gibt beide Perspektiven. Ein Ansatz fragt personenbezogen nach dem Netzwerk als Sozialkapital: Welche sozialen Beziehungen hat eine Person? Wer sind ihre Freunde? Mit wie vielen Personen ist sie verwandt und mit wem wie intensiv befreundet? Das wäre zunächst die Analyse „sozialer Beziehungen“. Aber die Netzwerkanalyse geht dann weiter: Wie ge-

stalten sich die Beziehungen der genannten Verwandten und Freunde auch untereinander? Erst hiermit hat man ein ego-zentriertes Netzwerk. Dieses Konzept bezieht die Personen als Auskunftgeber direkt ein. Andere Ansätze gehen über das ego-zentrierte Netzwerk der Einzelnen hinaus: Welche Netzwerkbeziehungen gibt es zwischen einer bestimmten Menge an Personen oder Organisationen? Hier interessiert uns, die komplette Netzwerkstruktur abzubilden, um auf diese Weise die Strukturen sichtbar zu machen, die der Einzelne nicht mehr wahrnehmen kann, weil sie über sein Umfeld hinausragen. Ab einem gewissen Grad an Komplexität werden Netzwerke für die Teilnehmer nicht mehr überschaubar. Wir interessieren uns dafür, welche Wirkungen man aus der Struktur des Gesamtnetzwerks heraus erklären kann. Das netzwerkanalytische Vorgehen muss aber von der häufig anzutreffenden Verwendung des Netzwerks als Metapher unterschieden werden. Da geht es nicht darum, das Netzwerk formal abzubilden, etwa grafisch mit Hilfe

Cosimo de' Medici, genannt „der Alte“ (* 27. September 1389 in Florenz, † 1. August 1464 in Florenz) war der eigentliche Begründer des späteren Einflusses seiner Familie, der Medici





Das Internet ist technisch gesehen ein Netz, wird aber nicht immer als soziales Netzwerk genutzt

bestimmter Software für Netzwerkanalysen – da wird stattdessen lediglich verbal versucht, eine Qualität zu beschreiben – wie die „Unübersichtlichkeit“, die „Eigenlogik“, ein vermutetes „Potenzial“ oder die „Emergenz“ des Netzwerks.

fundierte: Gibt es für den Einzelnen Strategien für erfolgreiches „Netzwerken“?

Diaz-Bone: Es gibt Soziologen, die versuchen, aus ihren Befunden Empfehlungen abzuleiten, wie man rational Netzwerke knüpft. Ronald Burt, einer der prominentesten Analytiker von Netzwerken, hat in seinem Buch „Structural Holes“ versucht zu argumentieren, dass es sinnvoll sei, für möglichst wenig Redundanz im Netzwerk zu sorgen. Das heißt: Menschen, die ich kenne, sollten sich möglichst nicht untereinander kennen. So entstehen Möglichkeiten des Vermittelns und „Brokers“ für mich, weil die verschiedenen Fraktionen nur über mich vernetzt sind. Andererseits gibt es Analysen aus der Familien- oder Stadtsoziologie, die zu gegenteiligen Befunden kommen: Um eine Nachbarschaft oder ein Gemeinwesen zu etablieren und zu unterhalten, sind eng verwobene Netzwerke wichtig.

fundierte: Was stärkt ein Netzwerk, was macht es zerbrechlich?

Diaz-Bone: Das hängt immer davon ab, wozu das Netzwerk da ist. Ein soziales Netzwerk gehört niemandem, es wird nicht von einem Akteur kontrolliert. Eine Person kann ein Netzwerk nutzen, dann muss man aber fragen: Wie erfolgt die Mobilisierung von Ressourcen, die im Netz zur Verfügung stehen? Soziologen fragen sich eher: Was macht das Netzwerk mit der Person? Was entsteht aus dem Wechselspiel von historischen Ereignissen, Wertorientierungen, Handlungen und Netzwerkstrukturen? Es können Konstellationen entstehen, die niemand absehen konnte und die so keiner beabsichtigt hat. Die Struktur des Netzwerks kann ein wichtiges Moment solch einer Konstellation sein. Ein berühmtes Beispiel ist die Untersuchung von Padgett und Ansell, wie die Vormachtstellung der Medici in Florenz des 15. Jahrhunderts entstand. Die Autoren zeigen, wie sie durch Heiratsstrategien starke Beziehungen zur alten politischen Elite und durch Handelsstrategien enge Beziehungen zur neuen wirtschaftlichen Elite unterhielt und so ihre Machtposition aus der zentralen Position im Netzwerk entstand.

fundierte: Hat jemand, der einen solchen Knotenpunkt zwischen zwei ansonsten wenig oder gar nicht verbundenen Netzen besetzt, eine besondere Stellung? Große Macht?

Diaz-Bone: Es gibt die Vorstellung, dass bestimmte Positionen, etwa der „Mittelpunkt“ oder eine Schlüs-



selbststellung – wie etwa eine Verbindung von Netzwerkkomponenten –, besondere Kontrolle ermöglichen, um beispielsweise Informationsflüsse zu kontrollieren. Die Stärke dieser Position kann zwar mit Maßzahlen beschreiben werden, aber so einfach ist eine Erklärung auch nicht, da Macht von vielen Faktoren, nicht nur von der Struktur, die nur eine Voraussetzung für die Ausübung von Macht ist, abhängt. Die Hauptvoraussetzung für das Verständnis eines Netzwerks ist einmal, dass man immer im Blick behalten muss, dass das Netzwerk operational definiert wird: Ich definiere mein Netzwerk dadurch, wie ich das Set der relevanten Akteure eingrenze und was ich als Definition von Beziehung zugrunde lege. Es gibt also nicht einfach „das Netzwerk“, sondern immer die Art von Netzwerken, die ich in der Analyse systematisch betrachten will. Außerdem kommt es darauf an, wie ein Akteur seine Position nutzt: Eine Person kann über viele Freunde verfügen, die ihr helfen würden. Wenn sie diese Hilfe nicht in Anspruch nimmt, weil sie die Ressourcen nicht erkennt oder weil sie aus ethischen Gründen diese nicht in Anspruch nehmen will oder kann, „nützt“ auch eine zentrale Position wenig.

fundiert: Kann man also ein Netzwerk überhaupt nicht kontrollieren?

Diaz-Bone: Sie können einzelne Knoten im Netz auf ihr Kontrollpotenzial oder ihr Prestige hin analysieren. Zum Beispiel, indem Sie schauen, wie groß die Anzahl der Beziehungen ist, die die Knoten unterhalten, wie viele andere Knoten nur über diese Knoten kommunizieren können und so weiter. Was aber fehlt, ist die Frage nach der Vormachtstellung einer Person im gesamten Netz und ob diese Person um ihre Stellung weiß. Man muss immer bedenken, dass die miteinander vernetzten Personen nur eine gewisse Übersicht über das Netz haben und oft gar nicht wissen, was ihnen an Handlungsmöglichkeiten oder Ressourcen zur Verfügung stünde. Um zu den Medici zurückzukehren: Deren Netz entstand durch viele Akteure, die alle in ähnlicher Weise darauf aus waren, ihre nächste Umgebung zu beeinflussen, eigennützig zu handeln und sich eine prestigeträchtige Machtposition zu schaffen. Die meisten, die von diesem Netz profitierten, waren sich dessen gesamter Struktur nicht bewusst. Cosimo de' Medici wurde es auch erst nach einiger Zeit klar – immerhin. Durch strategische Heiraten waren die Medici mit der

Kann man über fünf bis sechs Stationen mit allen anderen Menschen verbunden sein?



dagbone66, Fotolia

alten Elite verbunden, die zum Teil nach dem Ciompi-Aufstand verarmt, aber politisch mächtig war. Durch den Handel waren die Medici mit der neuen Elite verbunden, die reich, aber politisch ohne wirklichen Einfluss war. Damit war die Familie der Medici so etwas wie „die Spinne im Netz“, aber es dauerte eben, bis Cosimo de' Medici das bemerkte.

fundiert: Hat die Soziologie einen wertenden Netzwerk-begriff? Ist „Vernetztsein“ ein positiv besetzter Begriff, weil er sozialen Status oder gar Macht impliziert?

Diaz-Bone: Die Perspektive ist zunächst rein empirisch und daher zunächst eher neutral. Einerseits untersuchen wir, was Netzwerkstrukturen ermöglichen,

zum Beispiel als Reservoir für soziale Unterstützung – in materieller, emotionaler oder kognitiver Hinsicht oder als ermöglichende Struktur für Handlung und Koordination. Auf der anderen Seite können Netzwerke auch als Belastungen oder Constraints fungieren. Jeder kennt die sogenannte Freundschaftsfälle: Sie hängen im Netz, und sie werden in Anspruch genommen. Netze gewähren soziale Unterstützung, schränken aber auch ein. Frauen oder Männer, die stark in ihre Familie eingebunden sind, können nicht einfach beschließen, dass sie ihren Lebenspartner verlassen und einen neuen Haushalt gründen – sie sind mehr oder weniger durch ihr Netz auch „gefangen“.

fundiert: Ist es daher günstig, mit nur wenigen, aber weit vernetzten Knoten verbunden zu sein, um selbst wenig in Anspruch genommen zu werden, bei Bedarf aber auf kurzem Wege in ein enges Netz zu kommen?

Dr. phil. Rainer Diaz-Bone



Rainer Diaz-Bone studierte von 1991 bis 1996 den Diplomstudiengang Sozialwissenschaft (Schwerpunkt: angewandte Sozialforschung) an der Ruhr-Universität Bochum. Von 1996 bis 2001 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Journalistik und Kommunikationsforschung (Hochschule für Musik und Theater Hannover), seit 2002 ist er wissenschaftlicher Assistent am Institut für Soziologie der Freien Universität Berlin,

Lehrgebiet Methodenlehre und Statistik. Forschungsschwerpunkte: angewandte Diskursanalyse, empirische Kultur- und Sozialstrukturanalyse, Wirtschaftssoziologie, Methoden der empirischen Sozialforschung, Wissenschaftstheorie, sozialwissenschaftliche Statistik und Netzwerkanalyse. Veröffentlichungen (Auswahl): 1997 Ego-zentrierte Netzwerkanalyse und familiäre Beziehungssysteme. Wiesbaden: DUV. 2006 Eine kurze Einführung in die sozialwissenschaftliche Netzwerkanalyse. Mitteilungen aus dem Schwerpunktbereich Methodenlehre, Institut für Soziologie Freie Universität Berlin, Heft Nr. 57, verfügbar unter www.rainer-diaz-bone.de, und 2006 Statistik für Soziologen. Konstanz: UVK (UTB).

Kontakt

Freie Universität Berlin
 Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften
 Institut für Soziologie
 Lehrgebiet Methodenlehre und Statistik
 Garystraße 55
 14195 Berlin
 Tel.: 030 – 838 576 20
 E-Mail: mail@rainer-diaz-bone.de
 Internet: www.rainer-diaz-bone.de

Diaz-Bone: Es gibt so etwas wie „optimale“ Netzwerkpositionen und Netzwerkstrukturen nur für bestimmte Zwecke und Situationen. Das ist eine Quintessenz der Forschung. Wir können nicht sagen, dass eine bestimmte Netzwerkstruktur auch notwendig für ein großes Spektrum an Situationen aus Sicht der Akteure „funktioniert“. Der Charakter kann zudem kippen. Wer Wert auf Freiheit legt, für den sind dünne Netzwerke von Vorteil, in denen man schnell mit besser vernetzten Knoten einen strategischen Kontakt aufnehmen kann. Sollten Sie hingegen in eine ungewohnte Situation kommen, in der Sie darauf angewiesen sind, schnell viele Ressourcen zu mobilisieren, hilft Ihnen dieses Netzwerk nicht immer weiter. Wenn Ihre wenigen Knoten Ihnen dann nicht helfen wollen oder einer der hochvernetzten Knoten mit Ihnen die Beziehung abbricht, haben Sie ein Problem. Für den Knoten hingegen bleibt das folgenlos – Sie haben für ihn ja wenig strategische Bedeutung. In dichten Netzwerken tritt dagegen der Mechanismus der sozialen Kontrolle häufig hinzu, der dann die Bereitschaft der anderen zu unterstützen erhöht.

fundiert: Inwieweit ist das Internet für Soziologen von Interesse?

Diaz-Bone: Es ist für Soziologen ein spannender Forschungsgegenstand. Es ist aber schwer auszumachen, ob wir es hier wirklich auch mit einem sozialen Netzwerk zu tun haben oder ob es zunächst nicht nur ein technisches Netzwerk ist. Zudem wird es häufig als Massenmedium genutzt. Der Begriff Massenmedium setzt voraus, dass von einer zentralen Stelle über technische Apparate eine Botschaft gesendet wird, ohne



dass das Publikum zurücksenden kann. Wenn Sie im Internet eine Website einstellen, die nicht verändert, sondern nur abgerufen werden kann, fungiert es aber wie ein Massenmedium auf der Basis eines technischen Netzwerks. Wenn Sie E-Mail-Kommunikationen untersuchen, liegt aber ein soziales Netzwerk vor, das mit der technischen Infrastruktur möglich wird. Dass das Internet ein technisches Netzwerk ist, das unterschiedlich genutzt werden kann, heißt nicht auch notwendig, dass wir es bei allen Verwendungsweisen mit sozialen Netzwerken zu tun haben.

fundiert: Hängen Dichte und Geschwindigkeit der Ausbreitung im Netz direkt zusammen?

Diaz-Bone: Es gibt die sogenannten Small-World-Studies, die die Erreichbarkeit zwischen zwei beliebig ausgewählten Netzwerkknoten untersuchen. Da hat sich gezeigt, dass es nicht in erster Linie die Dichte ist, die darüber entscheidet, wie gut Informationen in einem Netz übertragen werden. Wichtiger ist die Strategie, an wen man die Informationen weitergibt. Die Untersuchungsanordnung war einfach: Die Teilnehmer bekamen ein kleines Heft mit der Adresse eines ihnen Unbekannten. Über möglichst wenige persönliche Kontakte sollte das Heft an die Zielperson gelangen. Direktes Verschicken war nicht zulässig, stattdessen musste es zunächst an einen Bekannten gelangen, von dem der Teilnehmer vermutete, dass er näher an der unbekannt Zielperson sei. Die erfolgreichste Strategie war, das Heft an Personen mit einem hohen sozialen Status zu senden. Sie hatten oftmals die besten Ressourcen, um das Heft in das nahe soziale Umfeld der Zielperson zu schicken. Es ist also nicht nur eine Frage der Netzstruktur, sondern auch eine Frage der Eigenschaften der Knoten.

fundiert: Und diese Studien haben ergeben, dass jeder Mensch mit jedem anderen über fünf oder sechs Stationen verbunden ist?

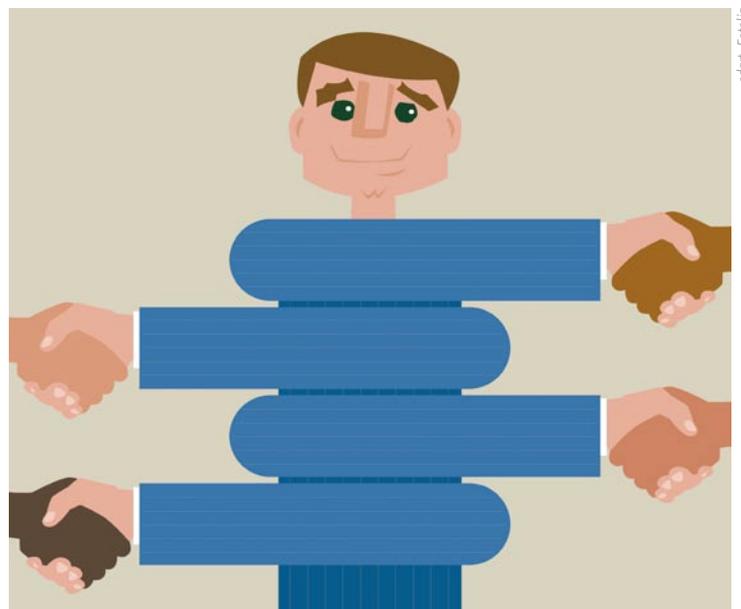
Diaz-Bone: In seiner zum Klassiker avancierten Studie fand Stanley Milgram heraus, dass es im Mittel, beziehungsweise Median, sechs Stationen sind. Diese Studien entdeckt man gerade wieder neu – daher lautet ein aktueller Buchtitel von Duncan Watts „Six Degrees“. Das liegt daran, dass man Grundüberlegungen der Small-World-Theorie für Simulationen und für die Analyse mit zufallsgenerierten Netzwerken verwenden kann. Es ist interessant, zufallsgenerierte Netzwerke mit realen Netzwerken zu vergleichen, um zu zeigen, dass es einfache Prinzipien und Systematiken gibt, die

Internet

International Network for Social Network Analysis
<http://www.insna.org>
 Journal of Social Structure
<http://www.cmu.edu/joss/>

in der Bildung von empirischen sozialen Netzwerken am Werk sind. Hier beschäftigen sich jetzt auch Naturwissenschaftler mit soziologischen Fragen. Allerdings drängt sich eine ganze Reihe grundsätzlicher Fragen auf – etwa: Kann man mit solchem mathematischem Kalkül soziologische Probleme analysieren? Andererseits muss man auch einräumen, dass die Analyse von Netzwerken nicht einem Fach allein „gehört“. Sie ist eben ein transdisziplinäres Unternehmen, um formale Strukturen und deren Dynamiken zu analysieren, das fachlich gesehen eher zwischen den Stühlen sitzt. Und wir verwenden in großem Maße auch ganz eigenständige statistische Verfahren. Die klassische Statistik erhebt attributionale Daten, die etwas über das Individuum, aber nichts über seine Beziehungen zu anderen und die Qualität der Beziehung aussagen. Um das aber zu können, braucht man eigene Erhebungsstrategien und für die Auswertung von relationalen Daten dann auch eigene methodische Verfahren, eigene Software (wie Pajek oder UCInet). Die sozialwissenschaftliche Netzwerkanalyse ist quasi eine methodologische Parallelwelt, die seit der Entwicklung der modernen Netzwerkanalyse in den 1970er Jahren durch die Gruppe um Harrison White aus der Harvard-Gruppe als ein

Die Soziologie versucht, die Netzwerkstruktur und ihre Wechselwirkung mit den Handlungen der Akteure zu beschreiben



sdart, Fotolia

photocase



Ist ein Paar schon ein Netzwerk?

ganz neuer Zugang zu den sozialwissenschaftlichen Forschungsbereichen, in denen bislang nur mit Individualdaten geforscht wurde, entstanden ist.

fundiert: Gibt es kulturabhängige Netzwerke? Vernetzen verschiedene Kulturen anders?

Diaz-Bone: Da die Netzwerkanalyse eine international anerkannte Methode ist, sind auch Netzwerkanalysen mittlerweile gut vernetzt – und es gibt eigene Zeitschriften wie „Social Networks“ oder Online-Zeitschriften wie das „Journal of Social Structure“. Daher wird vergleichende Forschung über die Frage einfacher, ob es Strukturen von Netzwerken gibt, die in verschiedenen Nationen oder Kulturen gleich sind. Eine Theorie besagt, dass wenige Prinzipien reichen, um soziale Netzwerke zu beschreiben. Ein Beispiel: Das Inzestverbot und das Verbot, die Kreuzkusine zu heiraten, führen zu regelmäßigen Mustern in Verwandtschaftsbeziehungen – sie wären dann so etwas wie „allgemeine“ Prinzipien, die die Existenz universeller Verwandtschaftsstrukturen erklären können sollen. Viele Netzwerke werden aber erst erklärlich durch die Einbeziehung der Handlungsnormen von Akteuren und durch ihre Geschichte. Netzwerke ähneln sich, wenn die Prinzipien, die zu ihrer Erschaffung führten, dieselben sind. Und es gibt einmalige historische und kulturabhängige Prinzipien, die so einfluss-

reich sind, dass sie zu ganz individuellen Formen von Vernetzungsstrategien und Netzwerken geführt haben.

fundiert: Ist das Netzwerk ein altes Phänomen? War die Familie im Neandertal schon ein Netzwerk?

Diaz-Bone: Mit Netzwerken hatte es die Menschheit seit jeher zu tun. Allerdings ist die Aufmerksamkeit für Netzwerke gestiegen. Das hat einmal wissenschafts-immanente Gründe. Die Netzwerktheorie entwickelt sich, es gibt neue Methoden und Software, die eine Erforschung auch großer und komplexer Netzwerke möglich machen. Es gibt andererseits gesellschaftliche Phänomene wie die mit der Modernisierung entstehenden Wahlmöglichkeiten für Lebens- und Familienformen, die das Netzwerken fördern.

fundiert: Ist „Netzwerk“ ein Modebegriff, der heute inflationär gebraucht wird – Stichwort: Globalisierung –, oder hat die Vernetzung tatsächlich zugenommen?

Diaz-Bone: Globalisierung ist ein Sachverhalt, der einige Jahrhunderte alt ist. Mit den Medici oder den Fuggern lässt sich das leicht aufzeigen. Auf der anderen Seite sind Kommunikationsmedien, vereinfachte Möglichkeiten zu reisen und die Wahlfreiheit beim Herstellen und Abbrechen von Beziehungen natürlich Sachverhalte, die das Vernetzen fördern – und diese Aufzählung ist längst nicht vollständig. Schließlich ist unser Blick für Netzwerke geschärft worden, auch durch das allgegenwärtige Sprechen darüber.

fundiert: Ab welcher Größe interessieren sich Soziologen für Netzwerke? Ist ein Paar schon ein Netzwerk?

Diaz-Bone: Im Prinzip ist sogar eine Person, die nicht vernetzt ist, in der Netzwerkanalyse schon ein Netzwerk. Ein Paar bezeichnen wir als Dyade. Das völlige Fehlen von Beziehungen ist soziologisch auch denkbar. Interessant werden Netzwerke soziologisch gesehen aber erst, wenn sie viele Akteure haben und eine unterschiedliche Intensität der Vernetzung. Wenn niemand mit niemandem vernetzt ist, ist das nicht interessant, und wenn jeder mit jedem vernetzt ist, auch nicht. Differenzierung interessiert uns – und Variation. Dann fragen wir einerseits, wie das zustande gekommen ist und andererseits, wie man anhand der Variation vergleichend analysieren kann, auf welche Weise unterschiedliche Netzwerke ermöglicht und eingeschränkt werden.

fundiert: Vielen Dank für das Gespräch.

Das Interview führten Jan Bosschaart und Bernd Wannemacher.



Netzwerk in Stichpunkten

KURZ-FUNDIERT

Was vom Thema übrig bleibt: Netzwerk-Themen, die zu wenig für einen ganzen Text hergeben, aber zu schade sind, um ganz aus dem Heft zu fallen. In Stichpunkten zusammengefasst – damit sie uns nicht durchs Netz gehen.

Woher kommt das Wort Netzwerk? Der Ursprung des Wortes „Netz“ lässt sich zum althochdeutschen „nezi“ und zum mittelhochdeutschen „netze“ zurückverfolgen. Das Wort entstammt einer indogermanischen Wortgruppe und bedeutet ursprünglich „Geknüpftes“. Wie aus dem „Netz“ das „Netzwerk“ wurde, erklärt der Journalist Wolf Schneider damit, dass das englische Original in deutschen Silben nachgebildet wurde. Aber „Netzwerk“ gehört nicht zu den offensichtlichen Anglizismen und Amerikanismen wie „Swimmingpool“ oder „Airbag“. Es hat sich im täglichen Sprachgebrauch etabliert.

Das größte digitale Netzwerk ist das Internet – wie ist es entstanden? Alles begann 1969 in Kalifornien: Dort wurden zwei Computer über eine 50-Kilobit-Teléfonoleitung miteinander verbunden – jeder Rechner so groß wie eine Waschmaschine und eine halbe Tonne schwer. Vorher waren sie per Hubschrauber und Kran an ihre Bestimmungsorte transportiert worden: in die University of California in Los Angeles (UCLA) und ins Stanford Research Institute in Menlo Park. Die Rechner (ihre Bezeichnung war Honeywell DDP-516) in den Forschungseinrichtungen standen 520 Kilometer von

einander entfernt. Es war der Student Charley Kline, der als Erster versuchte, die beiden Computer miteinander „kommunizieren“ zu lassen. Doch während er den Befehl zum Anmelden an dem UCLA-Computer eintippte, stürzte der Rechner in Stanford ab – das Internet begann mit einer Panne. Noch am gleichen Tag wurde das Problem gelöst: Der 29. Oktober 1969 gilt als Geburtstag des Internets. Knapp sechs Wochen später wurden auch die Universitäten von Santa Barbara und Utah angeschlossen. Heute sind mehr als 500 Millionen Computer miteinander verknüpft – in fast jedem Land der Erde.

*** Internet:
29. Oktober 1969**

1969 war das Geburtsjahr des Internets





Wer hatte die Idee zum Internet? Zu den wichtigsten Vordenkern zählt der Informatiker Paul Baran. Im Jahr 1960 hatte er die Idee zu einem Kommunikationsnetzwerk, das selbst einen Atomkrieg überstehen würde. Die damaligen Telefonnetze hatten nur wenige zentrale Vermittlungsstellen und konnten im Katastrophenfall schnell ausfallen. Baran entwickelte die Theorie für ein Netzwerk ohne Zentrale, er wollte eines mit gleichrangigen Knotenpunkten. Damit kam das Telefonsystem für Barans Idee nicht in Frage, denn Telefonsignale waren zu seiner Zeit analog – mit jeder Vermittlung über einen Knoten ließ ihre Qualität nach. Digitale Computersignale aber bestanden auch damals schon aus Einsen und Nullen, sie ließen sich beliebig oft kopieren und weitervermitteln. Der wesentliche Teil seiner Idee aber war, dass die einzelnen Informationen nicht am Stück übertragen werden mussten, sondern in einzelnen Paketen. Für analoge Telefongespräche musste immer eine Leitung stabil gehalten werden, Barans digitale Datenpakete hingegen konnten in Einzelteilen durch das Netz schwirren und ließen sich von kaputten Leitungen nicht aufhalten – dann nahmen sie eben einen anderen Weg. Erst beim Empfänger wurden sie zusammengesetzt. Das einzige Problem an Barans Theorie: Er hatte kein Geld, um sie in die Tat umzusetzen. Das passierte knapp zehn Jahre später.

War das Internet ursprünglich ein militärisches Netzwerk? Das ist ein weit verbreiteter Irrtum. Von Anfang an war das Internet ein ziviles Projekt. Weder unterlag die Entwicklung des Netzes der Geheimhaltung, noch gehörte einer der Experten, die beteiligt waren, zum Mi-

litär. Ganz unbeteiligt war das US-Verteidigungsministerium aber nicht: Eine Agentur mit Namen „ARPA“ finanzierte die Entwicklung des Computernetzwerks. Die ARPA war für spezielle Forschungsvorhaben des Pentagons zuständig. Der Leiter des Büros für Informationsverarbeitung, Robert Taylor, koordinierte fast die gesamte Computerforschung der Vereinigten Staaten. Denn fast alle US-amerikanischen Universitäten und Institute, die einen Rechner aufstellen wollten, forschten für die ARPA – die bezahlte nämlich die teuren Geräte. Damals kostete ein Computer noch mehrere hunderttausend Dollar. So beschränkte sich die Rolle des Militärs im Wesentlichen auf die des Geldgebers. Die theoretische und praktische Arbeit wurde von Zivilisten erledigt. Und auch das Ur-Internet war immer öffentlich zugänglich; zumindest für Menschen, die ausreichend technische Kenntnisse besaßen, um mit den frühen Computern umzugehen.

Wie funktioniert das Stromnetz? Stromleitungen spannen sich rund um den Globus, und Elektrizität ist fast überall verfügbar. Doch zwischen Kraftwerk und Steckdose wird nicht einfach ein Kabel gespannt – die Verteilung folgt einem komplexen System. Um es zu verstehen, muss man wissen, was Strom eigentlich ist. Das sind Elektronen, die sich in elektrischen Leitungen bewegen. Dabei wird nicht das einzelne Elektron durch die Leitungen gejagt, sondern der Bewegungsimpuls übertragen. Dieser Impuls pflanzt sich in den Leitungen fort. Es gibt aber ein Problem: Der haushaltsübliche Strom hat eine Spannung von 220 Volt, was für eine Übertragung über lange Strecken viel zu gering



ist. Strom mit geringer Spannung verhält sich nämlich in etwa so wie ein Eimer Wasser, den man in ein kilometerlanges, breites Rohr kippt: Das Wasser versickert unterwegs. Deswegen gibt es Transformatoren, die den Strom für seine Reise beschleunigen. Sie erhöhen im Kraftwerk die Spannung. Je höher die Spannung ist, desto höher müssen auch die Hochspannungsmasten sein, über die der Strom „transportiert“ wird. Denn: Strom mit hoher Spannung kann Entfernungen überbrücken, ohne dass er ein Kabel oder sonst einen Leiter braucht. Deswegen ragen die höchsten Masten 60 Meter in den Himmel – hier ist die Spannung am höchsten (220.000 oder 380.000 Volt). Sie sind sozusagen das ICE-Schiennetz für den Strom – schnell und angelegt für große Distanzen. Für kleinere Entfernungen gibt es Masten von 30 Metern Höhe, der Strom hat hier eine Spannung von 111.000 Volt. Man könnte sagen: Es entspricht dem Netz für Schnellzüge. Dann fehlt noch die Regionalbahn, die jedes Dorf anfährt. Im Stromnetz sind das die zwölf Meter hohen Masten, an denen eine mittlere Spannung von 20.000 Volt anliegt. Meist unter der Erde, quasi mit der U-Bahn, geht es dann weiter in die Haushalte – 400 Volt liegen unterwegs an. Erst kurz vor der Steckdose wird der Strom wieder auf die hausüblichen 220 Volt heruntergespannt.

Das Spinnennetz – wie stabil ist es eigentlich? Die dünnen Fäden, die Spinnen mit ihren Spinnwarzen am Hinterleib weben, sind kleine Hochleistungsfasern – jedenfalls in Bezug auf ihre Stabilität und Elastizität. Sie tragen mehr Gewicht als ein gleich dicker Stahlfaden und sind elastischer als Nylon. Wenn ein Käfer in das Netz

fliegt, ist das in etwa so, als würde ein Segelflugzeug mit einem Fischernetz gefangen werden. Mit einem Unterschied: Das Spinnennetz hält. Seit langer Zeit versuchen Forscher, diese Superfaser industriell nutzbar zu machen. Versuche mit Spinnen scheiterten, weil die Tiere in Gefangenschaft kaum noch Netz produzierten und sich gegenseitig auf-fraßen. Also probierten Forscher, das Erbgut der Spinne in Ziegen und Raupen einzupflanzen – auf dass Faden entstehe! Doch auch das entpuppte sich als unpraktikabel. Erst im letzten Jahr ist es Wissenschaftlern gelungen, Spinnengene so umzuformen, dass sie in das Darmbakterium „Escherichia coli“ eingepflanzt werden konnten. Die Bakterien produzierten daraufhin einen Eiweißbrei, aus dem sich mit Hilfe von Zusatzstoffen der Spinnenfaden ziehen lässt. Es scheint nur noch eine Frage der Zeit zu sein, bis das Material industriell nutzbar ist.

Tierische Hochleistungsfasern

Zusammengestellt von Oliver Trenkamp.

Spinnennetze – oft kopiert, noch nicht erreicht



READY, STEADY, GO!



Hochschulabsolventen

Viele Perspektiven bei Pfizer

Sie haben Talent. Und Ihre ganz eigenen Wünsche und Ziele. Auch wenn es um Ihre berufliche Zukunft geht. Klar, dass Sie für Ihren Start ins Berufsleben ein Unternehmen suchen, das Sie und Ihre Vorstellungen ernst nimmt. Das Sie individuell fördert und Ihnen echte Perspektiven bietet. Perspektiven, die zu Ihnen passen!

Optimale Startbedingungen finden Sie bei Pfizer!

Entfalten Sie Ihre Fähigkeiten – in einem Unternehmen, das einer der weltweit führenden forschenden Arzneimittelhersteller ist. Wen wir suchen? Für die Zentrale in Karlsruhe Studenten (m/w) und Absolventen (m/w) aus den Bereichen Wirtschafts- und Naturwissenschaften sowie für die Produktionsstandorte Illertissen und Freiburg Studenten (m/w) und Absolventen (m/w) zusätzlich aus dem Bereich Ingenieurwesen. Finden Sie unter www.pfizer.de heraus, was wir Ihnen bieten – vom Praktikum über die Diplomarbeit bis zu unseren Traineeprogrammen und dem Direkteinstieg.

Wir freuen uns auf Ihre Bewerbung unter
<http://karriere.pfizer.de>

www.pfizer.de



Für eine gesündere Welt™

Lesen Sie jetzt 3 Monate den Tagesspiegel im Studentenabo und sichern Sie sich Ihr Geschenk...

Ihre Vorteile auf einen Blick:

- Aktuelle Informationen zum günstigen Vorzugspreis für Studenten von nur 12,50 € monatlich
- 7 Tage die Woche bequem frei Haus
- jede Woche Ticket – das Veranstaltungsmagazin für Berlin und Potsdam
- zusätzlich 1x im Monat das junge Wirtschaftsmagazin „Karriere“.



Ihr Geschenk dazu:
Der **MediaMarkt-Gutschein**
im Wert von **25 €**.

DER TAGESSPIEGEL
RERUM COGNOSCERE CAUSAS

Ja, ich bestelle das Tagesspiegel-Studentenabo.

Bitte liefern Sie mir täglich den Tagesspiegel für mindestens 3 Monate und danach im laufenden Bezug zum Vorzugspreis von z. Zt. nur 12,50 € monatlich. Nach 3 Monaten ist das Abo mit einer Frist von 4 Wochen zum Monatsende schriftlich kündbar. Eine gültige Immatrikulationsbescheinigung schicke ich dem Verlag in Kürze zu. Den MediaMarkt-Gutschein im Wert von 25 € erhalte ich als Geschenk.

Name/Vorname

Telefon

Straße/Nr. oder Postfach

e-mail

PLZ/Ort

Hinweis zur Zustellung (z.B. Gartenhaus, Innenbriefkasten)

Ich zahle bequem und bargeldlos per Bankeinzug:

Geburtsdatum (freiwillige Angabe)

Konto-Nr.

Ich zahle per Rechnung.

BLZ

Bank

Datum/Unterschrift

10611301

Gleich bestellen:

per Post

Verlag

Der Tagesspiegel GmbH

Leserservice

10876 Berlin

telefonisch

(030) 260 09-600

per Fax

(030) 260 09-486.